D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 87
Juni '77 Nr. 89 DM 1,80

2. Juni 1967 — Wirkliche Bewegung statt traditioneller Politik

Der 2. Juni 1967, an dem der Westberliner Polizist Kurras den Studenten Benno Ohnesorg erschoß, gilt zu Recht als Beginn einer in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartigen politischen Massenbewegung: der antiautoritären Protestbewegung von 1967 bis 1969. Wer sie nur als "Studentenbewegung" sehen will, vergißt über der wichtigen Tatsache, daß sie von den Hochschulen ausging, die massenhafte Mobilisierung von Schülern und jugendlichen Arbeitern, die sich an ihr beteiligten. Wer sie als "Jugendrevolte" bezeichnet, ignoriert ihre Erweiterung zur APO, zur außerparlamentarischen Opposition, die in fast allen gesellschaftlichen Institutionen — von der Bundeswehr bis zu den Krankenhäusern — wirksam wurde. Der antiautoritäre Protest kann nur als eine im Kern gesamtgesellschaftliche Emanzipationsbewegung begriffen werden. Wer ihren

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Detlev Claussen: 2. Juni 1967 1/3
Neues vom Rechtsstaat 2
Roland Roth: Jusos 5
Jörg-Peter Faust: „Arbeitsunwillige" 6
Hanfried Scherer: GEW-Patt in Hessen 7
C. Kowald/W. Blaschke: Otto/Roth-Prozeß 8
Groenewold-Prozeß 9
Ernst Dahme: „Bayer Industrial" in Lima/Peru 11

Artikel

Claus Leggewie: Frankreich nach den Wahlen 12
Rudi Dutschke: Kritik der Sowjetgesellschaft 15
Cesarina Girasol: Portugal 17
H. E. Brand: Gewerkschaften und Atomenergie 19

Information/Berichte Initiativen/Aktionen

Zur Kampagne gegen den Göttinger AStA 22
Perspektive Russell-Tribunal 22
Hamburger Antirepressionsveranstaltung 23
Osteuropakomitee 24
Alternativpresse 25
Priester solidarisch 26
Impressionen vom 1. Mai 26/27

Lokale Gruppen- und Kontaktadressen des SB

Aachen: SB-Gruppe, c/o Adalbert Evers, 51 Aachen, Elsaßstr. 55a
Augsburg: Arbeitskreis Sozialistisches Büro, 89 Augsburg, Vorderer Lech 45
Bamberg: Wolfgang Stephan, 86 Bamberg, Schützenstr. 9
Berlin: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Region Westberlin, 1 Berlin 30, Postfach 3013
Bielefeld: Buchladen "Eulenspiegel", 48 Bielefeld 1, Niederwall 46
Bochum: Herbert Goßmann, 463 Bochum, Markstr. 118, Zimmer 808
Bonn: SB-Initiative, c/o Barbara Senft, 53 Bonn, Hausdorffstr. 101
Bremen: Heiner Heseler, 28 Bremen 1, Berliner Str. 33
Darmstadt: Christa Harrer, 61 Darmstadt, Riegerplatz 14
Delmenhorst: Arbeitskreis Sozialistisches Büro, c/o Kinny, 287 Delmenhorst, Bürgerkampsweg 36
Dortmund: SB-Gruppe, c/o Bücherstube, 46 Dortmund 1, Gr. Heimstr. 62
Düsseldorf: E. Hanke-Beerens, 4 Düsseldorf 1, Hüttenstr. 65
Duisburg/Mülheim: SB/AG, Wohngemeinschaft Mülheim, 433 Mülheim, Düsseldorfer Str. 128
Elmshorn: SB-Initiative, c/o Peter Hauschildt/ Michael Plata, 22 Elmshorn, Holzweg 22
Ennepe-Ruhr-Kreis: Wilfried Rehfeld, 5802 Wetter 1, Kaiserstr. 132
Essen: Herbert Querfurt, 43 Essen, Rübezahlstr. 18
Esslingen: SZ Esslingen, c/o Provinzbuch, 73 Esslingen, Grabbrunnenstr. 8
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000, 6 Frankfurt, Jügelstr. 1, Studentenhaus der Uni
Freiburg: Sozialistischer Bund, 78 Freiburg, Postfach 5132
Fulda: SB-Gruppe, 64 Fulda, Leipziger Str. 165, Leipziger Hof, Teestube
Gelsenkirchen: Willi Scherer, 465 Gelsenkirchen, Overwegstr. 16
Gießen: Christoph Nix, 63 Gießen, Händelstr. 20
Göttingen: Helmut Korte, 34 Göttingen, Goetheallee 6
Gronau/Westmünsterland: Manfred Hennig, 4432 Gronau, Postfach 1422
Hamburg: ISZ Hamburg, 2 Hamburg 6, Altonaer Str. 28
Hanau/Main-Kinzig-Kreis: Jens Huhn, 645 Hanau 8, Haydnstr. 3
Hannover: Sozialistisches Büro, c/o Offizin Druckerei, 3 Hannover 1, Stiftstr. 11
Heidelberg: ISZ Heidelberg, 69 Heidelberg, Ingrimstr. 28
Kaiserslautern: Willi Michel, 675 Kaiserslautern, Wolfsangel 42
Kassel: Uli Restat, 35 Kassel, Kirchweg 68
Kiel: SB-Initiative, c/o Volker Schauer, 23 Kiel, Wörthstr. 1
Köln: SB Köln, c/o Der andere Buchladen, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197
Konstanz: Jörg Stübling, 775 Konstanz, Höhenweg 43
Mannheim: ISZ Mannheim, 68 Mannheim, Iffländstr. 3
Marburg: Dieter Höhne, 355 Marburg, An der Schanze 7
München: Sozialistisches Zentrum, 8 München 40, Heßstr. 80
Münster: Sozialistische Gruppe, c/o Jürgen Rose, 44 Münster, Hoyastr. 34
Nürnberg/Nordbayern: Buchhandlung "Die Bücherkiste", 85 Nürnberg, Jakobstr. 26
Offenbach: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Oldenburg: Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung, 29 Oldenburg, Bergstr. 1
Osnabrück: SB-Osnabrück, 45 Osnabrück, Postfach 1129
Reutlingen: SZ/FHS, c/o Hartmut Boger, 741 Reutlingen, Liststr. 21
Saarbrücken: Dietmar Spor/Werner Schmitt, 66 Saarbrücken, Dudweiler Str. 51
Siegerland: Buchhandlung "Bücherkiste", 59 Siegen 21, Weidenauerstr. 224
Schweinfurt/Unterfranken: Buchladen am Fischerrain, 872 Schweinfurt, Am Fischerrain 38
Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt: Hilmar Hoppe, 683 Schwetzingen, Richard-Wagner Str. 5
Stuttgart/Ludwigsburg: Sozialistisches Regionalbüro, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178
Tübingen: SZ Tübingen, 74 Tübingen, Münzgasse 13, 1. Stock; Kommunikationszentrum Münzgasse 7 (jeden Samstag offener Abend)
Ulm: Leserkreis "links", c/o Heinrich Lohr, 7905 Dietenheim 2, Schulstr. 30
Wuppertal: Rainer Rüggeberg, 56 Wuppertal 1, Höchsten 47

Soweit Interessenten in Orten wohnen, die hier nicht angegeben sind, wenden sie sich bitte an die Kontaktadresse der am nächsten gelegenen lokalen Gruppe oder auch an das Sozialistische Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Kooperation zwischen Fachhochschul-Verwaltung und Verfassungs''schutz''

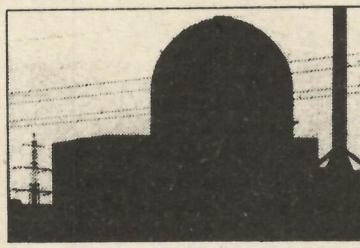
Ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl brachen am 23. März 1977 Polizisten in mehreren Emder Wohnungen ein – unter dem Vorwand, Molotow-Cocktails und Maschinenpistolen zu suchen. Gefunden wurde davon nichts; stattdessen nahmen die Staatsschützer private Schriftstücke mit.
Die Namen der betroffenen Emder Bürger, Angehörige der Fachhochschule Ostfriesland, sind – so mutmaßt der AStA der Fachhochschule – dank dieser Polizeiaktion in die sogenannten Terroristenlisten und in den Zentralcomputer des Bundeskriminalamtes geraten. Was einer Kriminalisierung gleichkommt. Dazu der AStA: "Die ganze Durchführung der Aktion läßt vermuten, daß hier Denunzianten am Werk waren, die mit ungeheuerlichen Beschuldigungen Studenten und Dozenten der Fachhochschule auf die schwarzen Listen des Verfassungsschutzes bringen wollten..."
Die von der Polizei heimgesuchten Fachhochschul-Angehörigen sind nicht die einzigen, denen Staatsschützer auf den Fersen waren. Auf einer Senatssitzung am 19. April, also vier Wochen später, machte das Rektorat der Fachhochschule eine empörende Enthüllung: Seit Juni 1976 hatte die Fachhochschulverwaltung dem Verfassungs''schutz'' drei- bis viermal persönliche Daten einer nicht näher bekannten Zahl von Studenten und Dozenten der FH zugespielt. Dies ohne Wissen des Rektors, der erst am 14. April davon erfuhr. Zu ihrer Rechtfertigung berief sich die Verwaltung auf das niedersächsische Verfassungs-''schutz''gesetz – es verlangt von allen Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts "Amtshilfe".
Schlußfolgerte der AStA: "Die Vorgänge in der Verwaltung sind im engen Zusammenhang mit den Emder Hausdurchsuchungen zu sehen. Die Vermutung liegt nahe, daß von hier aus ein Beitrag geleistet wurde, um Dozenten und Studenten gleichermaßen ins Zwielicht zu rücken."
(Quelle: Presseinformation des FH-AStA)

Polizei gegen ''Geleitschutz''

Mit Knüppeleien und Festnahmen versuchten Hamburger Polizisten etwa 100 Demonstranten daran zu hindern, dem AKW-Gegner Bernd Löwe solidarischen "Geleitschutz" zu geben, als er sich bei der Polizei melden sollte. Löwe, Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, war bei der Anti-AKW-Demo in Grohnde willkürlich festgenommen worden – die Anschuldigungen lauten: "versuchter Totschlag, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt". Zwar wurde der Haftbefehl gegen ihn ausgesetzt, doch bekam er die Auflage, sich einmal wöchentlich auf dem Revier zu melden.
Löwe ging nicht allein zum Polizeirevier. Jedesmal wurde er von etwa 100 AKW-Gegnern begleitet. Das erste Mal war die Polizei noch überrascht. Beim zweiten Mal hatte sie sich allerdings auf den "Besuch" der AKW-Gegner eingestellt. Mit Schlagstock und Helm ausgerüstete Polizisten hinderten die Demonstranten am Betreten der Wache. Zwar versuchten diese, einer Konfrontation aus dem Wege zu gehen; dennoch veranstaltete die Polizei eine Knüppelei, bei der insgesamt neun Leute festgenommen wurden.
Den Festgenommenen wurde erst nach einiger Zeit gestattet, Rechtsanwälte anzurufen. Vergeblich versuchten diese, die Polizei daran zu hindern, die Festgenommenen "erkennungsdienstlich zu behandeln". Begründung des verantwortlichen Polizeivorgesetzten: Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Festgenommenen das nächste Mal wieder dabei seien – so habe man dann "Beweismittel". Im übrigen könnten die Betreffenden ja vor dem Verwaltungsgericht auf Vernichtung der Akten klagen.
Bernd Löwe muß sich inzwischen nicht mehr wöchentlich auf dem Polizeirevier melden.
(Quelle: ID)

Gefahr für Justitia abgewehrt

Nicht in den juristischen Vorbereitungsdienst einstellen will der Präsident des Oberlandesgerichtes (OLG) Karlsruhe den Heidelberger Referendar Michael Empell, Begründung: Empell sei "Sympathisant des Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK)" und gehöre dem "Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD" an. Als das Verwaltungsgericht Karlsruhe den OLG-Präsidenten durch einstweilige Anordnung zur Einstellung bis spätestens 15.4. 1977 verpflichtete, erhob letzerer Einspruch.
So warf das OLG Michael Empell vor, er habe während eines Prozesses gegen SPK-Mitglieder einen Polizisten auf den Kopf geschlagen. Tatsächlich hatte Empell einen Zuschauer aus einem Polizei-Würgegriff zu befreien versucht. (Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wurde wegen geringe Schuld eingestellt).
Auf diesen Vorfall eingehend, formulierte das OLG, unfreiwillig Satirisches, um Empells Einstellung zu verhindern: "Wer ... nach abgeschlossenem Rechtsstudium sich zu einer solchen Tat hinreißen läßt, offenbart damit ohne Rücksicht auf den strafrechtlichen Schuldgehalt eine für einen angehenden Juristen in besonderem Maße rechts- und justizfeindliche Gesinnung. Die Wahl des Mittels mit dem er auf einen alltäglichen Vorgang im Gerichtssaal reagierte, läßt auf einen schweren Charakter



Aus einer Postkartenserie von Hans Husel, Rosenstraße 17, 66 Saarbrücken

fehler schließen, der ihn für die Ausübung eines Juristenberufes ungeeignet macht ... Aufgrund des geschilderten Vorfalls muß man dringend befürchten, er werde auch künftig nicht allein die Selbstbeherrschung verlieren, sondern sich wieder in den Mitteln vergreifen und Gewalt üben".
Vor dem Verwaltungsgericht verkündete der OLG-Vertreter, man werde Empell auf keinen Fall einstellen, egal wie das Gericht entscheide. Zwar verpflichtete das Verwaltungsgericht den OLG-Präsidenten – unter Androhung eines Zwangsgeldes von 2.000 DM – erneut zur Einstellung des Michael Empell. Jedoch half die nächsthöhere Instanz, der Verwaltungsgerichtshof Mannheim, dem OLG aus der Klemme: Es hob den sofortigen Vollzug der Einstellung auf und sprach sich faktisch gegen den Bewerber Empell aus: Es bestünden "Verdachtsmomente dafür, daß er die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpft". Da er während des Vorbereitungsdienstes die Möglichkeit habe, "geheimhaltungsbedürftige Informationen zu erlangen und zum Schaden der Rechtsordnung auszuwerten", bedeute dies ein "erhebliches Risiko für die Rechtsordnung.
Damit dürfte bei Justitia wieder alles ins Lot gebracht und eine entsetzliche Gefahr abgewehrt sein.
(Quelle: ID)

kommentare

2. Juni 1967 — Wirkliche Bewegung statt traditioneller Politik

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Auflösungsprozeß nach 1969 nur als Scheitern interpretiert, verdrängt ihre geschichtlichen Erfahrungen, Lernprozesse und vermittelten Wirkungen. Sie hat in der Praxis die Frage gestellt, wie der Ausbruch aus dem Getto des sozialistischen und kommunistischen Sektierertums unter den Bedingungen des Spätkapitalismus möglich ist, ohne sich an die von der bürgerlichen Politik vorgeschriebenen Mechanismen des Politikmachens anzupassen. Wer diese Frage heute nicht mehr stellen will, hat sich schon auf die eine oder andere Seite geschlagen: auf die des Sektierertums oder auf die der herrschenden Politik.

Die Resultate des Zerfalls der Protestbewegung scheinen ihren linken wie rechten Kritikern Recht zu geben. Sie hat weder das kapitalistische System der Bundesrepublik gestürzt noch hat sie irgendwo institutionelle Positionen eingenommen. Im Gegenteil: Die Bundesrepublik befindet sich 10 Jahre nach dem 2. Juni 1967 in einer beschleunigten Entwicklung zum autoritären Staat, gegen den die Protestbewegung mit ihrer Demokratisierungsstrategie aller gesellschaftlichen Institutionen angetreten war. Aber wären allein die Berufsverbote zu begreifen, wenn Rudi Dutschkes Parole vom "langen Marsch durch die Institutionen" wirkungslos geblieben wäre? Die antiautoritäre Protestbewegung entwickelte sich als praktische Kritik traditioneller Politik; sie ist deshalb auch nicht mit Kriterien traditioneller Politik zu messen.

Ihre Wirkungen lassen sich nicht in Wahlprozenten ablesen oder in Mitgliederzahlen von Organisationen, sondern sie sind aufgehoben im veränderten Bewußtsein der an ihr Beteiligten wie im veränderten gesellschaftlichen Verhalten derer, die heute das ausmachen, was man in der Bundesrepublik als soziale Bewegung bezeichnen kann. Bürgerinitiativen, Frauenbewegungen, aber auch Konflikte z. B. in Betrieben und Schulen weisen personelle wie inhaltliche Verbindungen zu den Erfahrungen und Lernprozessen der Protestbewegung auf.

Die Erfahrungen sind bei vielen verschüttet, die an ihr teilgenommen haben. Sie sind für die nur schwer durchschaubar, die nicht an der Bewegung teilgenommen haben. Eine Geschichte der antiautoritären Bewegung liegt bis heute noch nicht vor, wir können im Rahmen eines Artikels auch nur einige Elemente zu ihrer neuen politischen Interpretation entwikkeln. Die Zerfallsprodukte der Protestbewegung, deren sektiererische Politik oder auch Abkehr von der Politik zur gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrung gehört, sind nur ihre abstrakten Negationen. Sie haben die Mängel der Protestbewegung nicht verarbeiten wollen, sondern sie wollten sie einfach korrigieren: organisatorisch, militant bis militaristisch oder antipolitisch.

Die Organisationen, die unmittelbar aus ihr hervorgegangen sind, haben alles getan, um die Bedeutung des antiautoritären Protests als Bewegung, die von keiner Organisation gelenkt wurde, zu unterschlagen. Nur ohne Bewegung konnten sie die Gründung ihrer Organisationen begründen; deshalb versuchten sie, ihre eigenen Entstehungsbedingungen zu verleugnen. Als geschichtslose Organisationen, in denen die Vergangenheit ebenso unbegriffen bleibt wie die Gegenwart, haben sie keine Zukunft. Bewegungen existieren für sie nur als Objekte, die sie für ihre Politik zu instrumentalisieren und zu benutzen trachten. Als Organisationsform stellen sie die absurde Avantgarde der traditionellen Politik dar: außerparlamentarisch wider Willen, widerspruchs- und diskussionslose Parteien mit festen Programmen, die Kurzfassungen von "Weltanschauung" sind. Die gegenwärtige Organisationskonkurrenz ist in der Wahrnehmungslosigkeit der Organisationen gegenüber den Inhalten der sozialen Bewegung zu suchen. Das sektiererische Verhalten vieler linker Organisationen macht die Linke in der BRD schwächer als sie sein muß. Diese Schwäche liegt nicht in der objektiven Situation der Bundesrepublik begründet, sondern gerade im Traditionalismus der Linken, d. h. in dem mechanischen Verhältnis der politischen Organisationen zu den sozialen Bewegungen. Dagegen war es die politische Erfahrung des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), der wohl wichtigsten Organisation in der Bewegung, daß er durch den existierenden Widerspruch zwischen Organisation und Bewegung zerrissen wurde.

Die antiautoritäre Politik des SDS hat in der Praxis die Organisationsfrage für die Bundesrepublik neu gestellt. Diese Art der Politik sollte sich von der traditionellen Politik dadurch unterscheiden, anstatt Protestpotentiale für programmatische Organisationsziele zu organisieren, mit den Mitteln des provokativen Protests, der Herstellung von Öffentlichkeit u. a. eine Bewegung zu erzeugen, in der gesellschaftliche Veränderung praktisch erfahrbar und nach aussen demonstrativ sichtbar wurde. Für den SDS, eine sozialistische Intellektuellenorganisation, bedeutete der Schritt zur Bewegung, die keine studentische Interessenpolitik mehr war, sondern die Entwicklung eines neuen sozialrevolutionären Potentials, das Ende seiner politischen Existenzberechtigung als Organisation.

Der von den Hochschulen ausgehende studentische Protest fand durch den Kampf gegen den amerikanischen Völkermord in Vietnam zu einem geschichtlichen Selbstverständnis. Emanzipation bedeutete für ihn nicht länger die Entscheidung in der Systemkonkurrenz von Ost und West, sondern praktische Unterstützung der sich emanzipierenden Völker der Dritten Welt. Die Stagnation der Politik der traditionellen Arbeiterorganisationen während des Kalten Krieges drängte vor allem in den angelsächsischen Ländern und der BRD, in denen die Arbeiterklasse in ein gewerkschaftliches Getto eingesperrt schien, die sich politisierende Intelligenz dazu, sich als Neue Linke (New Left) zu begreifen. In ihren radikalsten Ausformungen, in den USA und der BRD, wurde sie objektiv durch den Umstand geprägt, daß die Arbeiterklasse im Gegensatz zu Frankreich und Italien politisch nicht einmal durch traditionelle Parteien repräsentiert wurde. Der sozialistische und kommunistische Traditionalismus erschien hier selbst als Sektierertum; die Frage des selbständigen Handelns von Randgruppen und Minoritäten wurde nicht aus Blindheit gegenüber dem Proletariat gestellt, sondern aus der eingesehenen Notwendigkeit zum Handeln

dpa

aktuell in der
edition suhrkamp

Rudolf Goldscheid,
Joseph Schumpeter
Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen.
Herausgegeben von Rudolf Hickel
es 698, DM 1o,-

M. Bloch, F. Braudel, L. Febvre u.a.
Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse
Herausgegeben von Claudia Honegger
es 814, DM 12,-

Géza Róheim
Psychoanalyse und Anthropologie. Drei Studien über die Kultur und das Unbewußte
es 839, DM 1o,-

Becker, Bovenschen, Brackert u.a.
Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes
es 84o, DM 12,-

Alexander Herzen
Die gescheiterte Revolution. Denkwürdigkeiten aus dem 19. Jahrhundert.
Ausgewählt von Hans Magnus Enzensberger
es 842, DM 12,-

Eric J. Habsbawm
Giorgia Napolitano
Auf dem Weg zum 'historischen Kompromiß'. Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI
es 851, DM 6,-

Prospekte durch:
Suhrkamp Verlag
Postfach 4229
6 Frankfurt 1

angesichts der zunehmenden Formierung der kapitalistischen Gesellschaften, deren Barbarei vor allem in Vietnam sichtbar wurde. Wegen des Versagens der traditionellen Organisationen gegenüber der Realität des Vietnamkrieges stieß die antiautoritäre Politik in ein gesellschaftliches Vakuum, in dem die Aktualisierung der Emanzipationsinteressen, die von bürokratisierten Parteiapparaten nicht aufgegriffen werden konnten, einer sozialistischen Studentenorganisation wie dem SDS den Sprung von der Organisation zur Bewegung ermöglichte.

Das antiautoritäre Moment traf vor allen Dingen ein Spezifikum spätkapitalistischer Herrschaft: die Verschüttung emanzipativer Interessen durch materielle Gratifikationen, ohne die der geschichtslose Kreislauf von Arbeit und Konsum nicht funktionieren kann. Die Überlegenheit an materiellen Gratifikationen bildete die Basis eines Antikommunismus (auch innerhalb der Arbeiterklasse), der durch die Politik des Konsumverzichts und die Propaganda der kommunistischen Parteien der RGW-Länder eher bestätigt als aufgelöst wurde. Mit dem Ansetzen an den eigenen Bedürfnissen und Interessen mobilisierte die antiautoritäre Politik vor allem Jugendliche in Ausbildungssituationen, Studenten, Schüler und Lehrlinge. Die Entdeckung der gesellschaftlichen Bedeutung der Sexualität und der emanzipativen Erziehung als keiner bloßen Verstandesangelegenheit, d. h. nur rationaler Vermittlung progressiver Inhalte, ermöglichte in Verbindung mit der sich durchsetzenden Rockkultur eine Mitte der sechziger Jahre unvorstellbare Ausweitung gesellschaftsverändernder Aktivität.

Das Bedürfnis nach einer für die Individuen erfahrbaren Emanzipation, durch das Potentiale sich mobilisierten, die für die traditionelle Politik unerreichbar waren, mußte im Fortgang der Bewegung mit dem sozialistischen Selbstverständnis der politischen Organisationen in Konflikt geraten, die mit dem antiautoritären Protest begonnen hatten. In dem Maße, wie sich die bundesrepublikanische Gesellschaft für Momente des antiautoritären Protests öffnete, schloß sich die Arbeiterklasse mit Ausnahme der Lehrlinge gegen ihn ab. Die antiautoritäre Politik, getragen von Intellektuellen, die von der Arbeiterklasse im Alltagsleben bisher nur als Agenten von Ausbeutung und Unterdrückung empfunden wurden, verunsicherte nicht nur die traditionelle Politik der gewerkschaftlichen Organisationen, die schon während der Antinotstandskampagne mit verstärktem Antiintellektualismus mögliche Verbindungen zwischen organisierten Arbeitern und APO zu verhindern suchten, sondern die Forderung nach Politisierung des Alltagslebens, Auflösung der Kleinfamilie und Abschaffung des Konsumterrors u. a. bedrohten über den traditionellen politischen Bereich

Bild: Esche/Kohut

hinaus lebensgeschichtliche Kompensations- und Stabilisierungsmöglichkeiten im Arbeiterdasein. Der Widerspruch, der gerade auf der Ebene von unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen zwischen Intellektuellenemanzipation und Arbeiterexistenz aufbrach, isolierte den antiautoritären Protest von der Arbeiterklasse und ließ praktisch Sozialismus und Antiautoritärismus als unvereinbar erscheinen.

Hatte die große Rezession 1966/67 die Sozialpartnerschaft der Wirtschaftswunderepoche objektiv erschüttert, so ergriffen 1969 in den spontanen Septemberstreiks Teile der westdeutschen Arbeiterklasse die Initiative, ausgehend von ihren eigenen Interessen und handelnd in ihren eigenen Aktionsformen. Die antiautoritäre Protestbewegung hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon innerlich so weit zersetzt, daß die Vermittlung von Intellektuellen- und Arbeiterinteressen überhaupt nicht mehr möglich war. Die Kraft der politischen Phantasie war erlahmt, je mehr der Solidaritätsprotest mit der vietnamesischen Revolution über den Kampf gegen bloß technokratische Reform der kapitalistischen Ausbildungsbedingungen, die nach dem Attentat auf Rudi Dutschke militante Straßenkampfauseinandersetzungen gegen die Springer-Presse (Ostern 1968) und die Großdemonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung (Frühsommer 1968) sich zu einer wirklichen politischen Konfrontation der APO mit der herrschenden Politik von Staat und Parlament entwickelte.

Schon der Schuß auf Benno Ohnesorg signalisierte, daß die Staatsorgane schon den gewaltlosen Minoritätenprotest mit allen Mitteln einschließlich des Gebrauchs von Waffengewalt zu bekämpfen gewillt waren. Dieser groteske Widerspruch zwischen legitimem Protest und Anwendung staatlicher Gewalt ermöglichte den teilweisen Legitimationsschwund des nachfaschistischen Staates, der zuletzt in den Mobilisierungen der Antinotstandskampagne Massen gegen die autoritäre Entwicklung in der BRD auf die Straße brachte. Die dem 2. Juni folgenden, zunehmenden Machtdemonstrationen von Staatsorganen und die als Selbstverabschiedung des bürgerlichen Parlamentarismus empfundenen Notstandsgesetze setzten die Protestbewegung unter einen Zugzwang, dem sie nicht mehr standhalten konnte.

Der Politisierungserfolg des provokativen Protests, d. h. des phantasievollen Unterlaufens der gegen öffentliche Protestaktionen errichteten Sperren, bestand in der Vermittlung der Erfahrung, daß Gewalt ein aktueller Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft auch fern von Vietnam ist, und der gleichzeitigen Herstellung einer Öffentlichkeit, die ohne symbolische Anwendung von Gewalt (für den, der heute schon vergessen hat, was das bedeutet, zur Erinnerung: Durchbrechung vorgeschriebener Demonstrationsrouten, Verbrennen von US-Emblemen, Markierung von Glaspalästen gesellschaftlicher Unterdrückungsinstitutionen durch Scheibeneinwerfen etc.) nicht erreicht werden konnte. Die wirkliche Anwendung der Staatsgewalt bei Großeinsätzen der Polizei und der rigorosen Kriminalisierungsstrategie der Justiz stellte in provokativer Weise von der staatlichen Seite aus die Machtfrage, die den Intellektuellenprotest als ohnmächtig zeigen mußte oder aber ihn zwang, diese Auseinandersetzung anzunehmen.

Der Protestbewegung, die ihr Selbstbewußtsein an dem unmittelbaren Politisierungs- und Mobilisierungserfolg ausbildete, mußte es scheinen, daß die Arbeiterklasse für sie nicht erreichbar war. Die Wendung zum Pseudo-Leninismus, die Rückkehr zu einem traditionellen Schema von Agitation und Propaganda trug unbewußt dieser Erfahrung der Intellektuellen aus den Jahren 1968 und 1969 Rechnung, daß das "richtige Bewußtsein" der Arbeiterklasse nur von außen zu bringen sei, ohne zu merken, daß die Erneuerung der Arbeiterbewegung weder nach der Mobilisierungsstrategie des antiautoritären Protests noch nach einer kommunistischen Strategie und Taktik geschieht, die bei nichtentfalteten bürgerlichen Verkehrsformen die herrschenden Klassen des zaristischen Rußlands entmachtet hatte.

War die abstrakte Wendung zum Proletariat, die sich in rigiden Organisationsformen niederschlug, schon eine falsche Antwort auf die vom Staat präventiv gestellte Machtfrage, so war die direkte Konfrontation der Tod der Bewegung. Der kritisierte Aktionismus der Antiautoritären mußte zu einer bewußtseinszerstörenden Praxis auf der Ebene der bürgerlichen Gewalt führen. In diesem Sinne sind die terroristischen Praktiken der RAF und ihrer Nachfolger das Ende einer Sackgasse, in die der Konfrontationskurs der Staatsmacht einen Teil der protestierenden Intellektuellen gedrängt hat. Auf diesem Weg ist nur noch die Ebene der bürgerlichen Gewalt, d. h. notwendigerweise eine ständige Wiederholung der eigenen Ohnmachtserfahrung gegenüber der organisierten Staatsgewalt, übrig geblieben, die in ihren eigenen Reihen zu einer totalen Militarisierung führt und als Fememord an dem abgesprungenen Schmücker oder dem nach Mafiosomuster durchgeführten Attentat auf Buback mit eingeschlossenem Risiko weiterer Toter zur reinen Gewalt wird, die nicht einmal in den Legitimationsversuchen sich von reaktionärer Gewalt unterscheiden läßt.

Der auf sich selbst zurückgeworfene antiautoritäre Protest produzierte selbstzerstörerische Folgen. Seine gesellschaftliche Bedeutung war in der Umstrukturierung der arbeitenden Klasse im Spätkapitalismus begründet. Er war eine Antwort auf die Erfahrung, daß die Intelligenz nicht mehr auf individuelle Weise in Herrschaftsfunktionen der Gesellschaft eingegliedert wird. Hans-Jürgen Krahl, einer der wichtigsten Theoretiker des SDS, hat dies als die historische Chance formuliert, vom individuellen zum kollektiven Klassenverrat überzugehen. Der Versuch des kollektiven Klassenverrats machte den Politisierungsprozeß zur Bewegung aus, die aber auf Grund ihres klassenspezifischen Charakters als sozialistische nur in Verbindung mit einer Arbeiterbewegung hätte überleben können. Ohne diese Möglichkeit verkümmerte das Emanzipationsverlangen zur gruppendynamischen Praxis und Ablehnung der Politik.

Die Abkehr von der antiautoritären Politik, die ihre Stärke aus der Einheit von Emanzipation und Politik bezog, kritisierte Krahl 1969 doppelt: "Der Ruf nach "Liquidation der antiautoritären Phase" dokumentiert eine identitätsschwache Unfähigkeit zu dialektischem Denken, die Verdrängung unangenehmer, aber realer Widersprüche, das Unvermögen, sie im Denken auszuhalten und damit auch im Handeln auflösen zu können." Diese Erfahrung des antiautoritären Protests ist eine aktuelle Kritik am Traditionalismus der heutigen Linken, die notwendig ist, um sich die Möglichkeiten zum Handeln nicht zu verstellen. Durch das Entstehen neuer sozialer Bewegungen sind diese Möglichkeiten auch dank der Protestbewegung größer geworden. Frauenbewegung und Anti-AKW-Bewegung können hier

nur Beispiele für die Richtigkeit der alten These sein, daß die Wahrnehmung unmittelbarer Interessen Momente der Gesellschaftsveränderung in sich trägt. Auch die Arbeiterbewegung hat seit 1969 neue Erfahrungen machen müssen, so daß das Verhältnis von Arbeitern und Intellektuellen heute keine Frage mehr der Spekulation, sondern eine der praktischen Zusammenarbeit geworden ist. Die Kritik der traditionalistischen Politik als verarbeitete Erfahrung des antiautoritären Protests muß in die politische Organisationsform eingehen. Wenn die Organisation nicht Gruppe unter Gruppen oder Partei unter Parteien sein soll, dann muß sie sich an der Art des Politikmachens unterscheiden lassen. Politische Organisation darf sich nicht gegen die sozialen Bewegungen abschließen. In diesem Prozeß wird jede Organisation ihre Avantgarde- und Führungsansprüche aufgeben müssen. Eine andere Art der Politik heißt die Teilnahme an den sozialen Bewegungen, ohne von außen das richtige Bewußtsein bringen zu wollen, sondern selbst aus ihnen zu lernen und in ihnen für sie und sich selbst nützlich zu sein. DETLEV CLAUSSEN

Misere bei den Jungsozialisten

Im März dieses Jahres konnten sich auf dem Hamburger Bundeskongreß die beiden oppositionellen Strömungen im Juso-Verband (die sogenannten "Antirevisionisten" und "Stamokap-Gruppierungen") durchsetzen und Klaus Benneter zum neuen Vorsitzenden wählen. Schon nach wenigen Tagen mußte er die lauthalse Ankündigung, die Jungsozialisten würden sich im "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" engagieren (wofür sich zudem auch mehr als 80% der in Hamburg anwesenden Delegierten ausgesprochen hatten), zurücknehmen und seine erste Niederlage kassieren. Ein Interview mit "konkret" im Gefolge dieses blamablen Rückzugs nahm der SPD-Parteivorstand zum Anlaß für ein sofortiges Funktionsverbot und die Einleitung eines Parteiausschlußverfahrens.

Während in der Vergangenheit ähnliche Äußerungen wie sie Benneter in diesem Interview machte, aus dem Juso-Bereich oft zu hören waren und ungerügt hingenommen wurden, sah der Parteivorstand jetzt in den folgenden Formulierungen eine "schwere Schädigung der Partei":

„konkret: Sie werden sich also weiterhin von den westdeutschen Kommunisten nicht so wie die Gesamtpartei abgrenzen?

Benneter: Mit unserer Entscheidung, auf eine Mitarbeit in dem Komitee zu verzichten, haben wir nicht unsere Überzeugung aufgegeben, daß wir die Zusammenarbeit in der Bundesrepublik mit Kommunisten zwar nicht suchen, daß wir sie aber auch nicht vermeiden wollen, wenn es uns politisch sinnvoll erscheint und wenn es unseren eigegen Verband stärkt. Falls dies dann zu Konflikten mit der Partei führen sollte, werden wir auch diese Konflikte wieder politisch lösen. Was aber nicht heißt, daß wir uns in jedem Fall so verhalten werden, wie wir das jetzt in diesem Fall getan haben.

konkret: Das heißt, Sie würden vielleicht doch einmal den Parteiausschluß in Kauf nehmen?

Benneter: Für uns Jusos ist die Mitgliedschaft in der Partei kein Dogma, an dem wir nun in jedem Fall festhalten."

Die Blitzaktion des Parteivorstands, dem die Sache so eilig war, daß er sich nicht einmal an die formalen Satzungsbestimmungen hielt, rief einige spontane Solidaritätsadressen hervor, gegen die ebenfalls der Ausschlußhammer geschwungen wurde. Die weitere Solidarisierung blieb vereinzelt und halbherzig. Nur wenige mochten sich nunmehr inhaltlich mit Benneters Position identifizieren, die Kritik machte sich vielmehr an der Form der administrativen Regelung fest. Benneter konnte zwar mittels Gerichtsbeschluß für drei Tage seine Parteifunktion wieder aufnehmen, wurde dann aber erneut – diesmal form- und fristgerecht – vom Parteivorstand abserviert. Gleichzeitig wurden die Ausschlußdrohungen gegen inhaltliche Solidarisierungen bekräftigt.

Die Isolierung und Einschüchterung der Juso-Linken, an der sich auch die Partei-Linke eifrig beteiligte, hat funktioniert. Der Parteivorstand ist sich seiner Sache sicher. "Eine Spaltung der SPD gibt´s nicht. Wenn einer die Axt erheben wollte, würde es höchstens einige Splitter geben." Mit dieser Bemerkung kommentierte der Parteivorsitzende Willy Brandt den erneuten Parteiausschlußantrag.

Und es sieht alles danach aus, als ob niemand nach der Axt greifen wollte. Vielmehr hat der Juso-Bundesvorstand mit der Zustimmung Benneters auf eine von einzelnen Bezirken geforderte zentrale Solidaritätsveranstaltung gegen die Absetzung des Juso-Bundesvorsitzenden verzichtet und stattdessen für Mitte Oktober (!) dieses Jahres einen außerordentlichen Bundeskongreß angekündigt, auf dem die Nachfolge geregelt werden soll.

Die Härte, mit der die sozialdemokratische Parteiführung gegen ihre Jugendorganisation vorgeht, ist aufgrund interner Konkurrenzkämpfe und Konzeptionslosigkeit in der Gesamtpartei und der ungebrochenen autoritär-administrativen Traditionen innerparteilicher Reglementierung gegen links (z. B. Ausschlüsse von SDS und Sozialistischem Bund in den frühen sechziger Jahren) nicht unbedingt verwunderlich. Aber umso mehr geben der geringe Widerstand und die Bereitschaft zu kuschen innerhalb der sozialdemokratischen Linken zum Nachdenken Anlaß.

Der Verlauf des Eklats um Benneter hat die Zerissenheit der sozialdemokratischen Linken, die Ohnmacht und Schwäche der Jungsozialisten deutlich sichtbar werden lassen. "Die Jusos – ein 'Papiertiger' ". Diese Überschrift – wohlgemerkt ohne jedes Fragezeichen – wählte "Der Spiegel" für einen Beitrag zur Lage der Jungsozialisten (Nr. 21, 16.5.77), in dem die These illustriert wird: "Mitgliederschwund und Dogmatismus haben den Jugendverband ... zum 'Papiertiger' verkommen lassen; sein Einfluß ist inzwischen gleich Null." – Während früher in derlei Presseorganen der Einfluß der Jungsozialisten auf die SPD-Politik eher überzogen dargestellt wurde, haben sich jetzt die Perspektiven total verkehrt.

Auch bei den Jungsozialisten ist auf dem Hamburger Bundeskongreß Selbstkritik hörbar geworden. Die Vorstellung, die Jungsozialisten der frühen siebziger Jahre könnten zur SPD der achtziger Jahre werden, wurde abgeschminkt. In ihrem politischen Rechenschaftsbericht benannte die ehemalige Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul – bei allem Zweckoptimismus – einige aktuelle Schwierigkeiten der Jungsozialisten: "Die verschärfte Krise ab 1973 traf die Linke in der SPD wie auch der Jungsozialisten zwar nicht theoretisch, aber praktisch unvorbereitet. Trotz anderslautender Analyse kalkulierte auch ihre Strategie wirtschaftliches Wachstum als Rahmenbedingung ein und ging von schnellen Erfolgen bei der Durchsetzung von Forderungen aus ... Entgegen dem Buchstaben unserer eigenen Doppelstrategie waren wir fast so 'staats'- oder regierungsfixiert wie die SPD. Die zunehmende Differenz zwischen sozialdemokratischem Wollen und Regierungshandeln hat viele in die Apathie getrieben."

In dieser Aussage steckt nicht nur das Eingeständnis des Scheiterns der großen strategischen Entwürfe (Umwandlung der SPD in eine konsequent sozialistische Partei mittels der Doppelstrategie von schrittweisen staatlichen Reformen und Basismobilisierung), sondern sie macht vor allem die Abhängigkeit der Juso-Politik von der politischen Entwicklung der SPD als Gesamtpartei deutlich. Die Jungsozialisten haben sich mit dem Scheitern der Reformpolitik zunehmend zum Jugendverband einer staatstragenden Partei entwickelt, dem die Regierungspolitik den Aktionsspielraum für seine politische Aktivitäten vorgibt. Mit der Aufgabe und dem Scheitern basispolitischer Orientierungen und praktischer Ansätze, die dem Anspruch nach noch wesentlicher Bestandteil der Doppelstrategie der frühen siebziger Jahre waren, blieb bei den Jungsozialisten eine ungebrochen "staatsfixierte" Praxis auf der Ebene traditionalistischer Parteipolitik übrig: Gerangel um programmatische, ideologische "Positionen" und Meinungen, innerparteiliche Machtkämpfchen, "staatsmännische" und abstrakte Resolutionen zu allen Themen der hohen Politik. Dies ganz auf Kosten ernsthafter politischer Praxis im Sinne von Aufklärung, Bewußtseinsbildung, Aktionen, Mobilisierung von unten und dadurch inhaltlicher politischer Verankerung. Damit war der Doppelstrategie der Boden entzogen.

Ottmar Schreiner zieht daraus schonungslos das vergleichsweise beschämende Fazit: "Eine illusionsfreie Bestandsaufnahme des politischen Kräfteverhältnisses innerhalb der Bundesrepublik und innerhalb der SPD wird an der Feststellung nicht vorbeikommen, daß es der Linken in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die unabdingbare Voraussetzung gesellschaftsverändernder Politik, nämlich ihre Verankerung innerhalb der Bevölkerung, wesentlich zu stärken." – In der Analyse ihres Scheiterns, eine politisch-tragfähige Basisarbeit zu entwickeln, greifen die Jungsozialisten allerdings zu kurz, wenn sie dafür bloß innerparteiliche Repression und Disziplinierung geltend machen. Wer sich eingesteht, "fast so staats- oder regierungsfixiert wie die SPD" (Wieczorek-Zeul) geworden zu sein, der müßte doch auch die Frage stellen, wieweit er nicht gerade durch die Einbindung in die SPD auf die Ebene bürgerlichen Politikmachens festgenagelt ist.

Die Ausmaße der Gängelung und Unterdrückung durch die Mutterpartei wurden auf dem Hamburger Kongreß zum ersten Mal offen angesprochen: "Die Behinderung der Juso-Arbeit durch kleinkarierten Bürokratengeist, das Ersetzen von politischem Dialog durch politische Disziplinierung innerhalb der Partei, hat vielerorts ihr Ziel zuweilen erreicht: den Rückzug der Jusos aus der aktiven politischen Arbeit" (Ottmar Schreiner). Grundlagen dieser Disziplinierung durch Parteigremien sind zum einen der Parteiratsbeschluß von 1971 gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten, durch den "die Basisarbeit in fast allen Bereichen (Bürgerinitiativen, Schülerparlamenten, ASten, Gewerkschaftsjugend usw.) an, bzw. über den Rand der innerparteilichen Legalität gedrängt worden" ist. So die Erklärung des "Göttinger Kreises" zum Hamburger Bundeskongreß. Darin werden weiterhin die 1975 von der SPD verabschiedeten Richtlinien für Öffentlichkeitsarbeit, die alle nach außen gerichteten politischen Aktivitäten der SPD-Arbeitsgemeinschaften von der Billigung der zuständigen Parteigliederungen abhängig machen, als Schranke für die Juso-Arbeit gesehen. Die Maulkorbrichtlinien "sind von den SPD-Vorständen im vergangenen Jahr, vor allem während des Wahlkampfes, systematisch dazu genutzt worden, um öffentliche Kritik von Jusos an der Politik sozialliberaler Regierungen in Bund und Ländern

zu unterdrücken."
Dieser Repressionsprozeß – ein innerparteiliches "Modell Deutschland" zur Absicherung der Schmidtschen Krisenpolitik – hat zur fast lautlosen Ausschaltung, politischen Resignation oder Anpassung der Juso-Generation von 1969 geführt. Rückgang der politischen Aktivitäten, hohe Fluktuation, Zerfall von örtlichen Arbeitsgemeinschaften, Nachwuchs lediglich aus dem Schüler- und Studentenbereich haben zum Strukturwandel der Jusos in Richtung Parteijugend geführt, die ihre politischen Handlungsmöglichkeiten fast ausschließlich voll im Rahmen innerparteilicher Arbeitsteilung bestimmt.
Diese Entwicklung zeigte sich besonders in der auf dem Hamburger Kongreß vollzogenen "jugendpolitischen Orientierung" des Jusoverbandes, die die faktische Entwicklung in der Mitgliederschaft nur noch programmatisch einholt. Mit dieser "realistischen" Wende der Juso-Strategie, der Selbstbesinnung auf die eigenen Mitglieder und ihre Interessen, sollen zwar praktische Aktionsmöglichkeiten zurückgewonnen werden. Die Beschränkung auf Jugendpolitik wird jedoch kaum neue Freiräume eröffnen, sondern der arbeitsteiligen Zielgruppenarbeit der Gesamtpartei (Stichwort "Vertrauensarbeit") untergeordnet werden. Der jugendpolitische Rückzug wird da, wo er als Basisansatz verstanden wird, sehr schnell an die gleichen Grenzen stoßen wie die alte Doppelstrategie.
Zerfall und Stagnation der politischen Praxis der Jusos kommen auch in der Durchsetzung der beiden oppositionellen Strömungen auf dem letzten Juso-Bundeskongreß zum Ausdruck. Voraussetzung für die Wahl Benneters und die Niederlage des "reformistischen Zentrums" war die Koalition der "Stamokap-Gruppierungen" und des sogenannten antirevisionistischen "Hannoveraner Flügels", die noch in den Vorjahren am völlig entgegengesetzten Politikverständnis (traditionelle Parteiorientierung auf der einen, Primat der Basispolitik auf der anderen Seite) der beiden Gruppierungen scheiterte. Die durch das Ende sozialdemokratischer Reformansprüche bedingte Austrocknung der praktischen Ansätze des basisorientierten Flügels war eine wesentliche Voraussetzung für das Zusammengehen "auf der Grundlage klar definierter gemeinsamer marxistischer Grundpositionen" (Benneter) ohne praktisch-politische Substanz.
Für den Führungwechsel bei den Jusos war jedoch auch die Kritik an der Arbeit des alten Vorstands entscheidend. Unterbindung innerverbandlicher Demokratie, Mißachtung zentraler Kongreßbeschlüsse, parteifromme und regierungstreue Wahlhilfe bei den letzten Bundestagswahlen, widerstandslose Unterordnung und Vorweganpassung an die Richtlinien des Parteivorstands, Unterbindung von Öffentlichkeit in Sachen innerparteilicher Repression u.a.m. wurden dem alten Vorstand angelastet – ebenso die Verschleierung und Beschönigung der stromlinienförmigen SPD-Integration der Jusos seit dem Mannheimer Parteitag (vgl. dazu "links" Nr. 71, Nov. 1975).
Indem der alte Juso-Vorstand als Transmissionsriemen der Anpassung an die Regierungspolitik außer Kraft gesetzt wurde, gerieten die sich aus der prekären Lage der Sozialdemokratie ergebenden Zwänge, die schon vollzogene Vorweganpassung und die eigene politische Schwäche (die, wie gezeigt, auch von führenden Jungsozialisten nicht verschwiegen wird) tendenziell aus dem Blickfeld. "Selbstbewußt" wollte der neue Vorstand gegen die innerparteilichen Maulkorbbestimmungen angehen und die prinzipielle Möglichkeit einer punktuellen Zusammenarbeit mit Kommunisten erstreiten.
Es wäre zu einfach, das rasche Scheitern der Initiative des neuen Juso-Bundesvorstands vorwiegend dem politischen und taktischen Ungeschick Benneters anzulasten – schließlich bewegte er sich im Rahmen der auf dem Hamburger Kongreß verabschiedeten Beschlüsse. Die SPD-Führung hat nur auf die erste sich bietende Gelegenheit gewartet, um publizistisch wirkungsvoll die neue Juso-Führung zu disziplinieren. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus der Entwicklung der SPD in den letzten Jahren. Mit dem Ausbleiben des angekündigten konjunkturellen Aufschwungs, mit der anhaltenden und tendenziell steigenden Arbeitslosigkeit hat die sozialliberale Koalition nicht nur das Image einer erfolgreichen und mehr soziale Gerechtigkeit verbürgernden Regierung verloren. Zugleich wurde offenkundig, daß die SPD keine sozialdemokratische Politik mehr betreibt, sondern sich nur noch im Rahmen bürgerlichen Krisenmanagements bewegt. Dieser politische Identitätsverlust schlägt sich in Wahlenthaltungen und Stimmenverlusten bei ihrer Stammwählerschaft aus, die am härtesten von der kapitalkonformen Krisensanierung betroffen ist. Gleichzeitig häufen sich innerhalb der Partei Zersetzungstendenzen (Korruptionsaffären, Fritz-Erler-Kreis u.ä.); und aufgrund der weitgehenden "Verstaatlichung" der Partei, der es um den Erhalt von Machtpositionen gehen muß, verstärken sich innerparteilich die Rechtstendenzen. Auch hier ist die Krise die "Stunde der Exekutive". Das Abbröckeln sozialliberaler Koalitionen in Kommunen und Ländern begünstigt diese Entwicklung, zumal der reformorientierten SPD-Linken mit der staatlichen Austerity-Politik jede praktisch-politische Grundlage genommen ist.
In dieser Situation muß die Partei- und Regierungsspitze darauf bedacht sein, die Parteiorganisation als massenintegrativen Apparat funktionsfähig zu erhalten. Die Ausbildung linker Flügel könnte längerfristig zur Formierung bedrohlicher Protestpotentiale führen.
Dieser Prozeß führt jedoch zur Austrocknung der SPD-Basis, politische Initiativen und soziale Bewegungen können weniger als früher integriert und befriedigt werden. Da die Regierungspolitik für die Wählermobilisierung immer weniger taugt, betreibt der Parteiapparat ideologisch eine "große Koalition", die unter dem Deckmantel der "Solidarität der Demokraten" weitgehend schon praktiziert wird. Benneters Äußerung, daß "CDU und CSU die Parteien des Klassengegners (sind), während die Kommunisten unsere politischen Gegner, nicht aber die Klassenfeinde sind", steht in der Tat quer zu dieser Entwicklung. Die atlantische "Europapolitik" der Bundesregierung und die Rolle der bundesdeutschen Sozialdemokratie dabei verlangen zudem eine schroffe Abgrenzung der SPD gegen "kommunistische Strömungen" – auch in den eigenen Reihen.
Die in den letzten Jahren praktizierte repressive Durchsetzung von "Gesoldis" (Geschlossenheit, Disziplin, Solidarität) hat von der SPD-Linken nicht mehr viel übrig gelassen. In der Defensive, zermürbt und zerstritten, fehlt es ihr an sozialer Verankerung, die strategische Orientierungen erst möglich machte. Der Anspruch, innerhalb der SPD sozialistische Politik betreiben zu können, blamiert sich vor der Wirklichkeit einer Regierungspolitik, die nicht einmal mehr sozialdemokratische Züge für sich beanspruchen kann.
Hoffnungen auf Ablösungsprozesse von der SPD, die zu einem politischen Aufschwung für die gesamte Linke werden könnten, ist durch die jüngsten Ereignisse der Boden entzogen worden. Das verbalradikale Festhalten an "marxistischen Orientierungen" innerhalb der Jusos und der SPD-Linken ist gegenwärtig nur die Kehrseite praktisch-politischer Abstinenz und soll darüber hinweg trösten und täuschen, daß sozialistische Politik in der SPD nicht möglich ist. Das klägliche Schauspiel der jüngsten "Linksorientierung" der Jusos macht zudem eine Falle parteifixierten und traditionalistischen Politikverständnisses sichtbar. Die Positionen in Partei- und Staatsapparat suggerieren Macht und Einfluß, vermitteln das Gefühl von Stärke. Soziale Verankerung allerding können sie nicht ersetzen. – Die Probleme und Schwierigkeiten autonomer sozialistischer Ansätze beginnen erst hier ...

ROLAND ROTH

Jagd auf "Arbeitsunwillige"

Erst am 6. Mai informierte die "Frankfurter Rundschau" darüber, daß bereits ab Monatsbeginn die Arbeitsämter noch weiterreichende Möglichkeiten als bisher haben, den "Arbeitswillen", die "ernstliche Arbeitsbereitschaft" und die "Bildungswilligkeit" von Arbeitslosen zu überprüfen. Die in den letzten Monaten insbesondere seitens der Unternehmer, der CDU/CSU und der bürgerlichen Medien intensivierte Diffamierung der Arbeitslosen als "Arbeitsunwillige" stellt sich damit als gezielte Kampagne heraus, um die Öffentlichkeit zu veranlassen, die geplanten repressiven Maßnahmen gegenüber Arbeitslosen im Interesse der "Sanierung" der Staatskassen zu begrüßen.
Daß nicht alle Arbeitslosen begeistert darauf warten, wieder eine Arbeit zu finden – wer wollte es ihnen verdenken: erneut dem Ausbeutungsprozeß, womöglich noch an einer schlechter bezahlten Stelle, unterworfen zu sein, ist sicher nicht das Ziel menschlichen Lebens. Entscheidend ist jedoch nicht die subjektive Einstellung der Arbeitslosen zur Arbeit, sondern die Tatsache, daß die Arbeitslosen aus materiellen und finanziellen Gründen heraus versuchen müssen, eine Arbeit zu finden. Damit erledigt sich auch der Vorwurf der "Arbeitsunwilligkeit", denn die Arbeitslosenunterstützung war auch schon bisher keine vorgezogene Rente.
Mit dem am 1. Mai in Kraft getretenen Erlaß der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit haben die Arbeitsämter zusätzliche Möglichkeiten, Arbeitslose entweder zur "Arbeitserprobung" oder zur "Probebeschäftigung" zu zwingen, wollen diese nicht den Anspruch auf Unterstützung verlieren. Bei der "Arbeitserprobung", die zwischen zwei und vier Wochen dauern soll, bleibt der Betroffene arbeitslos: er erhält keinen Lohn, sondern weiterhin Arbeitslosengeld oder -hilfe. Es wird kein Beschäftigungsverhältnis zwischen ihm und dem Unternehmer geschlossen. Der Unternehmer erhält so eine Arbeitskraft, für die er keinen Lohn zahlt, die keinerlei Rechte ihm gegenüber hat und für die sich kein Betriebsrat einsetzen kann.
Bei der "Probebeschäftigung" wird ein befristetes Beschäftigungsverhältnis bis zu drei Monaten abgeschlossen. Dem Unternehmer werden alle Kosten (Löhne, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung usw.) erstattet. Wann immer "ein Arbeitgeber die Eignung des arbeitslosen Arbeitsuchenden für seinen Betrieb bezweifelt", soll ihm dieses Geschenk vom Arbeitsamt angeboten werden. Der betroffene Arbeitslose ist völlig vom Unternehmer abhängig. Jederzeit kann das Probeverhältnis vom Unternehmer mit der Begründung der "Arbeitsunwilligkeit" oder der "mangelnden Eignung" beendet werden, worauf das Arbeitsamt seinerseits mit der Begründung mangelnder "Arbeitswilligkeit" oder "Verfügbarkeit" die Unterstützungszahlungen an den Arbeitslosen vorübergehend oder ganz einstellen kann. Wurde die ursprüngliche Regelung, daß der Arbeitslose eine Arbeit dann als

"unzumutbar" ablehnen konnte, wenn sie ihn finanziell oder qualifikationsmäßig schlechter stellte und eine spätere Rückkehr in seinen Beruf erschwerte, bereits 1975 stark eingeschränkt, so haben die Arbeitsämter mit der neuen Regelung fast uneingeschränkte Entscheidungskompetenzen, von sich aus zu bestimmen, wann eine Beschäftigung für einen Arbeitslosen zumutbar ist.

Aber nicht nur die Arbeitslosen sind von diesem Erlaß der Bundesanstalt betroffen. Für die über normale Arbeitsverträge Beschäftigten bedeutet dieser Erlaß: verstärkter Einsatz von Arbeitskräften, die dem Unternehmer völlig ausgeliefert sind, die außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes und Tarifvertrages stehen, die sich unter außerordentlichem "Bewährungszwang" befinden und die im Betrieb gewachsenen Solidaritätsstrukturen bedrohen. In den derart eingesetzten Arbeitslosen werden die auf Dauer Beschäftigten Lohndrücker, Leistungshochtreiber und beliebig disponible Aushilfskräfte sehen, mit deren Einsatz der Unternehmer versucht, die Stammbelegschaft unter Druck zu setzen. Stärkung statt Abbau der Konkurrenz zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden ist also ein zentrales Resultat dieser Strategie der Bundesanstalt für Arbeit.

Diese Maßnahmen genügen den Unternehmern jedoch noch nicht. Die Kampagne gegen "arbeitsunwillige" Arbeitslose geht weiter. Wenige Tage nach Inkrafttreten des Erlasses der Bundesanstalt für Arbeit teilte die Arbeitsgemeinschaft der selbständigen Unternehmer das Ergebnis einer von ihr unter Unternehmern durchgeführten Umfrage mit. Danach sind ein Drittel der von den Arbeitsämtern geschickten Arbeitslosen "arbeitsunwillig". "Konsequentere" und "spürbarere" Sanktionen, d. h. Kürzung der Unterstützungen, müßten angesichts dieser Tatsache gegenüber den Arbeitslosen ergriffen werden (FR 12.5.77).

Wer aber steht auf Seiten der derart angegriffenen Arbeitslosen? Offiziell betont der DGB immer wieder seine Solidarität mit den Arbeitslosen und wendet sich gegen die Versuche der Diffamierung und materiellen Schlechterstellung von Arbeitslosen. Was aber tut er praktisch, um dieses Versprechen zu Solidarität einzulösen?

Kritisch schrieb die Gewerkschaftspresse zum 1. Mai: "In vielen Fällen stellt der vom Arbeitsamt ausgeübte Druck zur Aufnahme einer erheblich schlechter bezahlten und geringer qualifizierten Arbeit eine schwere Belastung für den Arbeitnehmer dar" (Druck und Papier 9/77). Im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit, der nach dem Arbeitsförderungsgesetz von 1974 für Erlasse zuständig ist, die die Arbeitsämter und Gerichte binden, sitzen auch DGB-Vertreter. Was tun sie, um dem in der Gewerkschaftspresse beklagten "Druck" der Arbeitsämter auf die Arbeitslosen entgegenzuwirken? Wie in der FR vom 6.5.77 berichtet, haben die DGB-Vertreter die ab 1. Mai geltende erneute Verschärfung des Arbeitsförderungsgesetzes nicht etwa abgelehnt, sondern sogar "ohne Kontroverse", wenn auch – so ein DGB-Sprecher – "mit deutlichen Zweifeln" (?) befürwortet. Und wie wir wissen, ist das kein Einzelfall. Immer wieder entscheiden Vertreter von DGB und Einzelgewerkschaften in öffentlichen (wie in privatkapitalistischen) Spitzengremien aus "gesamtwirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein" heraus und stellen sich so in Gegensatz zu den Interessen der Mitgliederbasis.

Das Verhalten der DGB-Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt zeigt einmal mehr, wer entscheidend dafür verantwortlich ist, wenn den gewerkschaftlichen Appellen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit so selten Taten folgen. Und weshalb sich der Widerstand gegen die Arbeitslosigkeit im Betrieb wie unter den bereits Arbeitslosen nicht einfach auf den in vielfältiger Weise in das bestehende System eingebundenen Gewerkschaftsapparat stützen kann, sondern Schritt für Schritt von den Betroffenen selbst innerhalb, aber auch außerhalb der Gewerkschaften organisiert werden muß: von Strategien des betrieblichen Widerstandes gegen drohende Entlassungen bis hin zu organisierten Ansätzen kollektiver Selbsthilfe von Arbeitslosen und Versuchen, den vielfältigen Repressionsinstrumenten des Arbeitsamtes und anderer Behörden durch Ausnützen auch der bescheidensten Rechtsansprüche und durch Entwicklung auch noch so kleiner Widerstandsformen zu begegnen.

JÖRG-PETER FAUST

GEW: Patt in Hessen

Teilerfolge und Patt für die Linken im hessischen Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Auf der Landesvertreterversammlung – dem GEW-"Parlament", das Anfang April 1977 in Kassel stattfand – konnten die Linken wichtige Vorstandsämter besetzen; unter anderem den 1. Vorsitz und den Geschäftsführerposten. Faktisch verfügen jetzt die GEW-Linken im bisher rechten geschäftsführenden Landesvorstand über eine (freilich knappe) Mehrheit.

Wie kam es zu dieser für die Linken zunächst positiven Entwicklung in der GEW Hessen? Immerhin hatten die linken Kandidaten die Kasseler Delegiertenversammlung nicht im Unklaren gelassen, welche Politik sie gerne betreiben würden: eine Strategie, die auch Streiks einkalkuliert und die die Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber den K-Gruppen für legitim hält.

Denn die Landesvertreterversammlung der GEW Hessen ist keineswegs mehrheitlich links orientiert: daß die Linken für ihre Kandidaten überhaupt Mehrheiten bekommen konnten, haben sie solchen Delegierten zu verdanken, die keine Rechten sind, die sich aber auch nicht eindeutig nach links einordnen lassen. Dieses mittlere Spektrum repräsentiert eine nicht unerhebliche Zahl von GEW-Mitgliedern, die mit der bisherigen Politik des alten GEW-Vorstandes unzufrieden waren.

Der Hintergrund für diese Entwicklung in der GEW Hessen kann hier nur stichwortartig skizziert werden:

- Lehrerarbeitslosigkeit und Teilzeit-Verträge; Besoldungsverschlechterungen für Grundschullehrer; zunehmende politische Repression auch in Hessen; Beschneidung inhaltlicher und organisatorischer Reformen (Rahmenrichtlinien, Gesamtschulen);
- dazu bisher eine GEW-Führung, die zwar hin und wieder verbal auftrumpft, aber im entscheidenden Moment mit der Landesregierung ohne Erfolg rumkungelt;
- auf der anderen Seite mehr und mehr jüngere GEW-Mitglieder, die an der Hochschule politisiert wurden und mit hohen Erwartungen in den Schuldienst (und in die GEW) eingetreten sind – ihre Vorstellungen von aktiver GEW-Politik fanden bei den bisherigen GEW-Oberen wenig Sympathie. Im Gegenteil: sofern arbeitslos, wurde ihnen von der GEW-Spitze nicht einmal der volle Mitgliedschafts-Status zuerkannt.

Anlässe zur Kritik hatten die unzufriedenen hessischen Lehrergewerkschafter im letzten Jahr zur Genüge: Der von den GEW-Linken immer wieder eingebrachte Antrag, eine Urabstimmung über einen Warnstreik zu beschließen, wurde von den Rechten im Hauptausschuß (HA) der GEW Hessen – dem höchsten Gremium zwischen den Landesvertreterversammlungen – abgeblockt. Stattdessen setzte der konservative Flügel im HA einen Beschluß durch, der die GEW-Mitglieder zu einer individuellen Verweigerungsstrategie (z. B. keine Wandertage) und einem Reformboykott (z. B. gegenüber Schulversuchen und Rahmenrichtlinien) aufrief; beides stieß aber auf den Widerwillen zahlreicher Mitglieder und wurde vom rechten Vorstand sehr bald sang- und klanglos abgeblasen. Stattdessen ließ sich die GEW-Spitze wieder aufs Verhandeln mit der Landesregierung ein. Ihre Aversion gegenüber einer Urabstimmung begründeten die GEW-Konservativen mit mangelnder Streikbereitschaft der Mitglieder – eine Behauptung, die sich allerdings auch nach zwei Befragungen von GEW-Mitgliedern nicht belegen läßt. Linke GEWler betonen im übrigen auch immer wieder, daß ein Warnstreik nur mit entsprechender vorheriger Schulung und Aufklärung möglich sei. Wie sehen nun die politischen Kräfteverhältnisse in der GEW Hessen aus? Schon während der Kasseler Tagung wurde deutlich, daß die Position der Linken noch recht instabil ist. Zwar haben die Linken im geschäftsführenden wie im erweiterten Landesvorstand eine knappe Mehrheit; doch im Landes-Hauptausschuß, der immerhin verbindliche Beschlüsse faßt, steht ihnen eine rechte Mehrheit gegenüber.

Außerdem kann von einer geschlossenen "Politik linker GEWler" in Hessen nicht die Rede sein. Gehören doch zum linken Flügel der GEW Hessen Gruppen, die durchaus divergente Gewerkschaftsstrategien verfolgen. Beispielsweise boten DKP-angehörige Delegierte in Kassel dem bisherigen (rechten) Landesgeschäftsführer Helmut Schwarz die Bestätigung in seinem Amt an – Schwarz war just zuvor als Kandidat der Konservativen für den 1. Vorsitz gescheitert. Glücklicherweise setzte sich die DKP mit ihrem Vorschlag, den sie ohne Absprache mit anderen linken Delegierten getroffen hatte, nicht durch. Denn wohl kaum hätte solch opportunistisches Taktieren, das auf Teufel-komm-raus mit rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären Kompromisse eingehen will, die Rechten davon abgehalten, den geschwundenen Einfluß mit allen Mitteln zurückzuerobern.

Zudem haben die linken GEW-Gruppen in Hessen künftig noch schwer mit einer sich bildenden rechten Fraktion zu schaffen: Kurz nach der Kasseler Tagung trat eine rechte "Initiative für die GEW" (Mitglieder: der bisherige Landesvorsitzende Gustav Ludwig und der gescheiterte Helmut Schwarz) mit einer Erklärung an mögliche Sympathisanten heran. Kühn behauptete diese Initiative, daß sie – in Kassel in der Minderheit – die Mehrheit der Mitglieder hinter sich

MERVE

PSYCHOANALYSE & ANTIPSYCHIATRIE

Michel Foucault

MIKROPHYSIK DER MACHT
ÜBER STRAFJUSTIZ, PSYCHIATRIE UND MEDIZIN 9 DM

"Nichts ist physischer, materieller, körperlicher als die Ausübung von Macht... Das gesamte Strafsystem ist im Grunde auf den Tod hin ausgerichtet und wird von ihm regiert... Das Gefängnis ist eine Todesmaschine."

G. Deleuze/F. Guattari/G. Jervis u.a. 13 DM

ANTIPSYCHIATRIE UND WUNSCHÖKONOMIE

"Der revolutionäre Kampf... muß sich auf allen Ebenen der Wunschökonomie entwickeln, die vom Kapitalismus verseucht sind (auf der Ebene des Individuums, der Zweierbeziehung, der Familie, der Schule, der Militantengruppe, des Wahnsinns, der Gefängnisse, der Homosexualität usw.)"

Louis Althusser
FREUD UND LACAN
Michel Tort
DIE PSYCHOANALYSE IM HISTORISCHEN MATERIALISMUS 7 DM

"Marx hat seine Theorie auf die Zurückweisung des Mythos vom 'homo oeconomicus', Freud die seine auf die Zurückweisung des Mythos vom 'homo psychologicus' gegründet. Lacan hat den befreienden Bruch Freuds gesehen und verstanden."

Giovanni Jervis u.a.

PSYCHOTHERAPIE ALS KLASSENKAMPF 4 DM

Luce Irigaray

WAREN, KÖRPER, SPRACHE
DER VER-RÜCKTE DISKURS DER FRAUEN 7 DM

"Was mich interessiert, ist, die Hierarchie, die Unterordnung intelligibel/sensibel, Kopf/Geschlecht, Intelligenz/Körper zu sprengen."

MERVE

wisse. (Tatsächlich war die Beteiligung der GEW-Mitglieder bei den Delegiertenwahlen für Kassel nicht sehr hoch gewesen.) Und sogleich zog die "Initiative" alle wohlbekannten Register der Unterstellung: z. B. daß der Versuch, die GEW gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu mobilisieren, "sie ... von den auf der Grundlage des Grundgesetzes entwickelten freiheitlich-demokratischen Grundsätzen des DGB abzuspalten" drohe – dagegen werde sich die "Initiative" wehren. Was Wunder, wenn die "Zusammenarbeit mit Extremisten (z. B. Kommunisten und Faschisten) und Angehörigen des Sozialistischen Büros Offenbach" abgelehnt wird.

Auf einen Bündnispartner mußten die hessischen GEW-Rechten vorerst verzichten: auf den GEW-Vorsitzenden Erich Frister. Hatte Frister noch 1975 und 1976 rechte Fraktionierungen in Westberlin und Hamburg toleriert, wenn nicht gar unterstützt – Fraktionen, die nach Vorstandswahl-Erfolgen der Linken entstanden waren –, so sagte er in Hessen dem neugewählten Vorstand seine Unterstützung zu und warnte, an die Rechten gewandt, davor, "von einem Auseinanderfallen der GEW reden zu müssen". Inwieweit Fristers Verhältnis zum neuen hessischen GEW-Vorstand und zur fraktionierenden Rechten ein bloß taktisch-abwartendes ist oder ob er aus seiner vorerst fehlgeschlagenen Bundesvorstands-Politik in Westberlin (dort ist der alte, aus dem DGB ausgeschlossene GEW-Landesverband keineswegs auseinandergebrochen) Konsequenzen gezogen hat, läßt sich z. Z. nur schwer beantworten.

Nun dürfte die Politik des GEW-Bundesvorstandes auch davon beeinflußt werden, welche Haltung der DGB Hessen gegenüber der neuen GEW-Spitze einnimmt. Tatsache ist jedenfalls, daß die hessische DGB-Führung, mehrheitlich mit linken Sozialdemokraten besetzt, der ständisch bornierten Politik des alten GEW-Vorstandes nicht gerade wohlgesonnen war. Die Abwahl der Ludwig-Riege wurde denn auch in hessischen DGB-Kreisen eher mit Erleichterung aufgenommen.

Allerdings hat Frister im Moment von den hessischen GEW-Linken nicht allzuviel zu befürchten. Deutlich wurde dies in Gießen, wo Mitte Mai die Landesvertreterversammlung fortgesetzt wurde und auf der nun die notwendigen gewerkschaftspolitischen Inhalte und Strategien zur Diskussion standen. Dort in Gießen offenbarten die Linken ein Muster an Disparatheit und die Rechten vorbildliche Geschlossenheit. Dies vor allem, als es um die künftige Kampfstrategie der GEW Hessen ging. In einem Grundsatzpapier betonte der neue Landesvorstand, daß es jetzt gelte, gegen einen Passus des geplanten 6. Besoldungs-Erhöhungsgesetzes anzukämpfen, der eine Rückstufung der hessischen Lehramtsanwärterbezüge vorsieht. Der Landesvorstand hatte dieses Kampfziel ausgewählt, weil das geplante Gesetz in den nächsten Wochen vom Bundestag verabschiedet wird und weil – so jedenfalls nach Auffassung des Landesvorstandes – Chancen für die Einflußnahme auf den Gesetzgebungsprozeß bestünden. Freilich hatten die Linken im neuen Vorstand damit ihr früheres Kampfprogramm aus taktischen Gründen erheblich eingeschränkt – hatte doch der neue 1. Vorsitzende Harnischfeger noch vor seiner Wahl in Kassel als weitere zentrale Forderungen der GEW Hessen genannt: Einstellung aller Lehrer und Umwandlung der Zweidrittel-Verträge in volle Planstellen, Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung.

Ärgerlicher jedoch war, daß die Linken auf der Gießener Tagung keine gemeinsame Kampfstrategie vorschlagen konnten: nämlich was zu tun sei, wenn eine Streichung der Anwärter-Rückstufung auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen ist. Der neue Landesvorstand beantragte, daß er in diesem Fall in der zweiten Juni-Woche im Landes-Hauptausschuß eine Urabstimmung über einen Warnstreik beantragen wolle – das entscheidende Wort, ob urabgestimmt und gestreikt wird, spricht laut Satzung eh der GEW-Bundesvorstand. Ein weiterer linker Vorschlag sah vor, daß der Landesvorstand diesen Antrag auf Urabstimmung gleich selbst beim Bundesvorstand stellen möge. KBW und KPD verlangten – wie immer sehr fix – von der Versammlung die Festlegung eines Streikdatums. Teile des rechten Flügels hatten mit einer Urabstimmung überhaupt nichts im Sinn. Die Mehrheit fand schließlich ein Beschluß, der alles erst einmal im Vagen läßt: Falls die Rücknahme der Rückstufung nicht erreicht wird, soll der Landesvorstand in der zweiten Juni-Woche dem Hauptausschuß Bericht erstatten. Und dann könne ja der HA gegebenenfalls über Kampfmaßnahmen beschließen. (Von Streik ist da nicht mehr ausdrücklich die Rede.)

Richtig brenzlig wurde es für die GEW-Linken auf der Gießener Tagung, als die Rechten einen Antrag zum Thema Unvereinbarkeitsbeschlüsse vorlegten: Bei namentlicher Abstimmung durch jeden einzelnen Delegierten sollte sich die Vertreterversammlung zur Beibehaltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und – indirekt – zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bekennen. Damit parierten die Rechten durchaus geschickt die von linker Seite in Kassel wieder in Gang gesetzte Diskussion um den innergewerkschaftlichen Radikalenerlaß. Nur mit Mühe konnte die Behandlung dieses Antrags verhindert werden. Andernfalls hätte der neue Vorstand – so vermuten GEW-Linke – die Vertrauensfrage stellen und – bei negativem Ausgang – zurücktreten müssen.

Trotz dieses für die Linken nicht ungefährlichen Patts sind die Chancen für eine neue GEW-Politik in Hessen nicht geschwunden. Diese labile Situation zu überwinden bedeutet aber, sich nicht bloß auf Gremienarbeit zu konzentrieren, sondern eben diese Arbeit mit lokalen Aktivitäten zu verbinden, z. B. dort, wo Schüler, Eltern und Kollegen ihren Unwillen über die hessische Schulpolitik gezeigt haben. Und: jene Delegierten des mittleren Spektrums, die aus Unzufriedenheit einen linken Vorstand mitgewählt haben, müssen für den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse erst gewonnen werden. Daß einige linke Gruppen nur bedingt bündnisfähig sind, sollte einkalkuliert werden, – der KBW wird sicher immer wieder versuchen, eine maximalistische Politik durchzusetzen, auch wenn die hinter ihm stehenden "unzufriedenen Lehrermassen" immer mehr zusammenschrumpfen und vielleicht bald nur noch aus einigen Dutzend Sympathisanten bestehen.

HANFRIED SCHERER

Zum Stand des Otto/Roth-Prozesses in Köln

Seit dem 17. Juli 1976 wird in Köln vor dem Landgericht gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Werner Sauber wegen gemeinschaftlich versuchten und begangenen Mordes verhandelt. Die drei waren am 9. Mai 1975 auf einem Parkplatz in Köln-Gremberg in eine Schießerei mit der Polizei verwickelt. Dabei wurde Werner Sauber erschossen und Karl-Heinz Roth lebensgefährlich verletzt. Lebensgefahr besteht für Roth auch heute, zwei Jahre nach der Schießerei, noch immer, da er medizinisch unterversorgt ist; ein Arzt seines Vertrauens hat ihn bis heute noch nicht untersuchen dürfen.

Otto und Roth wird der Prozeß gemacht, obwohl beide nachweislich nicht geschossen haben. Um den Prozeß stattfinden zu lassen, konstruiert die Staatsanwaltschaft eine wahnwitzig anmutende Anklage, die allerdings System besitzt, denn angeklagt wird nicht die Tathandlung, sondern die politische Gesinnung und damit letztlich die gesamte Linke. Die Staatsanwaltschaft behauptet nicht, daß Roland Otto und Karl-Heinz Roth geschossen haben, das sagt sie nur von Werner Sauber. Dies sei aber auch gar nicht wichtig, da, so die Anklage, die beiden in "stillschweigendem Einverständnis" mit Werner Sauber gestanden und sein Handeln gebilligt hätten, was auch dadurch belegt werde, daß beide Angeklagten sich nicht von Sauber distanzieren. Sie, die Angeklagten, hätten schießen können und wollen, nur seien sie nicht mehr dazu gekommen. Für die Staatsanwaltschaft sind die beiden für die Schüsse Werner Saubers mitverantwortlich.

Das "stillschweigende Einverständnis" der drei auf dem Parkplatz ergibt sich für die Anklage aus der gemeinsamen politischen Einstellung, aus der "Solidarität der Tatbeteiligung". Im Vordergrund der Beweisführung steht damit nicht mehr der objektive Tathergang, sondern die aus der Persönlichkeit der Täter resultierende Haltung als Linke, die sich in der Tat verwirklicht habe. Zur Beweisführung dienen der Staatsanwaltschaft dabei auch zurechtgeflickte Biographien der drei Angeklagten. Allein dies zeigt, daß es sich in Köln nicht um einen "gewöhnlichen Mordprozeß" handelt, sondern um ein weiteres Stück politischer Justiz.

Faßt man die bisherige Beweisaufnahme und die Aussagen der Zeugen zusammen, bleibt von den Behauptungen und Unterstellungen der Anklage nicht viel übrig, es sei denn, daß es kriminell ist, auf einem Parkplatz zu parken. Denn trotz erheblicher Vorbereitung (u. a. durch Akteneinsicht, dienstliche Anweisungen usw.) der Polizeizeugen verwickelten sich diese bei ihren Aussagen in Widersprüche über den Tathergang bzw. können sich nicht mehr oder nur noch verschwommen erinnern.

So kann sich nur noch ein Polizist, Polizeimeister Grüner, daran erinnern, daß Werner Sauber zu schießen begann. Widersprüchlich sind die Aussagen der Beamten, die gesehen haben wollen, daß Karl-Heinz Roth versucht habe, seine Waffe zu ziehen. Die Pistole soll wechselweise "einen halben

Meter vor der rechten Hand", "in der Höhe des Kopfes", "vor der Brust" und sogar "hinter dem Rükken" gelegen haben. Auf Fotos, die der Pressefotograf und Zeuge Jüliger unmittelbar nach der Schießerei gemacht hat, war an keiner der bezeichneten Stellen eine Waffe zu sehen. Inzwischen haben die bisherigen Verhandlungsergebnisse ergeben, daß die Polizei zuerst schoß. So stellt denn auch Rechtsanwalt Dethloff in einem Interview mit der Kölner Stadt-Revue fest: "Wir sind in der Beweisaufnahme jetzt so weit, daß wir sagen können, was passiert ist: passiert ist anscheinend ein Feuerüberfall durch die Polizei bzw. eine Polizeikontrolle, in der die Polizei zunächst fehlerhaft gehandelt hat. Danach ist dieser Vorgang in eine Tat der Opfer umgefälscht worden, indem man die Beweismittel klitterte und verfälschte."

Nachdem jetzt feststeht, daß nicht Werner Sauber den ersten Schuß abgab, sondern der Polizeimeister Grüner, kann davon ausgegangen werden, daß Sauber regelrecht exekutiert wurde. Sauber, so einer der Anwälte, schoß nur, "weil er verhindern wollte, daß Roth und Otto erschossen werden" (Rechtsanwalt Heiermann, im erwähnten Interview). Die Beweisaufnahme ergab auch, daß "der Polizist Hoffmann (...) auf den am Stacheldrahtzaun festhängenden Sauber insgesamt fünf Schüsse abgegeben und auf diese Weise an seinem Tod mitgewirkt (hat)" (Heiermann an gleicher Stelle). Dies ist der praktizierte Todesschuß.

Trotz dieser eindeutigen Ergebnisse der bisherigen Beweisaufnahme sehen die Staatsanwaltschaft und das Gericht die in der Anklageschrift vertretene Tatschilderung als im wesentlichen richtig an und gehen weiter davon aus, daß ein hinreichender "Tatverdacht" bestehe. Konsequenterweise lehnte das Gericht einen Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung von Roth und Otto ab. Daraus kann nur geschlossen werden, daß nicht mehr die Staatsbehörden die Pflicht haben, die Schuld der Angeklagten zu beweisen, sondern diese müssen ihre Unschuld nachweisen. Damit dürfte aber klar geworden sein, daß es in diesem Prozeß nicht darum geht, tatsächliche Handlungsabläufe zu rekonstruieren, sondern eine Mittäterschaft zu konstruieren, die sich ausschließlich an der Gesinnung der Angeklagten orientiert. Hier wird eindeutig Gesinnungsjustiz praktiziert. Linke Gesinnung allein reicht aus zur Rechtfertigung einer Mordanklage.

Gesinnungsjustiz ist dies in zweierlei Hinsicht. Erstens werden über die Anklage als "Mörder" Linken und ihrer politischen Einstellung nach § 211 StGB "niedrige Beweggründe" unterstellt. Zum zweiten werden die politischen Anschauungen strafverschärfend berücksichtigt (man erinnere sich in diesem Zusammenhang auch an das Urteil gegen P. P. Zahl). Sämtliche Strafverfahren, ob das in Köln oder anderswo ist, die wegen ähnlicher Delikte geführt wurden oder werden, sind Ausdruck politischer Justiz, bei der es nicht mehr darum geht, "Recht zu finden".

Wir vermuten, daß hier der Grund dafür liegen könnte, daß der Prozeß in Köln unseres Erachtens bisher in "links" vernachlässigt wurde. Immer, wenn im Zusammenhang mit Genossen und deren Prozessen von Schießereien mit der Polizei die Rede ist, gehen das SB und Teile der Linken in Deckung. Gefragt wird zumeist, "haben sie geschossen". Nicht, warum sie geschossen haben. War es nicht denkbar, daß Werner Sauber in Notwehr geschossen hat, so wie die Beweisaufnahme es jetzt ergeben hat? Ehe wir auf die Propaganda der Gegenseite hereinfallen, sollten wir genau prüfen, was wirklich vorgefallen ist. Aber es scheint sehr schwer zu sein, Solidarität mit Genossen zu zeigen, die in eine Schießerei mit der Polizei verwikkelt waren oder in deren Verfahren von Schüssen die Rede ist.

CORNELIA KOWALD/
WOLFGANG BLASCHKE

Wer mehr Information über den Prozeß in Köln haben möchte bzw. ihn unterstützen will, wende sich an das Unterstützungsbüro Otto/Roth, Glasstr. 80, 5000 Köln 30. Da der Prozeß sehr viel Geld kostet, ist das Unterstützungsbüro auf Spenden angewiesen: Spendenkonto Stadtsparkasse Köln, Wolfgang Hippe, Bankleitzahl 37050298, Konto Nr. 105103287.

AUTONOMIE

Ein Schwerpunkt des Heftes ist der Zusammenhang von mikroskopischer Gewalt, Besetzung der Körper und Psychiatrie. – Aus dem Inhalt von Heft 6 der AUTONOMIE:

MIKROPHYSIK DER MACHT: die Geburt des Gefängnisses und der Disziplinen. GEHIRNWÄSCHE: Dokumente aus dem hess. Sozialministerium. STALINISMUS: ist der Marxismus eine Verblödung? Und: Psychiatriehandbuch für Dissidenten. JERRY RUBIN: von der Politik des Angriffs zur Politik des Körpers. GEWALTSTRUKTUREN IN UNS: Selbstenteignung und Selbstunterdrückung. ITALIEN: Frauen gegen die Partei; und: neue Jugendbewegung. PORTUGAL: Poder Popular heute - nach dem Ende der revolutionären Euphorie.

★ ★

AUTONOMIE: zu beziehen über den linken Buchhandel oder den Trikont-Verlag, Josephsburgstr.16, 8 München 80. Einzelheft: DM 6.– Abo: DM 30.–(5 Hefte). Konto: M.Rohner, Postscheckamt München, Nr. 31 2214 - 809.

Zum Prozeß gegen Groenewold

Voraussichtlich im Sommer beginnt in Hamburg der Strafprozeß gegen den Rechtsanwalt Kurt Groenewold, der noch vor Beginn des Stammheimer Verfahrens als Wahlverteidiger ausgeschlossen worden war, – wie auch die Anwälte Stroebele und Croissant. Die behaupteten Vorwürfe, die damals zum Ausschluß führten, sind nun Gegenstand des anstehenden Verfahrens gegen Groenewold. Die wichtigsten und erstaunlichsten sowie der Zusammenhang, in dem sie zu sehen sind, sollen hier noch einmal dargestellt werden. Vollständigkeit allerdings kann im Rahmen dieses Beitrags nicht garantiert werden, angesichts des mittlerweile schon ins märchenhafte angeschwollenen Knäuels von Rechtsverdrehungen, Rechtsbeugungen, Unterschlagungen von Beweismaterial etc., der selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit peinliches Befremden bewirkte, und der die brüchige Grundlage bildet, auf der die Bundesanwaltschaft erstmals das Konzept politischer Verteidigung, sowie überhaupt angemessener Verteidigung in politischen Prozessen angreifen und mit Hilfe einer Verurteilung Groenewolds kriminalisieren will.

Die Anklage wirft Groenewold vor, er habe als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF eine kriminelle Vereinigung unterstützt, und zwar habe er mit Hilfe von Verteidigerrundbriefen den Hungerstreik der Gefangenen, der sich gegen die Bedingungen der Isolationshaft wandte, unterstützt; des weiteren habe er durch ein sogenanntes "Informationssystem" dafür gesorgt, "... daß das Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla, ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf die Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieb."

Beide Vorwürfe sind keine strafbaren Handlungen, können also gar nicht zur Grundlage des Verfahrens werden.

Ein Hungerstreik ist keine strafbare Handlung, freilich, der Hungerstreik gegen die Bedingungen der Isolationshaft, um den es hier geht, steht in einem Zusammenhang, der der Bundesanwaltschaft Grund genug ist, mit dem Prozeß gegen Groenewold das Startsignal zu geben, auf daß nach erfolgter Verurteilung der Mandanten mit deren Verteidigern in gleicher Weise verfahren werde.

Der Hungerstreik nämlich, den Groenewold unterstützt haben soll, richtete sich seinerzeit zum erstenmal gegen die mörderischen Bedingungen und Begleiterscheinungen der Isolationshaft, und die Anwälte haben ihn an die Öffentlichkeit getragen als einzige Möglichkeit, diese Praxis der Justiz gegenüber Angeklagten dem abgeschirmten Bereich des Strafvollzugs zu entreißen, nachdem über einen längeren Zeitraum hinweg das Bestehen besonderer Haftbedingungen von den Behörden grundsätzlich abgestritten wurde. Der gesamte Komplex der Isolationshaft wird also mit Sicherheit bei dem anstehenden Prozeß in Hamburg noch einmal aufgerollt werden, und das ist gut so. Denn auf diese Weise wird noch einmal einer der häßlichsten Landstriche in der sowieso wenig heiteren bundesdeutschen Repressionslandschaft besichtigt werden können, der mit Hilfe von Begriffen, wie "übergesetzlicher Notstand" etc. permanent verdrängt werden soll.

Es wird sich noch einmal zeigen, daß die Einführung dieser Repressalien – mittlerweile ein selbstverständliches Utensil bei der Behandlung politischer Gefangener – nicht auf die Laune und individuelle Willkür einiger Gefängnisdirektoren und Richter zurückzuführen ist, sondern daß die Isolierung und Einschränkung der Häftlinge als zentrales System durch das Bundeskriminalamt entwickelt wurde.

Es wird hoffentlich noch einmal deutlich werden, das ist zu hoffen, wie harmonisch in diesem Zusammenhang Staatsschutz, Bundesanwaltschaft und natürlich auch die Richter zusammengearbeitet haben, mit dem Ziel, den extremen Haftbedingungen um jeden Preis einen Mantel von Legalität umzuhängen.

Es werden, das ist sehr zu hoffen, noch einmal die medizinischen Gutachten zum Thema Isolationshaft aus dem Prozeß in Stammheim zur Sprache kommen, jener widerwillig bestellten Gutachten, deren Untersuchungsergebnisse die Behauptungen der Verteidiger bestätigten und übertrafen, und deren Feststellungen dennoch durch Gerichte in der Bundesrepublik mit Hilfe einer kunstvollen Rechtsauslegung in die Schublade geleitet wurden, um vorerst dort zu bleiben: Es wurde schlicht der Grundsatz der Unschuldsvermutung, der bis zum Fällen eines Urteils den Angeklagten schützt, in eine Schuld-

»Warum soll ich bei den vielen Büchern auch noch das KURSBUCH abonnieren?«

Weil das KURSBUCH zuverlässig und nachhaltig wirkt gegen Einbahn-Gehirne, Staub-Lungen, Haltungsschäden, Spezialisten-Würmer, Dogmatismus!

1977 erwartet Sie:

Kursbuch 47: Frauen März

Frauen schreiben über: Emanzipation macht Angst/Unter lauter Männern/Als Animierdame im Nachtclub/Frauen in Kneipen/Auf der Suche nach der verlorenen Frau/Frauen-Bilder im Aufbruch/vor 300 Jahren: Troubadora und Meisterin/vor 200 Jahren: das schöne Eigentum/Rockerbräute, Treberinnen, Hauptschülerinnen/Oberschülerinnen über sich selbst/Power-Frauen!/Schwester wohin geht die Reise – Skizzen eines wundersamen Aufenthalts

Kursbuch 48: 10 Jahre danach Juni

Zur Geschichte der Neuen Linken/Dogmatismus, Verdinglichungen, Verhärtungen, Emanzipation als Mode, Marxismus als Konjunktur/Überprüfung linker Begriffe/Spuren der alten Neuen Linken im bürgerlichen Alltag/Zur politischen Dialektik der Bürgerinitiativen/1976-77: Neue Initiativen - gibt es eine neue Neue Linke?/Warum und wofür engagieren wir uns eigentlich: Sozialismus-Begriff und politische Perspektiven

Und zwei weitere Hefte:
49: »Sinnlichkeiten«
50: »Wozu Gewerkschaften?«

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten – im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto.*

An den Rotbuch/Kursbuch Verlag
Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30
Ich abonniere das Kursbuch ab:

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach »Das kleine Rotbuch« zu.

* Neu-Abonnementen erhalten als Morgengabe eine Tüte voll früherer Kursbogen (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z.B. »Der schmale und der breite Weg«, »Das Große Hoffmanns - Comic - Gesellschafts - Spiel«, »Kurzer Lehrgang zur Geschichte der Umwelt«, »Fahnenkorrektur«.

vermutung umgewandelt. Der Bundesgerichtshof höchstselbst stellte fest: "Die Beschwerdeführer leben unter anderen Haftbedingungen. Sie müssen Beschränkungen auf sich nehmen, die nach dem Urteil von Professor Rasch (einer der Gutachter, welche die Haftbedingungen kritisiert hatten / der Verf.) durch die ihnen gewährten Privilegien nicht aufgehoben werden. Indes haben sie diese ihre Verhandlungsunfähigkeit mitbedingenden Umstände selbst zu verantworten."

Daß die Verteidiger in ihrer Verantwortlichkeit für die Mandanten angesichts dieser Spielart von Einheitsfront einen Hungerstreik als letztes Mittel wirksamen Protests in die Öffentlichkeit getragen haben, ist verständlich, es entspricht sogar ihrer Pflicht. Der Verteidiger ist nicht etwa Teil der Justiz – "Organ der Strafrechtspflege" –, sondern seine Aufgabe besteht in der rückhaltlosen und parteiischen Wahrnehmung der rechtlichen Interessen seines Mandanten. Nun sollen aus diesen Pflichten und Aufgaben strafbare Handlungen werden.

Womöglich noch schwerwiegender für die Zukunft einer politischen Strafverteidigung erweist sich der zweite Anklagepunkt gegen Kurt Groenewold: Der Bundesanwalt zielt mit ihm auf ein "Informationssystem", mit Hilfe dessen der Angeklagte dafür gesorgt habe, "daß das Selbstverständnis der Häftlinge ... und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieb."

Man lese das gleich noch einmal und wird feststellen, daß oben genannter Kunstgriff mit der Unschuldsvermutung hier ebenfalls zum Tragen kommt.

Wie in der Frage des Hungerstreiks sind auch hier die Fronten wünschenswert klar ersichtlich: Will der Ankläger, d. h. der Staat, Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl der Angeklagten zerstören, dann ist es die Pflicht des Verteidigers, für die Erhaltung der Identität des ihm anvertrauten Mandanten sich einzusetzen. Nicht so will es die Bundesanwaltschaft. Für sie bildet ein solcher Strafverteidiger ein lästiges Hindernis für ihre Tätigkeit, und so erregt sie sich darüber, daß "der Angeschuldigte (Groenewold) sich über einen Zeitraum von nahezu drei Jahren in einem ungewöhnlichen Maße persönlich und organisatorisch eingesetzt ..." habe.

Nun entzündet sich die Verärgerung der Anklage aber nicht nur an der Berufsauffassung des politischen Verteidigers, sie hat die Mittel im Auge, in diesem Fall das "Informationssystem", welches das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gefangenen als Gruppe aufrechterhalten sollte. Zwar ist es heute nicht mehr erlaubt, einen Kreis von Angeklagten als Gruppe zu verteidigen, aber zum Zeitpunkt von Groenewolds Verteidigertätigkeit – die durch ein vorläufiges Berufsverbot per Ehrengerichtsverfahren inzwischen endgültig unterbunden wurde – war das noch möglich. Mehrfachverteidigung reicht also für den Vorwurf einer strafbaren Handlung noch nicht aus, zumal die Bundesanwaltschaft die Beschuldigten ebenfalls als Gruppe anklagte.

Folglich müssen Verteidiger und Angeklagte auch politisch miteinander identifiziert werden, und das geht so: Vom Bundesminister Maihofer werden die Verteidiger als Teil einer "revolutionären Gesamtstrategie" erkannt, ihre legale Arbeit wird Bestandteil dieses auf Umsturz des herrschenden Regierungssystems gerichteten Plans.

Um dieses zu beweisen, tut die Anklage einen tiefen Blick in die Gesinnung der Anwälte und wird alsbald fündig: Da bezeichnet sich nämlich der Rechtsanwalt Stroebele als "sozialistischer Anwalt" bzw. als "politischer" Verteidiger. Im Falle Groenewold genügt ihr der Hinweis auf seine oben umschriebene strenge Berufsauffassung. Aus diesem Zusammenhang heraus wird das sogenannte "Betreiben eines Informationssystems", welches der Gruppe der Angeklagten logischerweise eine Verteidigung als Gruppe überhaupt erst ermöglichen kann, zur zweiten strafbaren Handlung der Verteidiger konstruiert.

Tatsächlich aber geht es der Bundesanwaltschaft um weit mehr und längerfristigeres als das Herumrechten um strafbare Handlungen. Von einer Verurteilung Groenewolds erhofft sie sich eine Legitimationsgrundlage, die es ihr ermöglichen soll, in Zukunft gegen jeden Verteidiger von politischen Gefangenen vorzugehen, der entschlossen ist, unter grundsätzlicher Ausnutzung gesetzlicher Möglichkeiten nicht nur die Verurteilung seines Mandanten zu verhindern. Eine Verurteilung Groenewolds soll ihr erlauben, die Zerschlagung der Verteidigung im Stammheimer Verfahren im Nachhinein zu legitimieren.

Legitimiert werden sollen im Nachhinein die 1976 in Kraft getretenen Anti-Terror-Gesetze, mit deren Hilfe die Verteidigung in politischen Prozessen zur Farce werden soll. Legitimiert werden sollen darüber hinaus sämtliche Repressalien gegenüber politischen Gefangenen, bis hin zu ihrer physischen Vernichtung, und die besonders lästige Kritik, die im Ausland nicht nur über diesen Repressionsbereich laut geworden ist, soll zum Schweigen gebracht werden. Krönender Abschluß: Die massive Einschüchterung aller Verteidiger in künftigen politischen Verfahren und auf diesem Wege ihre allmähliche Formierung hinter den Zwecken der Anklagebehörde, als deren Werk-

„Wir machen, daß es sich verändert"

Ein Film über die Arbeiterkommissionen und Stadtteilbewegung in Barcelona 1976

Über die Entwicklung in Spanien wird – vor allem seit Francos Tod – viel diskutiert und gerätselt. Dabei sind die Informationen, die man über die politische Bewegung in Spanien bekommt, oft unzureichend oder auch falsch. Der Film will am Beispiel der Arbeiter- und Stadtteilbewegung in Barcelona einen tieferen Einblick in die Kämpfe geben, die heute in Spanien geführt werden. Die Demokratisierung fällt nicht vom Himmel und auch nicht vom Thron, sondern muß von der Arbeiterbewegung, der Basis, Stück für Stück erkämpft werden. Zwei wichtige Organisationsformen sind dabei die Comisiones Obreras (CC.OO.) und die Stadtteilgruppen.

Im ersten Teil des Filmes berichten führende Vertreter der CC.OO. über Geschichte, Struktur und Politik der Kommissionen. Die praktische Arbeit auf Koordinationstreffen, Streikversammlungen, Demonstrationen wird dargestellt. Mitglieder der Belegschaft von Motor Iberica, die einen der längsten und wichtigsten Streiks des Jahres 1976 durchführten, erzählen über ihre Aktionen und Erfahrungen. In einem längeren Gespräch diskutieren drei Frauen, die in den Kommissionen mitarbeiten, die Rolle der Frauen im politischen Kampf in Spanien und die Schwierigkeiten, die dabei auftreten.

Im zweiten Teil wird zunächst die Arbeit einer Stadtteilgruppe in einem Arbeiterbezirk Barcelonas gezeigt. Ihr Kampf setzt an den unmittelbaren Bedürfnissen der Einwohner an. Danach berichtet die führende Mitarbeiterin einer Assoziation mehrerer Nachbarschaftsgruppen über den Aufbau, die Erfolge und die Schwierigkeiten der Stadtteilbewegung. Auch hierbei werden die Kampf- und Aktionsformen der Selbstorganisation in den Bezirken dargestellt.

"Wir machen, daß es sich verändert" wurde im Juli 1976 gedreht und im Januar 1977 fertiggestellt. Die Entwicklung in Spanien, auch die der CC.OO., ist seit dieser Zeit ein Stück weitergegangen. Dennoch wird der Film auch weiterhin dabei helfen, die Lage in Spanien besser beurteilen zu können. Schon deshalb, weil er eine Dimension der politischen Arbeit darstellt, die bei uns von den Informationsmedien häufig – bewußt oder unbewußt – ignoriert wird.

Der Film versteht sich als ein Beitrag zu einer intensiveren Beschäftigung mit den spanischen Ereignissen. Er ist unabhängig produziert, es steht kein kommerzielles Interesse dahinter (daraus erklären sich auch die gelegentlichen technischen Unvollkommenheiten). Ziel des Filmes ist es auch, Material für die Solidaritätsbewegung mit Spanien zur Verfügung zu stellen.

"Wir machen, daß es sich verändert" kann jederzeit (gegen eine Leihgebühr) ausgeliehen werden. Zu bestellen ist der Film bei: Thomas Pampuch/Erich Rathfelder, 1 Berlin 30, Eisenacherstr. 101, Tel. (030) 2165700

★

zeuge sie sich dann gefälligst zu verhalten hätten.

Zunächst freilich hat eine andere Formierung stattgefunden, denn neben der massiven Kritik aus den Reihen der politischen Strafverteidiger sowie einer relativ breiten Solidarisierung auf Seiten der Linken hat das Vorgehen des Staates selbst einer ganzen Reihe traditionell bürgerlicher Juristen und Strafverteidiger Anlaß zu heftiger Kritik gegeben. Es ist in diesem Zusammenhang auch schon zu gemeinsamen Veranstaltungen gekommen. Vor diesem Hintergrund also möchte die Hamburger Staatsschutzkammer eine neue Epoche bundesdeutscher Rechtspflege einläuten.

PROZESSKOMITEE
c/o RA Jacobi/Günnemann,
Heußweg 35, 2 Hamburg 19

Aufruf der Arbeitergewerkschaft „Bayer Industrial" Lima/Peru

Seit der politischen Krise im Juli 1976 und der damit verbundenen Verhängung des Ausnahmezustandes sind in Perú Gewerkschaften und Bauernorganisationen einer zunehmend schärferen Repression ausgesetzt. Sie äußert sich in der Arbeiterschaft vor allem in massenhaften Entlassungen – allein in der Fischindustrie wurden in den letzten Monaten 10.000 Arbeiter auf die Straße gesetzt – und in der Verhaftung zahlreicher Gewerkschaftsführer, in der Regel ohne Anklage. Durch ein im August letzten Jahres erlassenes Gesetz (Decreto ley 011-76) werden Streiks und streikähnliche Maßnahmen zu kriminellen Handlungen erklärt. Dieses Gesetz regelt das Arbeitsverhältnis unter dem Ausnahmezustand, in dem die verfassungsmäßigen Rechte aufgehoben sind. Danach ist jeder Versuch einer "Lähmung der Produktion" verboten; darunter fallen nicht nur Streiks, sondern jede "Verminderung der Produktion". Eine solche Lähmung der Produktion können die Unternehmer jederzeit durch manipulierte Produktionszahlen beweisen. Das Arbeitsministerium kann daraufhin, unter Umgehung des noch immer geltenden Gesetzes über die Aufrechterhaltung des Arbeitsplatzes (Ley de Estabilidad Laboral; es gewährt einen gewissen Kündigungsschutz), sofort Entlassungen aussprechen, d. h. die von den Unternehmern vorgenommenen Entlassungen billigen. Nach dem Gesetz 011-76 sind in den letzten Monaten Hunderte von Entlassungen ausgesprochen worden, die vor allem unbequeme Gewerkschaftsführer und klassenbewußte Arbeiter treffen. Die Arbeiterföderation der Metallarbeiter FETIMP nannte bereits im Januar eine Zahl von 250 auf diese Weise entlassenen Gewerkschaftern.

Mitte April erreichte uns ein Brief der Arbeitergewerkschaft von „Bayer Industrial" in Perú, mit der Bitte, ihn an die Gewerkschaft des Mutterkonzerns Bayer in Leverkusen weiterzuleiten. Wir haben das spanische Original und die wörtliche Übersetzung, die diesem Brief beiliegt, an die Führung der Industriegewerkschaft Chemie und an den Betriebsrat von Bayer Leverkusen geschickt. Die peruanischen Arbeiter haben sicher eine falsche Vorstellung von dem Klassenbewußtsein der Gewerkschaftsführung in der BRD und ihre Bereitschaft zur internationalen Solidarität, und es ist zu befürchten, daß der Brief bei dem Adressaten nicht die gewünschte Wirkung hervorrufen wird. Uns scheint der Brief aber ein eindrucksvolles Dokument über die Bedingungen zu sein, unter denen peruanische Arbeiter in einem Tochterunternehmen eines deutschen Konzerns arbeiten müssen.

SINTRABA
IN. S. A.

SINDICATO DE TRABAJADORES DE BAYER INDUSTRIAL S. A.

Fundado el 20 de Junio de 1972
Reconocido Oficialmente por Resolución Divisional No. 307-72-D.I.R.
del 1ro de Setiembre de 1972

DIRECCION: AV. NESTOR GAMBETA 6815 (CARRETERA VENTANILLA)
DIRECCION LEGAL: UNIDAD MODELO W-101 - CALLAO

Lima, 10 de Abril de 1977

Señor :

Secretario General del Sindicato de Obreros de Bayer Leverkuser

Alemania.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, mit diesem Schreiben übermitteln wir Ihnen unsere solidarischen Grüße. Wir sind Gewerkschaftsführer der Arbeitergewerkschaft von BAYER INDUSTRIAL S.A. in Lima, Perú. Insgesamt sind in diesem Unternehmen 520 Arbeiter beschäftigt. Wir schreiben Ihnen, weil wir zum einen eine enge Beziehung mit Ihrer Gewerkschaftsorganisation herstellen und zum anderen von den verschiedenen Problemen berichten möchten, vor die wir uns gegenwärtig gestellt sehen.

Hier in Perú, einem unterentwickelten, vom US-Imperialismus dominierten Land mit einer Militärregierung, die nichts anderes als die Marionette dieser ausbeuterischen Polypen ist, durchleben wir zur Zeit eine schwere Wirtschaftskrise. Es wurde der Ausnahmezustand verhängt, nicht einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert, Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung. Ebenso politische Morde. Wir dürfen nicht streiken, unsere Löhne und Gehälter wurden eingefroren.

Dies ist die eine Seite der Situation, in der wir uns befinden. In Bayer Industrial S.A., dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepreßt, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neuesten Gesetz D.S. 011-76-TR, das Arbeitsministerium und Unternehmer gemeinsam zu verantworten haben, der "Sabotage" oder "Minderung" der Produktion beschuldigen. In der Zeit vom 1. Januar 1977 bis heute wurden in Bayer Industrial S.A. 6 Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Alle 6 sind Familienväter, die Ernährer bescheidener Haushalte und schulpflichtiger Kinder. Ohne Arbeit ist die Lage dieser Familien extrem kritisch.

Ende Juni dieses Jahres soll ein neues "Arbeitsplatzschutzgesetz" ("Ley de Estabilidad Laboral") erlassen werden, das es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 Prozent des Personals zu entlassen. Unsere Lohnforderungen hatten wir im Juli 1976 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert. Damit wurden wir unserer gerechten Forderung beraubt: Familienunterstützung, Schichtvergütung, Lebensmittelhilfe, Weihnachtsgratifikation und Vergütung für die nationalen Feiertage.

Die Unternehmensleitung profitiert bei diesen Entlassungen von dem Ausnahmezustand.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, wir denunzieren vor Ihrer Gewerkschaft diese politische, soziale und ökonomische Situation, in der wir uns befinden. Die geheiligten Rechte der Arbeiter werden von den Unternehmern verletzt, d. h. der 8-Stunden-Tag, das Streikrecht, die Vorlage von Lohnforderungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Vollversammlungen durchzuführen und uns politisch zu organisieren. Wir bitten Sie, diese unsere Situation in Ihren Veröffentlichungen zu berücksichtigen und Ihren Protest zu erheben gegen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft, gegen die Verfolgung von Sozialkämpfern und Gewerkschaftsführern, die verhaftet wurden und noch im Gefängnis sitzen, die deportiert wurden oder die einfach verschwunden sind. Obwohl Perú Mitglied der Vereinten Nationen ist, werden hier in unserem Land die Menschenrechte ständig mißachtet.

Wir hoffen, daß diese unsere Sorgen und Probleme Ihr Gehör finden werden, und daß wir auf diese Weise mit Ihnen in brüderlichem Kontakt verbleiben können. Denn es darf nie vergessen werden, daß auch die Arbeiter in Deutschland unsere Klassenbrüder sind.

De Ud. muy atentamente nos despedimos :

SECRETARIO GENERAL

SEC. DEFENSA
SECRETARIO DE DEFENZA

SEC. ORGANIZACION

Einige Angaben über die Rolle von „Bayer Industrial" in Perú: In der noch jungen, aber stetig wachsenden verarbeitenden Industrie Perús nimmt die Chemieindustrie mit ihren modernen Technologien eine hervorragende Stellung ein. Etwa 15% des Wertes der gesamten peruanischen Industrieproduktion entfallen auf sie; davon befinden sich 80% in ausländischer Hand. Unter den zahlreichen Chemieunternehmen ist Bayer Industrial S.A. in Lima heute das größte. Als Mutterkonzern ist die kanadische Bayer Foreign Investment Co. eingetragen, die ihrerseits eine Tochter des Stammhauses in Leverkusen ist. Es gibt noch zwei weitere Bayer-Niederlassungen in Perú, die „Bayer Quimicas Unidas S.A." und die „Laboratorios Bayer S.A.". Die Firma „Bayer Industrial" wurde nach langen Verhandlungen mit der peruanischen Militärregierung 1972 gegründet. Die Anfangsproduktion betrug 6.000 t Dralonfasern. Nach einem Abkommen im Rahmen der "Lateinamerikanischen Freihandelszone" stand Perú das Recht zu, nach Chile und Bolivien zollfrei Dralon auszuführen, während andere Länder 50% des Wertes an Zoll bezahlen mußten. Außerdem sagten Chile und Bolivien zu, die Errichtung eigener Dralonfabriken durch Nichtgewährung von Steuererleichterungen usw. zu "entmutigen".

Der Vertrag sicherte damit der „Bayer Industrial" eine Monopolstellung in den drei Andenländern. Allerdings hatte die Militärregierung 1970 eine Industriereform eingeleitet, die ein System der Mitbestimmung und Mitbeteiligung der Arbeiterschaft bedeutete. Um diese Bestimmungen zu umgehen, wurde „Bayer Industrial" zu einem "strategischen" Unternehmen erklärt. In einem strategischen Unternehmen erhalten die Arbeiter lediglich eine 10-%ige Gewinnausschüttung, werden aber nicht Miteigentümer am Gesellschaftskapital und haben dementsprechend kein Mitspracherecht in der Unternehmenspolitik. Der peruanische Staat beteiligt sich am Grundkapital mit 30%, weitere 11% entfallen auf private peruanische Investoren, während Bayer 59% der Anteile hält. Durch die direkte Verbindung mit dem Staat erhält das Unternehmen alle Garantien, seine Gewinne zu realisieren und die nötigen Sonderbestimmungen zu erhalten, um ein "günstiges Investitionsklima" zu schaffen. Es verwundert nicht, daß das "peruanische Modell" einer Beteiligung des Staates an Auslandsinvestitionen heute eine sehr wohlwollende Beurteilung seitens der ausländischen Konzerne findet.

ERNST DAHME

Nach den Wahlen in Frankreich

Claus Leggewie

Anscheinend ist die sich in ständig zunehmenden Wählerreservoiren dokumentierende Dynamik der "Union de la Gauche", der Linksunion von Sozialisten, KP und linken Radikalen (M.R.G.) unaufhaltsam, so daß die parlamentarische Mehrheit auf nationaler Ebene in Frankreich in greifbare Nähe gerückt, Valery Giscard d'Estaing indessen vom "Präsidenten aller Franzosen" zum Präsidenten einer Minderheit von 47 - 48 v. H. geworden ist. Dies zeigen endgültig die vergangenen Kommunalwahlen vom 13. und 20. März; angelegt war dieser Trend seit den Präsidentschaftswahlen von 1974, als Mitterrand hauchdünn unterlag, den Kantonwahlen von 1976 und fast allen Nachwahlen. Bei Fortsetzung dieses Trends geht Mitterrand 1978 als Sieger aus den Parlamentswahlen und Premierminister hervor.

Die Linksunion hat mit der Vorlage des "Gemeinsamen Regierungsprogramms" von 1972 ganz auf eine parlamentarische Strategie gesetzt. Diese Strategie hat nach außen, in die Bereiche der Gewerkschaften und der "radikalen Linken", eine beträchtliche Eigendynamik entwickelt. Sowohl bei der C.G.T.-Gewerkschaft, wie auch bei der C.F.D.T. (bei letzterer nicht ohne harte Debatte) haben die Wahlen einen bedeutsamen taktischen Stellenwert gewonnen; die Verstärkung ihrer Anbindung an die KP bzw. PS ist unverkennbar. Die "Verantwortlichkeit" für den Sieg der Linksunion haben sowohl die C.G.T.-Führung (Seguy, Krasucki u. a.) als auch die C.F.D.T.-Spitze (Maire, Moreau) in die konkrete Führung von Arbeitskämpfen einbezogen, was auf diese (nebst anderer Faktoren) sicherlich dämpfend gewirkt hat.

Aber auch in der radikalen Linken können 1973 noch gültige Parolen wie "Wahlen = Verrat" nicht mehr als repräsentativ gelten. Sie hat sich sehr konkret auf eine kritische Debatte des "Gemeinsamen Programms" einlassen müssen und festgestellt, daß sie selbst dem Sog der politischen Reorganisation der französischen Lohnabhängigen in KP und PS bis zum Entzug einer nennenswerten eigenen Basis unterliegt. Die PSU und der damals um sie zentrierte "Selbstverwaltungsflügel" der französischen Linken hat 1974 mit dem Übertritt von Rocard, Chapuis und vielen anderen zu den Sozialisten eine beinahe tödliche Krise durchgemacht, die die heutige Führung nicht davon abhalten konnte, möglichst viele Wahlabkommen mit der Linksunion einzugehen, d. h. also auf gemeinsamen Listen für die Kommunalwahlen zu kandidieren (was gegenwärtig schon wieder zu Spaltungstendenzen führt!). Wichtige publizistische Sprachrohre der Linken außerhalb der Volksunion, wie "politique hebdo", haben ihre Orientierung aufgrund dieser Prozesse explizit verändert. In Nr. 252 heißt es: "Weit davon entfernt, (aus dem parlamentarischen Bereich) zu desertieren, ist unser Ziel mehr denn je, eine Brücke zwischen dem Politischen und der Politik zu schlagen, zwischen institutionellen Konfrontationen und sozialen Prozessen, die sich ohne großen Lärm abspielen und die nur durch die Anwesenheit auf dem 'Terrain' selbst aufzudecken sind. Es heißt auch, mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben ...: das politische Leben in Frankreich heute ist wesentlich bestimmt durch die Unterzeichnung des gemeinsamen Programms. Diese vorrangige Tatsache zu erkennen und anzuerkennen ..., ist Voraussetzung jedes 'revolutionären' Diskurses." Auf dieser Basis versucht sich "politique hebdo" und ein wesentlicher Teil der französichen radikalen Linken an die Linksunion anzuhängen, ohne ihre Kritikfähigkeit dabei zu verlieren.

Auch die bisher explizit antiparlamentarischen "Ökologisten" sind um ein Ja zu den Wahlen nicht herumgekommen, d. h. also zu einer Anerkennung dieser Form bürgerlicher Öffentlichkeit. Das prinzipielle Mißtrauen gegenüber Wahlen, also gegenüber der Abwesenheit von Kontrolle und Absetzbarkeit der Gewählten, der Atomisierung und Unmündig-Erklärung des Wahlbürgers und seiner symbolischen Trennung vom Bürger als Arbeitskraft, und dem manipulativen Charakter der ganzen Veranstaltung, die die wesentlichen Probleme unbenannt läßt bzw. ohnehin nicht verändern kann, bleibt abstrakt richtig; indessen kann man zusammenfassend feststellen, daß sich die französische Linke überwiegend auf dieses Instrumentarium eingelassen hat.

Die Bedeutung einer elektoralen Strategie ist damit deutlich geworden; ihre Widersprüchlichkeit soll im folgenden aufgezeigt werden. Der Umschwung vom März war total und tiefgreifend: zahlreiche Städte über 30.000 Einwohner fielen an die Linksunion, so daß der gaullistisch-giscardistisch-zentristischen "Mehrheit" "nur" noch Paris, Bordeaux, Lyon, Metz, Nizza, Toulouse und Strasbourg verbleiben. Warum dies ausgerechnet die großen Städte sind (die elektorale Dynamik der Linksunion gegenwärtig also eher der Provinz zu verdanken ist), hängt mit deren sozialer Struktur und ihrer Transformation seit 1945 zusammen, d. h. mit der ständigen "Entproletarisierung" und relativen Entvölkerung dieser größten Städte. Der umgekehrte Trend, also die Eroberung von Rathäusern durch die Rechte, war nur in drei Mittelstädten zu konstatieren.

Der beschriebenen sozialen Strukturveränderung ist zu verdanken, daß einerseits die Kommunalwahlen 'nationale' Züge annahmen, d. h. lokale Besonderheiten durch die generelle Polarisierung linker und rechter Wählergruppen überlagert wurden. Zum anderen resultiert daraus die endgültige Bestätigung der PS als größter französischer Partei, unter Abschwächung bisheriger regionaler Schwerpunkte und bei immer stärkerer Identifizierung der französischen Sozialstruktur mit der Sozialstruktur der PS-Wähler.

Die Sozialistische Partei

Sie profitiert genau von jenen "Modernisierungsprozessen", die seit Beginn der V. Republik den französischen Akkumulationsprozeß auszeichnen und der französischen Klassenstruktur als spätes Produkt die sogenannten Zwischenschichten aufprägten. Diese sind nicht dem liberalen Modernisierungsappell Giscards und der Zentristen gefolgt. Wie neuere wahlsoziologische Studien zeigen, läuft seit spätestens 1974 dieses "giscardistische" Wählervolk massenweise zu Mitterrand über, woraus die bei diesen Kommunalwahlen überdeutlich werdende Auflösung des Bürgerblocks der "Mitte" (Giscard-Republikaner, Lecanuet-Zentristen, Sozialdemokraten) erklärbar wird. Besonders bretonische Städte, wo christdemokratische Zentrumspolitiker und Provinzfürsten ihr teilweise über zwanzig Jahre währendes Regiment geführt hatten, sind wie reife Früchte an die PS gefallen. In anderen Städten, wie Lyon, haben sich die lokalen Machteliten nur um Haaresbreite halten können. Auch neue "dritte Kräfte" können unter diesen Bedingungen Achtungserfolge verbuchen.

Wie Cayrol/Jaffré gezeigt haben (SOFRES-Untersuchung in Le monde vom 22.3.77), gibt es damit gegenwärtig eigentlich zwei sozialistisch Wählerreservoirs: eines, das der PS traditione zugehört, und ein weiteres, das der Linksunio weit weniger zugeneigt ist und sich seinen star ken Antikommunismus bewahrt hat. Letzteres ha 1974 bei den Präsidentschaftswahlen noch fü Giscard votiert und ist sozial eher bei den lei tenden Angestellten und freien Berufen sowie be den Katholiken zu verorten. Ihr Zulauf hat di bislang soziale Spezifität der Sozialisten weiter i Richtung "Volkspartei" (parti interclassiste) versch ben. Es ist sehr die Frage, ob eine sozialistisch Übergangsstrategie auch reduzierten Zuschnitt (Mitbestimmung, kleinere Nationalisierungsvor haben, Verwaltungsreformen) hier überhaupt ein Basis hat.

Auf politischer Ebene schlägt sich dies als vor aussichtlich baldiges Ende des PS-Aufschwung nieder. Bei den letzten Wahlgängen ist es de Partei in der Regel gelungen, den Typus de "Oppositionszentristen" für sich zu mobilisieren die Frage war dieses Mal, ob dieser den Wechse von lokalen Mitte-Links-Koalitionen zur Linksunio mitvollziehen, d. h. die Furcht vor dem Kommu nismus (für den Mitterrand Steigbügelhalter wäre überwinden würde. In den meisten Städten, di hier als Testfälle gelten konnten, ist die Rechnun aufgegangen, jedoch gerade in den traditionelle Bastionen der PS war zu beobachten, daß di überkommene Identität der Sozialisten als "dritt Kraft" zwischen Gaullismus und Kommunismu und als explizit "nicht-kommunistische" (d. h. ant kommunistische) Linke hier nicht unangetastet bleib Aus diesem Grunde sind in einigen Städten vo vornherein keine Bündnisse mit der KP geschlos sen worden, um zentristische Wähler nicht z verschrecken.

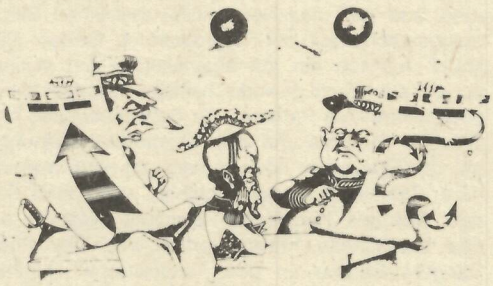
Wie sieht es mit dem Zusammenhalt der Links union generell aus? Auf parlamentarischer Eben sind KP und PS gleichermaßen Adressatenparte en, die zueinander notwendigerweise in Konkurren stehen. Beider Wählerpotentiale sind nicht identisch so ist die KP sehr viel mehr Arbeiterpartei, so wohl nach Wählern wie Mitgliedern. Aber je mel einerseits beide Parteien in kleinbürgerliche bzw proletarische Schichten eindringen, andererseit die PS sich als "Staatspartei" und die KP sic als "entrussifizierte" und liberalisierte Partei de XXII. Parteitags profilieren, desto mehr überlappe

sich die Adressatenkreise, desto mehr birgt sie in sich auch eine Sammlungsbewegung all jener, die auf irgendeine Weise mit der gegenwärtigen Majorité unzufrieden sind.

Wahlerfolge der Linken

Immerhin ist es aber bei den Kommunalwahlen zum ersten Mal wieder so gewesen, daß die PS nicht direkt oder indirekt auf Kosten anderer linker Parteien, insbesondere der KP, gewonnen hat. Vielmehr haben alle Fraktionen der Linken zugewonnen:

- die KP errang zahlreiche kleinere und mittlere Rathäuser (St. Etienne, Reims, u. a.) und steigerte ihren Stimmenanteil ganz deutlich, wo sie (z. B. in Marseille und 16 weiteren Städten über 30.000 Einwohner) in Konkurrenz zur PS angetreten war. Bemerkenswert ist, daß an einigen Orten KP-Wähler des 1. Wahlgangs sich außerstande sahen, den PS-Vertreter der Linksunion im 2. Wahlgang zu wählen und stattdessen Enthaltung praktizierten;
- die PSU machte Fortschritte, sowohl im Bündnis mit der Linksunion wie auch mit der radikalen Linken;
- sofern die radikale Linke mit eigenen Listen angetreten war ("Für den Sozialismus, die Macht den Arbeitern!"), errang sie erstaunliche und von ihr selbst kaum erwartete Erfolge, indem sie den "Selbstverwaltungspol" der Linken um sich gruppierte. Sie war dort schwach, wo die KP mit



Strategieprobleme der Bourgeoisie

eigenen Listen und Bündnissen angetreten war; ganz deutlich wird, daß sie ihr bisheriges intellektuelles Getto verlassen hat, wo sie als Alternative zur Linksunion gewählt wurde.

Probleme des elektoralen Fortschritts

Die nationale Polarisation hat dazu geführt, daß die Linksparteien relativ unverbindliche und phantasielose kommunalpolitische Programme herausgegeben haben, die im wesentlichen aus Anleihen bei den Umweltschützern, dem Vorschlag stärkerer Partizipation der Bevölkerung und der Priorität des öffentlichen Nahverkehrs bestanden. Andererseits hat die Erfahrung bereits seit längerem von Sozialisten und Kommunisten regierter Kommunen gezeigt, worin ihre Bedeutung bestehen kann: so stellen sie die organisatorische Verbindung zwischen betrieblichen und kommunalen Klassenauseinandersetzungen her und betreiben – wie im "roten Gürtel" um das entproletarisierte Paris herum – eine relativ effektive kommunale Reformpolitik: Ausbau der Gesundheits- und Bildungsversorgung, Bau von Sportanlagen, Bibliotheken, Ferienkolonien usw.

Über die kommunale Ebene hinaus, wo der Linken jetzt eine Art Experimentier- und Bewährungsfeld eröffnet wurde, ist die Frage, in welcher Relation elektoraler Aufschwung und soziale Konflikte auf Betriebs- und nationaler Ebene zueinander stehen. Einerseits läßt sich beobachten, daß die Linksunion gerade in den Regionen massive Fortschritte gemacht hat, in denen die ökonomische Krise mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen und Reallohnverlusten die deutlichsten Spuren hinterläßt (lothringische Stahlindustrie als Beispiel), d. h. der gewerkschaftliche Abwehrkampf sich in weitere Stimmen auf die Linksunion übersetzt. Die durch Arbeitsplatzängste verursachte "Kampfpause" 1976, die die Gewerkschaftszentralen auch als Unterstützungsverlust zu spüren bekommen haben, wird hier und da unterbrochen, auch wieder im Kampf gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation (der für den Beginn der 70er Jahre bezeichnend war). Es ist aber die Frage, ob dies wegen oder trotz der parlamentarischen Strategie der Linken geschieht, kann diese doch gegen den im "Plan Barre" zum Ausdruck gekommenen Klassenkampf von oben (Rationalisierung, Restrukturation, Arbeitsintensivierung, Reallohnverluste) herzlich wenig ausrichten. Die Parteien des "Gemeinsamen Programms" sind jedenfalls Wahlparteien, keine Aktionsparteien; die Vervielfachung der Betriebszellen von KP und PS steht dem nur scheinbar entgegen, da sie bisher eher der Absicherung der elektoralistischen Strategie gedient haben. Ähnlich wirkte der unverkennbare Annäherungsprozeß zwischen PS und C.F.D.T., in dessen Verlauf wesentliche Positionen des C.F.D.T.-Programms zur Selbstverwaltung und zu den (als isolierte Maßnahmen mit Skepsis gesehenen) Nationalisierungen im diskreten Schweigen versanken.

Bedeutung der Ökologisten

Nun fordert kein ernsthafter Kritiker der Linksunion einen voluntaristischen Knalleffekt; die meisten links von ihr angesiedelten Organisationen sind zu tief in die eigene ideologische und organisatorische Krise verstrickt, als daß sie ein "revolutionäres" Projekt aus der Tasche zaubern könnten. Jedoch haben das Auftauchen und die unbequemen Erfolge der Ökologisten den Finger in die offene Wunde der Linksunion gelegt. Bei den Ökologisten vereinigen sich zwei Traditionen: ehemalige Repräsentanten der radikalen Linken und die in Frankreich seit langem bestehenden Naturschutzverbände. Ihre Weigerung, im zweiten Wahlgang uneingeschränkt den Kandidaten der Linksunion zu favorisieren, ist von der Linken unter Beschuß genommen worden: ihre ambivalente und "apolitische" Haltung wurde kritisiert. In der Tat ist die soziale Basis der Ökologisten regional sehr unterschiedlich: da finden sich populäre Strömungen in den vom kapitalistischen Verwertungstrieb arg lädierten Großstadtvierteln von Paris, Lille und Lyon neben den Bewohnern der Villenvororte derselben Städte bzw. ihrer aufgepopten "Altstadt", sicherlich aber keine allzu breite Basis in den herkömmlichen Wählergruppen der Linksparteien – was letztere nicht daran gehindert hat, die ökologische Phraseologie genau wie die Rechte im Wahlkampf zu entdecken und zu benützen. Jedermann ahnte schon vor dem 13. März, daß eine "grüne" Wahlkampfkomponente empfehlenswert war ...

Was heißt aber: ambivalente und apolitische Haltung? Kann die traditionelle Linke reinen Gewissens von einem Syndrom des Unpolitischen sprechen, das ideologisch wie wahltaktisch der Rechten zugute komme? Diese Frage hat über ihre französische Besonderheit hinaus große Bedeutung für die auch bei uns diskutierte Frage nach dem Verhältnis von "sozialen Bewegungen" und der Linken. Jedenfalls kann gegenwärtig zwischen beiden nur eine konfliktreiche Allianz bestehen, insofern die Ökologisten deutlich Distanz gegenüber dem "Gemeinsamen Programm" und den kommunalpolitischen Programmen der Linken und ihrem ungebrochenen Zentralismus eingenommen haben. Die ökologische Bewegung ist aber keine einheitliche; ihr gehören nach der Analyse von Michel Bosquet (Nouvel Observateur Nr. 645, 22.3. 77) drei Fraktionen an: eine überwiegend im Elsaß angesiedelte regionalistische und durchweg "konservativ" inspirierte Strömung, dann eine bretonische, die eng mit den Linksparteien liiert ist und drittens die insbesondere um die Gruppe "Amis de la Terre" zentrierte, dezentral organisierte und autonome Strömung der Pariser, Lyoner und Grenobler Ökologisten. Um welchen Preis halten die Ökologisten ihre Autonomie aufrecht? Die

ARGENTINIEN

SONDERNUMMER DER CHILE-NACHRICHTEN

BERLIN (WEST) 24. 3. 1977

Solidaritätspreis DM 4,–

„Erst werden wir die Subversiven töten,
dann ihre Kollaborateure,
dann die Sympathisanten,
danach die Indifferenten
und zum Schluß die Lauen."

(General Saint-Jean)

Unterstützt den Widerstand in Argentinien

Die materielle Solidarität mit dem gegen die Militärdiktatur kämpfenden argentinischen Volk ist für jeden aufrechten Demokraten, Christen oder Sozialisten notwendig und sinnvoll. Dennoch gab es bisher nur sehr spärliche Beweise finanzieller Solidarität in der Bundesrepublik und Westberlin.

Ob der Widerstand in Argentinien zerschlagen wird oder das Militärregime stürzen kann, das wird entscheidende Auswirkungen auch auf den Widerstand in Chile, Uruguay, Brasilien oder Bolivien haben. In keinem anderen Land Lateinamerikas ist die Opposition gegen die Diktatur so kämpferisch, so organisiert und massenmäßig verankert wie in Argentinien. Es ist notwendig, diesen Widerstand am Leben zu erhalten und international zu stützen!

In Westberlin wurde im Juni 1976 im Rahmen der Chile-Nachrichten ein Solidaritätskonto für Argentinien eingerichtet. Bis Mitte März 1977 gingen 7.600 DM auf das Solidaritätskonto "Argentinien-Hilfe" ein. Davon wurden bisher 4.000 DM nach Argentinien transferiert. Unterstützt wurden damit: Familienangehörige von politischen Gefangenen, die streikenden Elektrizitätsarbeiter von Buenos Aires und Organisationen in Elendsvierteln.

Dieser Solidaritätsaufruf soll dazu dienen, den finanziellen Stock des Solidaritätskontos massiv zu erhöhen, um so z. B. bei Streikbewegungen – wie etwa der jetzt laufende Streik der Telefonarbeiter und -angestellten – rascher und wirkungsvoller solidarisch helfen zu können. In Argentinien gibt es keine offiziellen gewerkschaftlichen Streikkassen. Wenn die Arbeiter in Argentinien streiken, dann bedeutet das für sie vor allem, ohne finanzielle Sicherheit zu kämpfen.

Wir rufen vor allem dazu auf, mit Dauerspenden den argentinischen Widerstand zu unterstützen, um so eine langfristige finanzielle Solidarität gewährleisten zu können.

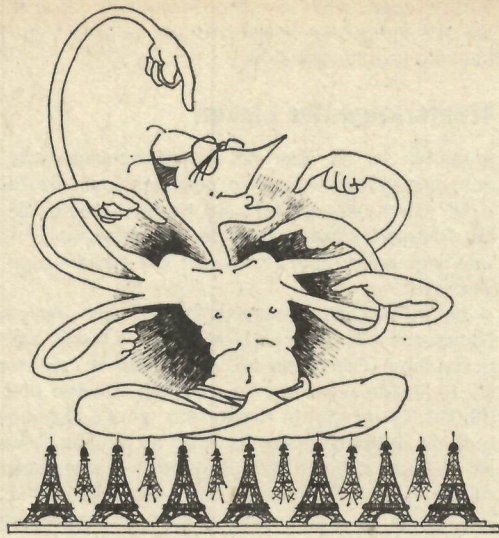
Spendet für den Widerstand in Argentinien: Sonderkonto Elfriede Kohut, 1000 Berlin, Postscheckamt Berlin-West, Konto 380 087-108, Kennwort "Argentinien-Hilfe".

Die Argentinien-Sondernummer der "Chile-Nachrichten" ist erhältlich im linken Buchhandel oder gegen Voreinsendung von DM 4,-- in Briefmarken bei "Chile-Nachrichten", c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12.

Pariser Ökologisten zum Beispiel haben einem Vorschlag Chiracs zugestimmt, in den Quartierausschüssen in ökologischen Fragen mitzuarbeiten – wie sie selbst sagen, um Zugang zu Informationen über die Stadtplanung in Paris zu bekommen. Bleibt hier Dumonts 1974er Formel von der politischen Ökologie gültig, die zum Bruch mit jenen ehrenwerten Naturschützern führte, die auch die Rechte und die bürgerliche "Mitte" zieren? In der Regel bleibt die Linke bei ihrem Vorwurf des Apolitischen stehen, weil die Ökologisten die Linksunion an einem ganz entscheidenden Punkt treffen: bei ihrem schlechten Gewissen über die eigenen technokratischen Tendenzen. Der Abwehr der Elsässer gegen ein "zweites Ruhrgebiet", gegen umweltzerstörende Industrien in Marckolsheim, AKW-Türme in Fessenheim, den Großflughafen in Enzheim und die Grenzstationierung von Pluton-Raketen hat das "Gemeinsame Programm" nur einen ungebrochenen Wachstumsfetischismus und Sozialstaatsillusionen entgegenzusetzen. Der KP-Kandidat für Paris, H. Fiszbin, stellt sich die Umkehrung des von ihm diagnostizierten Trends zur Entvölkerung, Überalterung, Desindustrialisierung und Entproletarisierung von Paris ebenfalls als sehr traditionelle Renaissance vor; er hat der gigantischen Zerstörung von Paris durch Abriß ganzer Quartiere, dem Bau verkehrsgerechter Achsen und Radialen und der Betonierung von über 2.000 ha Grünfläche seit 1965 zugunsten monströser Dienstleistungsbetriebe erheblich weniger entgegenzusetzen als die zugleich pragmatische und utopische Wachstums- und Institutionenkritik der Ökologisten. Auf diesem Gebiet haben sie ein von der Linksunion aus strukturellen Gründen vernachlässigtes Terrain besetzt; insofern sind sie "apolitisch" und "autonom", weil sie, wie es André Gorz ausdrückt, ihre Vorstellungen nicht in kurzfristigen Alternativen zwischen "Arbeitslosigkeit und krankmachender Arbeit" verwirklicht sehen: "Es ist sicher, daß sie im 'Gemeinsamen Programm' noch keine Befriedigung finden, weder im Versprechen einer umfassenderen Einvernahme der Bürger durch den Staat, noch im Projekt des ökonomischen 'Wiederaufschwungs', das noch viele Führer der Linken verfolgen, indem sie die Autobahnen, die großkalibrigen Kanäle, die Talsperren und AKWs vervielfachen, noch in der herkömmlichen Konzeption der Politik, nach der sich die Bürger darauf beschränken, alle Macht den Gewählten zu übertragen, und wonach die Parteien nach den dem Staat nachvollzogenen Strukturen allein in der Lage sind, den 'Volkswillen' zu repräsentieren" (Nouvel Observateur Nr. 643, 7.3.77). Indem innerhalb der PS eine intensive Diskussion über diese Fragen begonnen hat, zeichnet sich eine Brücke zwischen der antikapitalistischen Ökonomiekritik der traditionellen Linken und der antiautoritären Tradition der Institutionenkritik der Neuen Linken ab, die weiterzuverfolgen sein wird.

Die Konterstrategie der Rechten

Das schlagzeilenträchtigste Ereignis des Kommunalwahlkampfs war die "Schlacht um Paris", die sich Chirac, Führer der Gaullisten, durch seine Kandidatur gegen den Kandidaten Giscards für das Pariser Bürgermeisteramt, d'Ornano, leistete – und gewann. Paris erlebte einen knappen gaullistischen Wahlsieg. Giscard hatte seine Strategie der Verhinderung einer Regierung der Linksunion darauf aufgebaut, durch eine reformfreudige "Regierung der Mitte" die Linksunion zu spalten, die Gaullisten unter seiner Fahne zu restrukturieren und die oben erwähnten "Oppositionszentristen" für sich zu gewinnen – und erlebte damit ein totales Debakel. Ein Vergleich der Wahlergebnisse 1974 und 1977 zeigt, daß einerseits der Bürgerblock der Mitte massenweise Fahnenflucht in das "giscardistische" Wählerreservoir Mitterrands beging, andererseits zu den Gaullisten unter Chirac zurückkehrte. Chiracs RPR verfolgt das Projekt einer Umformung des alten gaullistischen Blocks in eine reaktionär-korporatistische Sammlungsbewegung der "classes moyennes" (Bauern, artisanales und intellektuelles Kleinbürgertum, 'nationale' Industriebourgeoisie, freie Berufe), die nach Schätzung des Statistischen Amtes immer noch annähernd ein Fünftel der französischen Bevölkerung bilden – eine im westeuropäischen Maßstab außerordentliche Zahl. Gegner des RPR ist einerseits die Linke und ihr auf verstärkte staatliche Kontrolle (Preise) und Umverteilung (Löhne auf Kosten selbständiger Einkommen) zielendes Krisenmanagement. Andererseits hat sie den vom traditionellen Gaullismus selbst gezimmerten Kompromiß mit der internationalistisch orientierten französischen Finanzbourgeoisie im Visier. Gegen beide Gegner projiziert Chirac den Abbau der Verwaltungseingriffe, das freie Unternehmertum unter dem Schutzschirm eines autoritären Polizeistaats; Basis des elektoralen Fortschritts des RPR – der im übrigen nicht das erwartete Ausmaß angenommen hat (nur in Paris ist Chirac ein "strahlender" Sieger) – ist die vielfältige Organisation der classes moyennes in Bauern- und Kleinunternehmerverbänden (P.M.E.), die gegen die Projekte der "Restrukturation" der französischen Wirtschaftsstruktur und die damit unvermeidliche Marginalisierung des Mittelstands Sturm laufen. Wie will die französische Bourgeoisie den Sieg der Linksunion 1978 verhindern? Zunächst bot sich in den ersten Wochen ein uneinheitliches Bild: die Börsenkurse sanken rapide, Wahlrechtsveränderungen zugunsten eines die jetzige Majorité begünstigenden proportionalen Wahlmodus wurden erwogen, Verfassungsänderungen angesichts der drohenden kommunistischen "Verfassungsvergewaltigung" wurden ins Auge gefaßt ..



Man sollte sich darüber im klaren sein, daß auch der französische Republikanismus von der Rechten taktisch gesehen wird, wenn es ums Ganze geht, daß auch in Frankreich Konterstrategien des ökonomischen Boykotts, der politischen Destabilisierung und der massiven antisozialistischen Stimmungsmache auf der Tagesordnung stehen. Die Mittel, nämlich ein gut organisiertes und institutionell kaum durch gewerkschaftliche "Gegenmacht" eingeschränktes Patronat, die Schalthebel des politischen Systems und der "öffentlichen Meinung" hat das Bürgertum noch immer; und neue reaktionäre Potentiale werden sichtbar, wenn man nur den Ruf des häretischen Bischofs Lefebvre an das traditionelle Kleinbürgertum und des Pop-Sängers Sardou an eine "unpolitische" Jugend für die Todesstrafe, das Patriarchat usw. vernimmt. Was sich die Linksunion aus dieser "Front der Unzufriedenen" durch intensive Werbung als Wähler hereinholt, kann sehr schnell konterrevolutionär werden.

Gewiß haben Giscard und Chirac unterschiedliche Adressaten innerhalb der gegenwärtigen Majorité; nach der Analyse des Sozialisten Chevènement orientieren sich Chiracs demagogische Parolen gegen den "Kollektivismus" und die "soziale-kommunistische Front" eher auf "den traditionellen, stärker nationalen und autoritären Pol, ... auf die von Zerstörung bedrohten, aber innerhalb der Majorité noch mehrheitlichen Schichten", während Giscard einen "stärker modernistischen Pol, orientiert auf die neuen Schichten, deren Eroberung eine Lebensnotwendigkeit für die Verewigung der bürgerlichen Herrschaft in Frankreich ist", anspricht (politique hebdo Nr. 256, 7.2.77).

In das Kalkül Chiracs paßt die offene und aggressive Konfrontation mit der Linksunion, Angst- und Panikmache (die ihn zum natürlichen Verbündeten der westeuropäischen Rechten von Strauß über Thatcher bis zur Opposition in Spanien, Griechenland und Portugal macht, vgl. den jüngsten Strauß-Besuch bei Chirac!), während Giscard durchaus auch einem Premierminister Mitterrand unter seiner Richtlinienkompetenz freundliche Seiten abgewinnen kann. Schützenhilfe leisten dabei die "differenzierenden" Kommentare der internationalen Bourgeoisie, vor allem von Seiten der US-Regierung und amerikanischer Geschäftskreise, die über "Wall Street Journal" verlauten ließen, ein von Sozialisten dominiertes Kabinett sei sicherlich nicht radikaler als das in anderen sozialdemokratisch regierten Ländern Europas – um dann zum entscheidenden Punkt zu kommen: "Die Frage ist nicht, ob die gegenwärtige Mehrheit an der Macht bleiben wird, sondern ob sie eine Wirtschaftspolitik führen wird, die ihren Verbleib an der Macht rechtfertigen würde" (22.3.77).

Syndikat

Onno Poppinga / Hans Martin Barth / Hiltraut Roth
Ostfriesland – Biographien aus dem Widerstand
192 Seiten. Kleinformat. Kartoniert. DM 14,–

Die Autoren haben Überlebende des antifaschistischen Widerstandes in Ostfriesland und Angehörige seiner Opfer aufgesucht und dazu motiviert, zu erzählen, was sie erlebt haben, speziell zwischen 1933 und 1945, aber auch in den Jahrzehnten davor und danach. So entstand eine kommentierte Dokumentation, die politische Geschichte als Sozialgeschichte darstellt und aufschlüsselt: unter welchen Bedingungen haben die ostfriesischen Bauern und Arbeiter in unserem Jahrhundert gelebt, was haben sie erduldet, wogegen haben sie sich gewehrt . . .

Bitte schicken Sie mir regelmäßig Informationen aus dem Syndikat

SYNDIKAT
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Postfach 174003
6000 Frankfurt am Main 1

Adresse (bitte in Druckschrift)

(Name) (Vorname)

(Straße, Nr.) (Ort)

Zur Sowjetgesellschaft

Das politisch ungeklärte Problem der Metamorphosen der asiatischen Produktionsweise

Rudi Dutschke

Inkonsequenz und Konsequenz von linken Intellektuellen

Um die noch beschränkt warenproduzierenden Comecon-Gesellschaften überhaupt strukturell durchschauen zu können, ist es unerläßlich, gerade den wesenslogischen und historischen Prozeß des Landes mit der Februarrevolution und dem Oktoberaufstand von 1917 auf den Begriff zu bringen. Jene Verdinglichung des "pro" oder "contra" muß endlich radikal durchbrochen werden. Was ist uns da nicht alles eingehämmert worden, was wird da nicht alles wieder neuerdings versucht. Hemmendes und Treibendes.

Wolfgang Abendroth, der neben dem leider verstorbenen Fritz Lamm, neben Jürgen Habermas, Oskar Negt, Klaus Meschkat u. a. unseren Lernprozeß im SDS jahrelang wesentlich treibend beeinflußte, konnte aber bis heute seine hemmende Rolle bezüglich der Analyse der SU usw. nicht überwinden. *Verhältnisse, wo alles real ist, bloß nicht der Sozialismus,* werden von ihm weiterhin als "realer Sozialismus" hingenommen. Als Wolf Biermann vor gut einem Jahr zu einer antifaschistischen Veranstaltung nach Zusage doch nicht nach Offenbach fahren durfte, fand der Genosse Abendroth dafür durchaus ein Verständnis. Die Kritik wurde nicht schärfer, als Genosse Biermann nicht mehr in die DDR zurückkehren durfte, nach seinem sozialistisch-kommunistischen Auftritt in Köln. Was könnte eine der Ursachen für solch ein theoretisch-politisches Verhalten sein? Aufschlußreich ist da ein Brief von Wolfgang Abendroth an Hilde Benjamin, spätere Justizministerin der DDR. Er verließ die Ostzone (spätere DDR) und stellte ihr gegenüber fest, "auf keinen Fall irgendeiner antisowjetischen und antikommunistischen Position Handlangerdienst zu leisten und keinesfalls gegen den sozialistischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone Stellung zu beziehen" (1). Das Mitgefühl des linken Intellektuellen, einen eventuellen sozialistischen Ansatz, die "rote Armee" zu verlassen, ist mehr zu spüren als ein kritisch-materialistisches Denken auf spezifische Produktions- und Herrschaftsverhältnisse. Ist da die ehemalige Justizministerin Banjamin von ihrem stalinistischen Standpunkt aus nach ihrem Austritt aus dem Ministerium konsequenter gewesen? Freunde aus Ost-Berlin (Hauptstadt der DDR) erzählten mir vor wenigen Jahren: sie läuft des öfteren besoffen herum und singt die Lieder des spanischen Bürgerkrieges.

Wolfgang Abendroth war niemals ein "despotischer Kommunist" (Stalinist), stand immer in der demokratischen Front. Aber eine *radikal*-demokratische Position von Sozialisten und Kommunisten, die mit ihrer *radikalen Kritik von Verhältnissen*, in denen der Mensch erniedrigt, beleidigt, ausgebeutet und unterdrückt wird, vor keinem Namen und keiner politischen Macht zurückschrecken, war ihm immer fremd. Die treibende und hemmende Rolle des versöhnlerischen Intellektuellen in der Geschichte der Arbeiterklasse ist bekannt.

Daß aber die Wege von Abendroth und Benjamin nicht die einzigen sind, beweist exemplarisch z. B. Franticek Kriegel aus der CSSR. Nachdem die Armeen des "Warschauer Paktes" die CSSR okkupiert hatten, wurden Dubcek, Svoboda und Kriegel nach Moskau abtransportiert, um ein Ultimatum der Anerkennung der Knechtschaft zu unterschreiben. Der alte Spanienkämpfer und seit Jahrzehnten aktive Kommunist Kriegel weigerte sich. Dubcek und Svoboda glaubten, durch die Unterschrift noch am ehesten davonzukommen. Breschnew machte schließlich den "Vorschlag", den Kriegel in Moskau zu lassen und allein nach Prag zurückzukehren. Ein Angebot in der reaktionären Tradition des asiatischen Despotismus mit den Legitimationsfloskeln des "Vaterlandes aller Werktätigen" (2). Dubcek und Svoboda wußten aber nur zu gut, daß sie ohne Kriegel sich vor tschechoslowakischen Werktätigen nicht sehen lassen konnten. War schon schwer genug ... Vor wenigen Monaten sollten nun Industriearbeiter in der CSSR Erklärungen gegen die von Kriegel u. a. verfaßte "Charta" unterschreiben. Die Arbeiter wollten vor ihrer Unterschrift noch einen Blick in das angegriffene Dokument werfen. Das aber gerade wurde ihnen von den Bürokraten verweigert. Nicht verwunderlich, es ging um radikal-demokratische Forderungen, um Menschenrechte, um jene Voraussetzungen, die für die Realisierung des Sozialismus und der Demokratie mit von elementarer Bedeutung sind. Wodurch stoßen Kriegel, Hajek und ihre Freunde auf besondere Hemmnisse? Was ist der Hintergrund in den Comecon-Ländern?

Zum Problem der Produktionsweisen

Solche und ähnliche Produktionsverhältnisse haben als Grundlage eine spezifische Produktionsweise. Wobei die jeweilige Entwicklung der Produktivkräfte in den Beziehungen zwischen beiden erst ihren Sinn erhält.

Ursula Schmiederer geht in ihrer Kritik der Comecon-Länder weiter als manche vor ihr, schreckt aber vor logischen und historischen Konsequenzen noch immer zurück. Sie wirft uns ("wir") vor, bei der Analyse der osteuropäischen Länder im allgemeinen und der SU im besonderen noch nicht das Denken der 3. Internationale. (1919-1943) verlassen zu haben, merkt aber dabei nicht, wie schwer es ihr persönlich fällt, die herkömmlichen Denkstrukturen der zweiten (1889-1914) und der dritten Internationale dialektisch aufzuheben. Sie wendet sich gegen den schematischen Übergang der Gesellschaftsformationen von feudaler in kapitalistische, von kapitalistischer in sozialistische Produktionsweise und sagt: "Hier müssen wir endlich umdenken. Es gibt nichtkapitalistische Gesellschaften, die deshalb noch lange nicht sozialistisch sind".

Ganz richtig. Doch wie begriffslos! Wie geschichtslos! Die über die Kritik der politischen Ökonomie methodisch erforschten progressiven Produktionsweisen in der Geschichte der Menschwerdung werden von der Genossin Schmiederer leider wie in der dritten verkürzt. Eine asiatische Produktionsweise gibt es für sie noch immer nicht. Diese Kategorie zu ignorieren, ist die Anerkennung der Stalinschen Eliminierung. Haben Marx, Engels, Luxemburg und Lenin darüber umsonst oder fälschlicherweise nachgedacht und auf Hunderten von Seiten sich darüber ausgelassen? Über die Mir-Konstitution der russischen Agrarstruktur, über die mongolische Eroberung und ihre sich darüber begründende Kontinuität.

Was ist nun eigentlich die Besonderheit der asiatischen Produktionsweise? Nichts anderes erst einmal, als daß sich in ihr *kein privater Grundbesitz* wie in den antiken Produktionsweisen als gesellschaftlich dominierende Kraft vorfindet, *sondern ein Staatseigentum.* In der Antike konstituierte sich über den Privatgrundbesitz der "freien Bürger" die "politische Gemeinschaft" wie ihre Sklavenherrschaft. In der asiatischen Produktionsweise dagegen herrscht eine "allgemeine Staatssklaverei" (Marx), die den selbständigen Bürger so wenig kennt wie die "freie Gemeinschaft". Der Despot mit seiner bürokratisch-militärischen Maschine ist vielmehr die herrschende Klasse. Diese Produktionsweise ist für Marx progressiv, weil sie für eine bestimmte Welt-Zone mit spezifischen Bedingungen Urgemeinschaften anknackte und somit die Menschwerdung über die Geschichte der Klassenkämpfe auf niedriger Stufe einleitete.

Die besondere Festigkeit der asiatischen Produktionsweise wird schon dadurch klar, daß Marx und Engels noch zu ihrer Zeit darauf hofften, daß der englische Imperialismus China und Indien durch Kolonisierung auf eine neue Stufe der Geschichte bringen würde.

Die Antike ist der erste universale Durchbruch des Privatgrundeigentums (3) und der Warenproduktion. Jene Grundvoraussetzung, um über den mittelalterlichen Feudalismus und die ursprüngliche Akkumulation in Westeuropa zur kapitalistischen Produktionsweise vorstoßen zu können. Eine conditio sine qua non im Marxschen Selbstverständnis, um den klassenkämpferischen Durchbruch zum Sozialismus erzielen zu können (4). Hier darf nun eine Grunderkenntnis des kritischen Materialismus nie vergessen werden: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Einsturzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind" (Marx).

Die Frage, die sich stellt, heißt: Was läßt eine asiatische Produktionsweise zu, was kann in ihr wirklich gebrütet werden, wann und wodurch kann sie real gebrochen werden? (5).

Rußland und die asiatische Produktionsweise

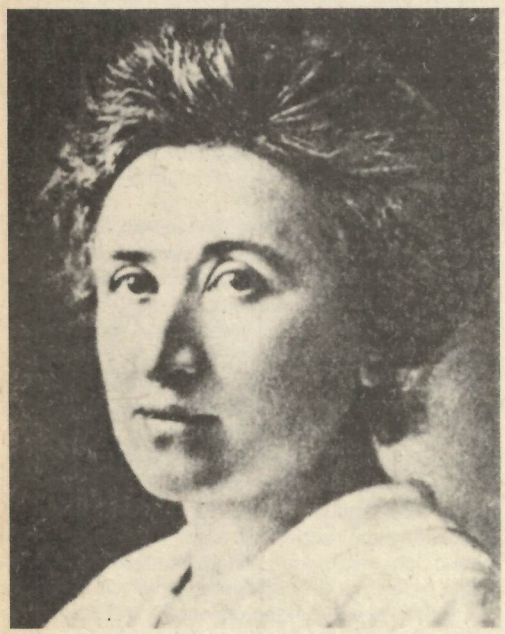
Lenin und Luxemburg waren sich noch 1914 darüber einig, daß in Rußland der "asiatische Despotismus" mit seiner patriarchalischen Struktur, seiner gering entwickelten Warenproduktion

und Klassendifferenzierung, seiner zaristischen Staatsmaschine usw. noch ungebrochen war. Halten wir fest, eine "nicht-kapitalistische" Produktionsweise liegt somit vor. Aber in keiner Art und Weise eine sozialistische!

Über das Hineintreten in den Weltmarkt war Rußland auf der einen Seite von ihm abhängig geworden, auf der anderen Seite aber konnte die herrschende Klasse gerade diesen Weltmarkt als Werkzeug benutzen, um die eigenen Produktionsverhältnisse aufrechterhalten zu können. Die Bauernbefreiung von 1861 wie die beschränkte Eröffnung des inneren Marktes um 1900 für das ausländische Kapital schienen oberflächlich die Auflösung des "Feudalismus" und die Entwicklung des "Kapitalismus" in sich zu tragen. Aber was für ein "Feudalismus" war es, was für ein "Kapitalismus" bahnte sich an? Nichts anderes als über den Weltmarkt gewordene Oberflächen der asiatischen Produktionsweise.

Noch 1905 erhoffte sich Lenin die gesellschaftliche Bodenreinigung des *asiatischen* Kapitalismus und den Durchbruch zum *europäischen*. Jene Voraussetzung, um eine objektive Möglichkeit für den Sieg der Arbeiterklasse antizipieren zu können. Und wieder setzte sich das Asiatentum durch, die asiatische Produktionsweise russischer Abart (6). Noch einmal, immer geht es uns um die Verfolgung des Werdens der "materiellen Einsturzbedingungen" dieser besonderen Produktionsweise.

Der niedrigste Stand der Entwicklung der Produktivkräfte in der russischen Totalität, die Kluft zwischen den wenig entwickelten Industriestädten und der riesigen Agrargesellschaft, schließlich die Auswirkungen des 1. Weltkrieges ermöglichten die Februarrevolution und den Oktoberaufstand. Aber die Ergreifung der *politischen* Macht setzte den Bolschewiki eine grauenhafte *soziale* Aufgabe, gerade weil die "materiellen Einsturzbedingungen" der asiatischen Produktionsweise noch in keiner Art und Weise erfüllt waren und die westeuropäische Arbeiterklasse in ihren Kämpfen nicht siegreich war. Die Ungleichzeitigkeit des internationalen Revolutionsprozesses konnte durch die putschistischen Versuche der dritten Internationale,



die sich gegen den Willen von Rosa Luxemburg 1919 konstituierte, nicht ausgeglichen werden. Zweifellos behinderten gerade diese und ähnliche Versuche, wie die neue Spaltung der Arbeiterklasse, die Ausnutzung objektiver Widersprüche, um in Mitteleuropa eine revolutionäre sozialistische Wendung zu erreichen.

Der große russische Blitzschlag vom Februar und Oktober 1917 begann darum äußerst schnell in die Finsternisse des Deformationsprozesses abzugleiten, sich somit dem sozial-ökonomisch ungebrochenen asiatischen Wesen wieder zu nähern. Die 35.000 Toten (7) von Kronstadt, die Arbeiter, Bauern und Soldaten, die 1917 für die Räte gekämpft hatten und nun die Bolschewiken loswerden wollten, um die Räte wieder zu ihrem Recht kommen zu lassen, waren der erste große Rückschlag der Revolution.

Über die NEP wurde danach von Lenin noch einmal der Versuch unternommen, der sich anbahnenden *asiatischen Restauration mit bolschewistischer Führung* entgegenzuwirken. Ihm ging es um die Wiederherstellung des bäuerlichen Vertrauens der "proletarischen Führung" (8) gegenüber, um den Wiederaufbau der Industrie, um die "Schaffung eines regelmäßigen, sowohl den Bauern als den Arbeitern vorteilhaften, staatlichen Warenaustausches" (9). Ein staatskapitalistischer Weg, um die "materiellen Einsturzbedingungen" der noch nicht gebrochenen Produktionsweise zu vertiefen, um damit die *Voraussetzungen* für eine zukünftige sozialistische Ökonomie zu erweitern.

Noch in "Lieber weniger, aber besser" (1923) verwies Lenin darauf, daß von sozialistischer Produktionsweise noch lange keine Rede sein könne, genausowenig von "proletarischer Kultur". Eine "bürgerliche Kultur genüge" (10), um wenigstens die "Beamten- und Knechtschaftskultur" zu überwinden. Eine kontrollierte Entwicklung des Privateigentums (11) als entscheidende Voraussetzung des tendenziellen Bruchs der asiatischen Produktions- und Knechtschaftsgeschichte steckt dahinter.

Die totale Verstaatlichung und der politische Terror arbeiteten schnellstens gegen diesen letzten Versuch von Lenin, die asiatische Restauration mit bolschewistischer Leitung setzte sich durch. Wo Rückfall und Entwicklung eng miteinander verquickt sind, jene moskowitische Zusammensetzung zwischen dem asiatischen Despotismus und einem über das jeweilige Verhältnis zum Weltmarkt werdenden kapitalistischen Staat der Ausbeutung und Unterdrückung. Am Ende der 20er Jahre machte das alte Fundament des asiatischen Despotismus seine dem historischen Niveau gemäße Metamorphose.

Es ist kein Zufall, daß die Weltwirtschaftskrise von 1929 fast gleichzeitig mit der Liquidation der NEP, mit der Zwangskollektivierung, mit der neuen Stufe der ursprünglichen Akkumulation in der SU zusammenfiel. Dieser reale "Verrat an der Revolution" (Lenin), diese totale Mißachtung des Willens der Mehrheit im Lande, ihr Leben und Dasein über ein kontrolliertes Privateigentum entfalten zu können, bedurfte für die herrschende Minderheit einer ideologischen Begründung: der "Sozialismus" mußte herhalten.

Asiatische Industrialisierung mit "sozialistischen" Floskeln

Es hieß "sozialistische Industrialisierung", "sozialistischer Aufbau", war aber nichts anderes als "asiatische Industrialisierung" (Heinz Brandt), asiatische Kapitalisierung unter bolschewistischer Führung, – *darum* mit "sozialistischen" Floskeln versehen. So wie der "Feudalismus" und der "Kapitalismus" eine Oberflächenerscheinung der ungebrochenen asiatischen Tradition der Produktion und Herrschaft in der inneren Struktur dieses Landes waren. Über die NEP war ein gewisser Ansatz der Brechung begonnen worden, die Zwangskollektivierung war dagegen eine erneute Festigung alter Knechtschaftsverhältnisse. Eine sozialistische Entwicklung im langfristigen Sinne wurde gerade dadurch verunmöglicht.

Die "allgemeine Staatssklaverei" (Marx) setzte sich tief durch in den 30er Jahren, die Veranstaltungen der Partei wurden anti-sozialistische Legitimationstreffen des neuen Despoten Stalin mit seiner bürokratischen Maschinerie. Ab 1939 gab es nicht einmal mehr Parteikongresse; die letzten Ausdrucksformen der revolutionären Erbschaft und latenten Kritik in den Führungskadern wurden eliminiert.

Der Vertrag mit den deutschen Faschisten war nicht ein 'kluger' Gedanke von Stalin, um eventuell dem faschistischen Angriff besser Widerstand leisten zu können, sondern eine russisch-deutsche Kooperation der Zerstörung Polens. Es kooperierten deutscher Imperialismus (Monopolbourgeoisie und NSDAP) und "großrussischer Chauvinismus" (12) (die Identität von Monopolbürokratie und KPdSU). Der weltweite Angriff des deutschen Faschismus, die gemeinsame Abwehr schließlich der anderen Großmächte, machte es im besonderen der SU und den USA möglich, ihre Herrschafts- und Interessenzonen auszudehnen.

Nach der Atlantik-Charta (1941) und der "Deklaration über das befreite Europa" dagegen hatte es geheißen, allen Völkern das gleiche Recht zuzugestehen, in souveräner Selbstbestimmung "demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen". Die *demokratisch getünchten Armeen* des Westens dachten daran so wenig wie die *rot gefärbte* sowjet-russische Armee.

Eine despotische Innenpolitik in einer wieder ungebrochenen Kontinuität von Knechtschaftsverhältnissen kann keine sozialistische Außenpolitik mit sich bringen. Allein neue Hegemonialansprüche konnten daraus erwachsen. R. Lorenz sagt: "Eine Fortsetzung dieser Politik in der Nachkriegsperiode ... mußte jede autonome und damit vor allem jede sozialistische Entwicklung in Osteuropa unterbinden".

Anmerkungen

(1) S. in "LW", Nr. 25, S. 16. Solch ein sich selbst beschränkendes Denken war schon Resultat eines historischen Deformations- und Spaltungsprozesses in der Arbeiterklasse. Man kann genau diesen Zerstörungsprozeß der kritisch-materialistischen Vernunft des Sozialismus und Kommunismus an den Organisationen und den ihnen nahestehenden Intellektuellen verfolgen.

(2) Wenige Jahre später ernannte sich Breshnew zum "General".

(3) Marx entdeckte schon in den philosophisch-ökonomischen Manuskripten die "positive Seite des Privateigentums", um in der Menschwerdung Schritte machen zu können.

(4) Die Besonderheit der Mir-Struktur auf dem russischen Lande war für sie nur dann eine sozial-revolutionäre Möglichkeit der Emanzipation, *wenn* in Westeuropa das Proletariat siegt *und* in Rußland der Zarismus gestürzt wird. Um dann die agrarischen Möglichkeiten des Landes zu rekonstruieren im Rahmen der Kooperation mit den proletarischen Industrieländern.

(5) Marx hoffte auf die Zerstörung der asiatischen Produktionsweise in China und Indien durch die Kolonialisierungsversuche des englischen Imperialismus. Wie widerstandsfähig und anpassungsfähig diese Produktionsweise ist, wurde ihm später klar. Um wieviel mehr konnte sich diese Produktionsweise in Rußland halten. In der Epoche des "Sozialismus oder Barbarei" kann schon seit Jahrzehnten dieselbe nur durch sozialistische Wendung gebrochen werden. Allerdings kein asiatischer "Sozialismus", jene Metamorphose der asiatischen Produktionsweise.

(6) Abart verweist auf die Tatarisierung Rußlands, verweist darauf, daß sich in Rußland die herrschende Klasse der Bürokratie nicht so bilden konnte wie z. B. in China, wo die herrschende Bürokratie über die unerläßliche Mitarbeit an den Wasserbausystemen einen produktiven und ausbeutenden Charakter trug, was in Rußland keine objektive Tradition hatte. Die Tatarenherrschaft reichte von 1228 - 1462, der russische Feudalismus wird damit zerstört und die asiatische Produktionsweise nistet sich ein.

(7) Soviel wurden wahrscheinlich in Chile getötet.

(8) Kaum noch im Lande eine Industrie und eine Industriearbeiterschaft haben und sich 'proletarische Führung' nennen, ist nicht nur tragisch.

(9) Lenin sprach von Warenaustausch, war sich klar darüber, daß ein solcher noch kein sozialistischer Produktionsaustausch ist.

(10) In der DDR-Ausgabe heißt es bezeichnenderweise "Beamten- und Leibeigenschaftskultur". Mit allen ideologischen Mitteln wird der asiatische Despotismus auf der ideologischen Front ausgeschaltet.

(11) Serge verweist darauf, daß Lenin sich auf die Kontrolle der Produktion beschränken wollte. In gemischten Industrietrusts sollten die Kapitalisten 49 Prozent Anteil erhalten, um an der Brechung der asiatischen Produktionsweise mitwirken zu können.

Für diesen und andere Hinweise mochte ich mich besonders bei dem Genossen und Spanienkämpfer Günter Berkhahn bedanken.

(12) So sagt Lenin in seinem letzten Versuch des Kampfes gegen die Bürokratisierung der Staats-, Partei- und Sowjetmaschine, gegen die Stalin-Fraktion der asiatischen Restauration unter bolschewistischer Flagge.

Charta 77 C-8 Nr. 12

LISTY-BLÄTTER
Zeitschrift der
tschechoslowakischen sozialistischen
Opposition.
Für Fragen des Sozialismus
und der Demokratie in Ost- und Westeuropa.
Adresse der Redaktion:
6 Frankfurt, Postfach 3602, Tel. (0611) 726015
Erscheint zweimonatlich, Abonnement 12 DM
Jährliche Einzahlungen:
Postscheckkonto Nr. 294703-505 Köln

Zur Situation in Portugal

Cesarina Girasol

Basisbewegung, politische Parteien (Zweiter Teil)

Basisbewegung der Arbeiter-, Mieter- und Soldatenräte

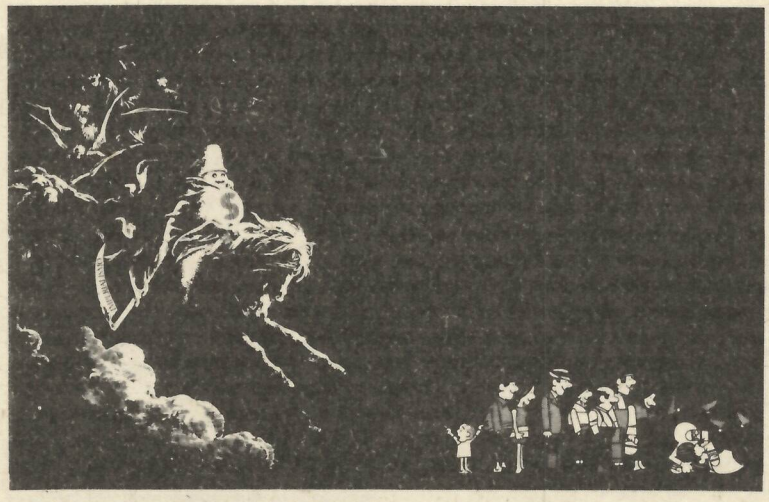
Diese Form der Selbstorganisation entstand spontan in den Fabriken gleich nach dem 25.4.74, zunächst mit der Absicht, Spitzel und Regimetreue auszuschließen und darüber hinaus zur Verbesserung der skandalösen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jedoch – das gilt allgemein für alle Basisorganisationen – war deren Entwicklung äußerst ungleich. Diese Ungleichzeitigkeit betrifft sowohl ihre Verbreitung auf nationalem Niveau (sie existieren fast nur in den Zentren Lissabon und Porto), das Niveau der erhobenen Forderungen als auch die Verbreitung in verschiedenen Industriezweigen.

In der 1. Phase der Kampfaktionen (Mai/Juni/Juli 1974) war die Verbindung unter den Selbstorganisationen u. a. aus folgenden Gründen nicht gegeben: Sie verfügten kaum über frühere Kampferfahrung, es gab keine Verwurzelung der Gewerkschaften, und es wurden höchst unterschiedliche Forderungen erhoben, rein ökonomische Forderungen oder die nach demokratischen Rechten bis hin zu Sozialismusforderungen.

Aber mit den ersten Kampferfahrungen festigten sich die Selbstorganisationsformen, in vielen Fabriken wurde Arbeiterkontrolle praktiziert, es wurden Ansätze der Koordinierung geschaffen (wie im Industriegürtel Lissabon/Setubal das "Sekretariat der Arbeiterkommissionen" und "Wachsamkeitskomitees"). Außerdem nahm die Politisierung in den Zentren der Kämpfe in hohem Maße zu, was zu politischen Manifestationen (gegen die NATO, gegen Kündigungen, Arbeitslosigkeit und Einschränkung des Demonstrationsrechts) und auch zu bewußter Organisation und aktiver Mitarbeit in den Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Parteien) führte.

Die 2. Phase (ab Dezember 1974) der Bewegung ist durch die Landbesetzungen im Alentejo gekennzeichnet. Die Landarbeiter besetzen ohne Anleitung irgendeiner Partei (die PCP war gegen Landbesetzungen, wie auch im Sommer 1974 gegen Streiks) die Ländereien, bilden Kooperativen und verteilen Arbeit und Produkte in Eigenregie. Allerdings sind diese Kooperativen heute nicht mehr vorwiegend unter kollektiver Leitung der Produzenten, sondern werden von Technikern und Fachleuten, die seitens der PC zur Verfügung gestellt wurden, unter Gesichtspunkten der Produktionssteigerung und Effizienz stark beeinflußt.

In der 3. Phase, nach dem reaktionären Putschversuch vom 11. März 1975, ist der linke Flügel der MFA gestärkt und führt unter dem Druck der Bankangestellten und der Öffentlichkeit (wieder nicht der PC) die Verstaatlichung wichtiger Sektoren durch. Dies war nur angesichts einer geschwächten Bourgeoisie und einer starken Massenbewegung mit sozialistischen Forderungen möglich. Nach dem 15. März beginnt auch die Organisation der Soldaten in den Kasernen, die durch die beiden reaktionären Putschversuche (28.9.74 und 11.3.75) radikalisiert wurden und die die Definition der MFA als "Befreiungsbewegung Portugals" wörtlich nahmen.



Die Weigerung der Repressionsorgane, ihre vorgesehene Rolle zu spielen (so vor allem COPCON, das Besetzungen und Streiks aktiv unterstützte und verteidigte), die steigende Artikulation der Massen auf den Straßen, die Regierung des prokommunistischen V. Goncalves – all diese Faktoren führten im Sommer 1975 zum Frontalangriff der Bourgeoisie (u. a. in ausländischen Medien, sowie durch Industriesabotage und Investitionsstop) und der PS, die sich in ihrer Existenz durch die Stärke der Basisbewegung gefährdet sah. Infolge des starken Drucks der nationalen und internationalen Kräfte, die an der Erhaltung des Kapitalismus in Portugal interessiert sind, kommt es zum offenen Bruch innerhalb der MFA.

Ab September 1975 (zur Zeit der 6. provisorischen Regierung, PS-dominiert) bis November 1975 verschärften sich die Fronten zwischen Massenbewegung und Staat. In unzähligen, riesigen Demonstrationen, Kasernenbesetzungen, Regierungspalastbelagerung, Streiks usw. äußerten sich die radikalisierten Teile der portugiesischen Bevölkerung. Viele Versuche der Regierung bzw. des bürgerlich-rechten Flügels der MFA gegen diese Bewegung blieben erfolglos, so daß der "Tag der Machtübernahme" nahe schien.

Jedoch fehlten die Strukturen, in denen sich die Massenbewegung hätte festigen und qualitativ entfalten können, wo Macht in anderer Weise hätte entstehen können. Die Organe der Arbeiter, Mieter und Soldaten waren wenig organisiert und strukturiert, hatten kaum Verbindung untereinander, waren in Lissabon z. B. politisch gespalten in PS, PC und revolutionäre Linke. Das Sekretariat der Lisabonner Arbeiterkommission war PC-dominiert, ebenso die SUV (Soldaten) in Lissabon; die SUV in Porto war linksradikal; viele Kasernenräte hielten an der Blumenrevolutionsvorstellung fest: sie wollten "im Sinne der Revolution" handeln, wußten jedoch nicht, mit wem, wofür und wohin.

Die FUR (Zusammenschluß der revolutionären Gruppen und Parteien) erlag einer Selbstillusionierung, daß die Erlangung der Macht kein Problem mehr sei, und war damit dem organisierten Einfluß der PC unterlegen. Jedoch wurde die PC seit dem 25.4. 1974 von der Basisbewegung im konkreten Handeln fast immer überholt, weil deren hierarchischer Parteiapparat nicht in der Lage war, das vielfältige Gefüge und die Spontaneität der Basisbewegung maßgeblich zu beeinflussen. Die PC war der aktuellen Situation lange nicht gewachsen, konnte sich jedoch in der Krise des 25. November 1975 auf ihre sicheren Positionen der "demokratischen Etappe" zurückziehen.

So war es möglich, daß die zuvor gelähmte Bourgeoisie mit bloß einem "treuen" Regiment, den Comandos, die in einer Serie von Provokationen ausgelöste isolierte Reaktion der Tancos-Soldaten ausnutzen konnte, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ohne Widerstand der radikalisierten Teile (die wiederum von der "Offensive der Tancos-Soldaten" verunsichert waren) zu verkehren. (Vgl. dazu "links" Nr. 74, Februar 1976: D. Diner: Tancos).

Nach diesem Schlag der Bourgeoisie gegen die "Kommune von Lissabon" wurde es still um all die Kommissionen der "Volksmacht" und "Doppelmachtstrukturen", in die wir so viele Hoffnungen gesetzt hatten. Der politische Spielraum, der wegen der Widersprüche innerhalb der MFA und der gleichzeitigen Handlungsunfähigkeit der Bourgeoisie entstanden war und der das Entstehen dieser Basisorgane ermöglicht hatte, verengte sich mit der Herstellung von "Ruhe und Ordnung" in den Streitkräften bzw. durch die Reorganisation der Repressionskräfte (Nationalgarde, Polizei). Es darf auch auf keinen Fall außer acht gelassen werden, wieviele Illusionen sich in den Köpfen der aktivierten Bevölkerungsteile über den "Schutzschild" MFA gebildet hatten. Zurückzuführen sind diese Vorstellungen nicht nur auf das konkrete Verhalten von Teilen des Militärs (vor allem Dynamisierungskampagne, COPCON-Praxis, MFA-Offiziersversammlung) an und nach dem 25.4.74, sondern auch auf die Tradition im portugiesischen Militär, sich partiell gegen den faschistischen Staat (der nie eine Militärdiktatur war) zu wehren. Diese Tradition und der Prozeß nach dem 25.4.1974 waren demokratisch-antifaschistisch, so daß die verschiedensten Interessen (weltmarktorientiertes Kapital, Bürgertum und Mittelklassen, Angestellte, Arbeiter und Bauern) in der MFA ihren Ausdruck finden konnten. Diese Koalition mußte im fortschreitenden Differenzierungsprozeß der Klassen auseinanderbrechen. Eine Diskussion zum Verständnis dieses Prozesses bis – und vor allem – nach dem 25. November 1975 ist auch bei uns (alte Portugal-Solidaritätsgruppen, politische Organisationen) noch nicht gelaufen. Dieser Artikel möchte nicht Einschätzungen über die Vergangenheit bringen, sondern Nachdenken und die Neuaufnahme der Diskussion bewirken.

Was ist heute, 18 Monate nach dem 25. November 1975 (solange währte auch der revolutionäre Prozeß) von den Basisorganisationen übrig, wie sieht die Situation der Parteien und Gruppen der revolutionären Linken aus, welche Perspektiven gibt es? Auf der Ebene der Fabriken sind die Arbeiterkommissionen zum Großteil, jedenfalls mehr als die Hälfte, in Gewerkschaftskommissionen und d. h. auch fast immer in Intersindical-(PCP)-Gruppen transformiert worden. Nicht zuletzt auch ohne Widerstand der Arbeiter selbst, weil (siehe die Ausführungen zur Gewerkschaftsbewegung im 1. Teil, "links", Mai 1977) die PS versucht, die Arbeiterkommissionen und deren Autonomie als Instrumente gegen die Intersindical und somit zur Spaltung der Gewerk-

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

erscheint viermal im Jahr; Umfang ca. 250 S. pro Heft; Abo für 1 Jahr (4 Hefte) 44,–

1/77
- Klassenstruktur Großbritannien 50–75
- USA 77: Klassenkämpfe
- ZK-Diskussion der KPI (Amendola, Berlinguer, Longo, Peggio)
- Elend der Philosophie

4/76
- Klassen und Klassenkämpfe in Frankreich 50–75
- Über die Erfolge der Akkumulationstheorie

3/76
- Klassen in den USA
- Debatte über die Diktatur des Proletariats (Balibar, Hincker, Sève u.a.)

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Kleinbürgerlicher oder wissenschaftlicher Sozialismus? Klaus Holzkamp als Marxist-Leninist/–PROKLAmierte und distinkte Arbeiterpartei; 160 Seiten, DM 8,80

BRD–Klassen–Analysen (DKP; SPD...). Mit einer Kritik an J. Steffens „Strukturelle Revolution", 226 Seiten, DM 10,–

Stamokap in der Krise, Diskussionsbeiträge zu Akkumulation und Kapitalentwertung, Monopol und Konkurrenz, tendenzieller Fall der Profitrate; Grundrente Entwicklung des Kredits; 176 Seiten, DM 10,–. Enthält u.a. Kritiken an Huffschmidt, Katzenstein, Boccara, Wygodski.

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

VSA

schaftseinheit zu benutzen. Diese Kommissionen beschränken sich zumeist auf innerbetriebliche Forderungen, Kontakte mit Mieterkommissionen oder Kooperativen sind äußerst selten.
Mieterkommissionen, wenn sie noch existieren, sind in die GDUP (siehe weiter unten) integriert und/oder betreiben nur ihre Kindergärten; ebenso ohne Kontakte zu anderen Resten von Basisorganen. Volkskliniken, Theatergruppen, Kooperativen außerhalb des Alentejos und Verkaufskooperativen kämpfen ums bloße Überleben und Funktionieren, d. h. sie existieren mehr schlecht als recht, sind Staatsangriffen und Kreditentzügen ausgesetzt und quasi abgeschlossen von der Bevölkerung, für die und mit der sie eigentlich existieren sollten.
Über Soldatenräte kann man kaum sprechen, so tiefgreifend war die Ernüchterung über den leichten Sieg der Bourgeoisie, die Säuberungen, Versetzungen und Kontrollen. Allerdings gab es zu den Präsidentschaftswahlen im Juni 1976 wieder einen Aufschwung der Basisaktivitäten anläßlich der Wahlkampagne für Othelo. Und obwohl der Wahlsieg von Eanes mit 61% überwältigend erschien, dessen Kandidatur von PS, PPD und CDS gemeinsam unterstützt wurde, darf man nicht vergessen, daß der Repräsentant des revolutionären Prozesses, Othelo (mit 16,5%) ein in Westeuropa einmaliges Ergebnis für die radikale Linke erzielte. Wenn man noch an die 7,5% der Stimmen denkt, die der PC-Kandidat Pato erhielt, kann man nicht davon sprechen, daß es in Portugal keine bedeutsame sozialistisch-kommunistische Linke mehr gibt.

Politische Gruppen und Parteien

In Portugal gibt es sehr viele verschiedene politische Gruppierungen, die sich zum Teil (wie LUAR und PRP) auf eine militante antifaschistische Vergangenheit beziehen. Die PC, 1921 gegründet, leistete seit 1940 organisierte Widerstandsarbeit, vor allem in den korporativen Berufsgewerkschaften und unter den Landarbeitern im Alentejo.
Die LUAR, die viele Aktionen der Volksmacht mitinitiierte, verschwand gleich nach dem 25. November 1975 von der Bildfläche, ihr ehemaliger antifaschistischer Held Palma Ignacio ist heute in der PS und vertritt in seiner Stellung im Arbeitsministerium die arbeiterfeindlichen PS-Gesetze.
Die PRP, mit ihrer Losung des "bewaffneten Aufstands" noch halbwegs glaubhaft vor dem 25. November 1975, als viele Armeeinheiten dasselbe sagten, behielt bis heute diese Einschätzung bei und isoliert sich damit völlig von der realen Klassenbewegung. Mit dieser Selbstisolation korrespondieren rigorose Ausschlüsse von Mitgliedern, die Kritik an dieser Linie üben. Allerdings trägt sie mit der Tageszeitung "Pagina UM" (von ihr finanziert) zur Gegenöffentlichkeit bei, ohne in den publizierten Nachrichten sehr sektiererisch zu sein (zumindest viel weniger als die PC).
Die UDP (Demokratische Volksunion), eine gemäßigte ML-Partei, hat seit 1975 einen Abgeordneten im Parlament. Sie vertritt im Gegensatz zu den anderen ML-Parteien nicht die "Sozialfaschismustheorie", erklärt aber die "Partei Cunhals" zum Hauptfeind und deklariert die Verhältnisse in China/Albanien als "wahren Sozialismus". Seit neuestem arrivierte die UDP zur Massenorganisation der PCP(R) (reconstruido = wiederaufgebaut), die ein Zusammenschluß mehrerer ML-Parteigründungsgruppen ist. Wie die "richtige" PC hat sie noch andere "Massenorganisationen" wie Frauengruppen, Studentengruppen und andere. In der Gewerkschaftsfrage vertritt sie das Einheitsgewerkschaftsprinzip und kämpft dort gegen die Hegemonie der PCP. Einige Gewerkschaftsdirektionen im Lissabonner Raum sind von ihr besetzt.
Zu den Präsidentschafts- und Lokalwahlen kandidierte die UDP in den GDUP (Volkseinheitsdynamisierungsgruppen). Nach dem großen Erfolg Othelos (16,5%), dessen Wahlkampagne von den GDUP getragen wurde (in den GDUP waren bzw. sind noch PRP und MES), begann der Prozeß der Dominierung dieser Basisgruppen durch UDP-Mitglieder, was seinen Höhepunkt auf dem Kongreß der GDUP und deren Transformation in MUP (Volkseinheitsbewegung) Ende November 1976 fand. Anläßlich dieser Entwicklung verließ die PRP die GDUP. Nach den mageren Ergebnissen bei den Lokalwahlen im Dezember 1976 (ca. 1,5% in ländlichen Gebieten, ca. 4% in den Städten; die MUP erwartete ca. die Hälfte der Othelo-Stimmen) hört man wenig von der MUP. Von ihr ist nur noch das Skelett, die Gründerorganisationen, übrig geblieben.
Die MES (linkssozialistische Bewegung, vorwiegend Intelligenz-Basis) arbeitet weiterhin in der MUP; nennenswerte Aktivitäten sind von ihr nicht zu verzeichnen, ihre Zeitung erscheint unregelmäßig. In der Ökonomie-Fakultät gewann sie die Studentenvertreterwahlen, und einige Gewerkschaftsdirektionen (Textilarbeiter Süd) sind von ihr beeinflußt.
Die trotzkistische LCI hat ebenso wenig Einfluß in der Arbeiterbewegung. Ihre Arbeit in den Gewerkschaften richtet sich auf die PS- und PC-Mitglieder, um sie von nationalen Kampfaktionen für Lohnerhöhungen und kollektive Tarifverträge zu überzeugen.
Abschließend kann man festhalten, daß sich die Probleme der Bewegung verändert haben, ohne daß Klarheit darüber bestünde, wie und worauf sich die zweifellos große Zahl der Anpolitisierten orientieren sollten, um politisch nicht handlungsunfähig zu werden. Die Basisbewegung müßte andere, beständige Formen finden, in denen sie nicht mehr Spielball und Objekt der kapitalistischen Restaurierung wäre. Die Alternative "Volksmacht" ist von der Tagesordnung erstmal verschwunden, und es kommt darauf an, daß sich Arbeiter, Landarbeiter, Mieter und Soldaten in ständiger Auseinandersetzung mit Regierung, Parteien und Gewerkschaftsapparat dahingehend weiterentwickeln, daß die gemachten Erfahrungen begreifbar und handlungsrelevant werden.

focus verlag
postfach 2328
6300 giessen

B. Hafeneger/K. Kesselgruber

BILDUNGSURLAUB IN DER BUNDESREPUBLIK
Beitrag zur Arbeiterbildung?

Erfahrungen-Analysen-Perspektiven

282 Seiten DM 9.80

- - - - - - - - -

Erste praktische Erfahrungen und theoretische Einschätzungsversuche zu Bildungsveranstaltungen im Sinne dieses Gesetzes und im Interesse von Arbeiterjugendlichen werden in diesem Buch dargestellt. Sämtliche Beiträge stammen aus der Praxis, sie sollen daher in erster Linie Anstöße für weitere Bildungsarbeit vermitteln und die Diskussion um bedürfnis- und interessenorientierte politische Bildung mit Arbeiterjugendlichen (als Teil der Arbeiterklasse) voranbringen

im focus

Frank Rühmann
Anwaltsverfolgung in der Bundesrepublik Deutschland 1971–1976
104 S., DM 12,–

Dieses Buch erscheint gerade zur rechten Zeit.

Rühmann schildert den Weg, der seit 1971 Schritt für Schritt bis heute begangen wurde, um grundlegende Bestimmungen des Straf- und Strafverfahrensrechtes, die dem Schutz des Angeklagten dienen, systematisch abzubauen.

Das Buch dokumentiert, wie sogar Teile der Justiz sich daran beteiligen, die Rückkehr in den totalitären Staat vorzubereiten.

Verlag Neue Politik
Geschwister-Scholl-Str. 142
2000 Hamburg 20

Wachstum bis zum strahlenden Ende?

H. E. Brand

Gewerkschaften und Atomenergie

Die Gewerkschaften treten – so z. B. mit dem DGB-Umweltprogramm – für "gesunde und lebenswerte Umweltbedingungen" als notwendige Voraussetzung für die "Humanisierung" der Arbeit und für "mehr Lebensqualität" ein. Dieser gesellschaftspolitische Anspruch ist jedoch in der gewerkschaftlichen Alltagspraxis einschneidenden Restriktionen unterworfen. Zum einen vertreten die Gewerkschaften faktisch überwiegend unmittelbare und begrenzte materielle Interessen der Arbeiterklasse und auch dies häufig nur für die Beschäftigten bestimmter Branchen oder zugeschnitten auf bestimmte Berufsgruppen oder -qualifikationen. Was unter langfristigen Lebens- und Überlebensinteressen der Menschen notwendig erscheint, kann dabei im direkten Gegensatz zu kurzfristigen Interessen bestimmter Beschäftigtengruppen stehen. Zum anderen sollen die gewerkschaftlichen Umweltschutzvorstellungen – dem allgemeinen politischen Selbstverständnis der Gewerkschaften entsprechend – mit der Existenz des bestehenden Gesellschaftssystems vereinbar sein. Nicht die Ursachen der Umweltvernichtung werden daher grundsätzlich in Frage gestellt, sondern nur die Folgewirkungen der natur- und menschenvernichtenden kapitalistischen Produktionsweise sollen gemildert werden. Exemplarisch deutlich wird dies am Verhalten der Gewerkschaftsspitzen in der Kernenergiefrage.

Zwar betonen die Gewerkschaften auch in dieser Frage ihr Interesse an "lebenswerten Umweltbedingungen". Doch die mit dem Betrieb von Atomkraftwerken (AKW) nachweislich verbundenen Risiken werden heruntergespielt. Denn der DGB vertritt – wie der Bundesvorstand in einer energiepolitischen Stellungnahme am 5.4.1977 betont – nicht nur Umweltschutzinteressen, sondern auch "die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft". Dies schließt die Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung ein, die ihrerseits eine Voraussetzung für die Verwirklichung des Vollbeschäftigungszieles und für gesellschaftliches Wachstum ist." Zugunsten des "gesellschaftlichen Wachstums" und daraus abgeleiteter "Vollbeschäftigung" – das impliziert diese Aussage – müssen also auch Risiken vom Ausmaß der Kernenergie in Kauf genommen werden. Und drittens vertritt der DGB die spezifischen Arbeitsplatzinteressen der mit Planung, Bau, Betrieb und Entsorgung von AKW beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Deren Interessen sind auf die unmittelbare eigene Situation (Arbeitsplatzerhaltung, Lohnabsicherung usw.) gerichtet und tendieren aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz zumeist dazu, die langfristigen gesundheitlichen Gefährdungen durch die Atomenergie bzw. die Möglichkeit eines jederzeit denkbaren Unfalls zu verdrängen.

"Um den Atomstrom verkaufen zu können, der ab 1982 reichlich zur Verfügung stehen wird, entwickelt Dr. Ing. Wessling von der ATOMAG schon heute die dazu dringend benötigten elektrischen Haushaltsgeräte."
Aus Pardon 2/77

Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums und damit auch der Arbeitsplätze durch ausreichende Energieversorgung, d. h. insbesondere Kernenergie, spielt in der gewerkschaftlichen Argumentation eine zentrale Rolle. Diese Argumentationskette ist jedoch vor allem seitens der Bürgerinitiativen vielfach widerlegt worden: die bundesrepublikanische Wirtschaft wächst seit einiger Zeit wieder, ohne daß die Arbeitslosenquote zurückgegangen ist und die Arbeitsplätze sicherer geworden sind; steigender Energieeinsatz begünstigt sogar die rationalisierungsbedingte Arbeitsplatzvernichtung, statt Arbeitsplätze zu sichern; an Stelle von Kernkraft gibt es genügend ungenutzte Möglichkeiten zur Energieeinsparung oder zur Erhaltung alter, weniger umweltbelastender Energiequellen, wie Erdöl oder Kohle bzw. zur Erschließung neuer nicht-nuklearer Energiequellen. Schließlich wird für die Entwicklung von Energieeinsparverfahren und die Erschließung alternativer Energiequellen mindestens die gleiche, wenn nicht eine größere Zahl von Arbeitskräften benötigt. Kernenergie sichert also keine zusätzlichen Arbeitsplätze, ist energiepolitisch überflüssig und gefährdet die Gesundheit von Millionen von Menschen.

Der Wachstumsfetisch der Gewerkschaften als Unterwerfung unter die Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses erweist sich hier als doppelt fragwürdig: zum einen schafft oder sichert Wachstum nicht einmal mehr kurzfristig unbedingt Arbeitsplätze; zum anderen gefährdet jedes wirtschaftliche Wachstum unter den bisherigen Voraussetzungen in immer stärkerem Maße das langfristige Überleben der Menschen.

DGB-Stellungnahme zur Energiepolitik

Dennoch befürworten die Gewerkschaften weiterhin die Nutzung von Kernenergie. Vorreiter sind dabei die großen Industriegewerkschaften, die die im Atombereich Beschäftigten vertreten. Die anderen Gewerkschaften haben sich eindeutiger Stellungnahmen eher enthalten, tragen jedoch – indem auch mit ihrer Zustimmung die energiepolitische Stellungnahme des DGB im April 1977 verabschiedet wurde – diese mit.

Nach den großen Anti-Atomkraftdemonstrationen Ende 1976 und angesichts des sich auch in den Gewerkschaften verstärkenden Widerstandes gegen die Befürworter der Kernenergie in den Vorständen, hatten es diese plötzlich eilig, eine Stellungnahme in ihrem Sinne zu verabschieden. Ende Januar 1977 nahm der DGB-Bundesvorstand eine Ausarbeitung zum Thema "Kernenergie und Umweltschutz" zur Kenntnis und beschloß, diesen Text "als erste Problemdarstellung den Gewerkschaften, den DGB-Landesbezirken und den DGB-Kreisen zur Verfügung zu stellen" (Die Quelle, 3/77). Noch Mitte März sprach der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter davon, daß einige Monate bis zur Verabschiedung einer Stellungnahme des DGB zur Kernenergiefrage vergehen würden. Gleichzeitig gab er jedoch bereits die Stoßrichtung einer derartigen Stellungnahme an. Sie werde auf der Linie der Befürworter der Kernenergie liegen: ein Verzicht auf Atomstrom sei aus energie-, wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen nicht möglich.

Zu einer breiteren Diskussion innerhalb der Gewerkschaften über die geplante energiepolitische Stellungnahme des DGB sollte es jedoch nicht kommen. Am 2. März trug der Bundesminister für Forschung und Technologie, Hans Matthöfer, mit einem Referat vor den Spitzenfunktionären des DGB-Bundesausschusses "zur Meinungsbildung bei" (Die Quelle, 3/77). Am 9. März stellte dann der IG Metall-Vorsitzende Loderer mit einem Referat auf der 9. Bundesangestelltenkonferenz der IG Metall die Weichen der IGM, indem er erklärte, es bestehe "kein Zweifel, daß wir aus wirtschaftlichen Gründen nicht auf die Nutzung der Kernenergie verzichten können" (Die Welt, 11.3.77). Am 10. März beschloß der Beirat der IG Chemie: "Zur Frage der Kernenergie geht die IG Chemie davon aus, daß zur Zeit ohne Kernenergie unser wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie bedroht ist." Ähnlich entschied dann der Beirat der IG Metall am 25. März. Die IG Bergbau und Energie, die bereits seit Monaten den zügellosen Bau von Atomkraftwerken mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung und -schaffung forderte und bereits die Unterstützung des IG Bau Vorsitzenden Sperner hatte, hatte damit mächtige neue Verbündete unter den Einzelgewerkschaften gewonnen. Nur noch nach außen hin überraschend

der lange Marsch
Zeitung für eine Neue Linke
DM 1,10
26

Aktionsberichte: Berlin
Bremen
Heidelberg
Münster
Tübingen

Auslandsberichte:

Italien: „Universita rossa!" Milano; Frankreich: M A S, syndikalistische Studentenorganisation

Analysen,
Strategien:

Hochschulabsolventen - qualifizierter Schrott?
Studentenbewegung,
und Hochschulkampf

Zu bestellen bei:
Zuckererbsenverlag GmbH
Paulsborner Str. 3 1 Berlin 31
Abo: (6 Ausgaben) DM 10,00

verabschiedete dann der DGB-Bundesvorstand einstimmig bereits auf einer Sitzung am 5. April die genannte energiepolitische Stellungnahme, obwohl dieser Punkt nicht einmal auf der Tagesordnung stand. Mit der Stellungnahme sollte nicht nur die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung gestützt, sondern auch die wachsende Zahl der AKW-Gegner in den Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Zwar sei das Entsorgungs- und Sicherheitsproblem noch nicht ausreichend geklärt, solle verstärkt nach alternativen Energiequellen und -sparmöglichkeiten gesucht werden und könne "die undifferenzierte Forderung nach einem bedingungslosen Ausbau eines Systems von Kernkraftwerken" nicht unterstützt werden. Ein genereller Verzicht auf Atomstrom sei jedoch "gegenwärtig" nicht möglich. Im Bau befindliche Kernkraftwerke sollten deshalb "zügig" fertiggestellt werden.

Die hier angedeutete Kompromißbereitschaft soll zweifellos auf die innergewerkschaftlichen Kritiker der Atomstrombetreiber beruhigend wirken, hat jedoch kaum praktische Konsequenzen. Kann dem DGB zufolge "gegenwärtig" nicht auf Atomkraft verzichtet werden, sind damit weitgehend auch schon die Weichen für die Zukunft gestellt, denn Investitionsprogramme in Milliardenhöhe mit enormen Auswirkungen auf Forschungsstrukturen, Entwicklung von Zulieferindustrien usw. sind nicht beliebig umkehrbar – ganz abgesehen davon, daß der strahlende Atommüll in jedem Fall noch für Generationen eine enorme Belastung darstellen wird. Insofern ist die mit der Einschränkung "gegenwärtig" angedeutete Flexibilität des DGB kaum mehr als Augenwischerei.

Warum die Gewerkschaften die Atomenergie befürworten?

Die Rücksichtnahme auf die allgemein immer größer werdenden Arbeitsplatzängste erklärt so wenig wie das besondere Arbeitsplatzinteresse der im Atomsektor Beschäftigten ausreichend die Stellung des DGB zugunsten der Kernenergie. Auch alle Befürchtungen, daß die Wirtschaft ohne Atomstrom in einigen Jahren zusammenbrechen würde, sind längst widerlegt. Bleiben zwei Gründe: zum einen die enge Verfilzung hoher Gewerkschaftsfunktionäre mit den AKW-Lobbyisten in der Bundesregierung und über diese mit der Atomindustrie, die allein ein ungebrochenes Interesse an einer schrankenlosen Ausweitung der Kernenergieerzeugung hat; zum anderen die direkte Interessenverknüpfung mit der Atomindustrie über die Präsenz von Gewerkschaftsfunktionären in Aufsichtsräten usw. Die Einleitung eines Ausschlußverfahrens durch die IG Metall gegen Heinz Brandt, der diese Verfilzung beim Namen genannt hat, hat wie kaum zuvor öffentlich bekannt gemacht, in welchem Ausmaße in der Atomenergiefrage handfeste Sonderinteressen – und nicht die im Umweltprogramm des DGB formulierten allgemeinen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen – das Handeln vieler Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen und wie empfindlich sie auf eine Aufhellung dieser Tatsache reagieren. Die funktionsbedingte Begrenztheit der praktischen Gewerkschaftspolitik – organisierte Vertretung begrenzter lohn- und arbeitsplatzbezogener Interessen von Arbeitern zu sein – verbindet sich gerade in der Kernenergiefrage auf besonders verhängnisvolle Weise mit der Einbindung der Gewerkschaften in das bürgerliche System, die sich die Kapitalverwertungsinteressen der Atomindustrie – auch über materielle Vorteile – zu eigen macht und langfristige Lebens- und Überlebensinteressen vor der kapitalistischen Wachstumsideologie opfern.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch gegen Bürgerinitiativler?

Die Gewerkschaften, die die im Atomsektor Beschäftigten vertreten und das Atomprogramm der Bundesregierung am offensivsten unterstützen, sind zugleich die schärfsten Gegner der Bürgerinitiativen, die heute an der Spitze des Widerstandes gegen die AKW-Betreiber stehen. Nur in Gewerkschaften wie die IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Holz, die nicht mit dem Atomkapital verknüpft sind, besteht eine gewisse Offenheit gegenüber den Bürgerinitiativen. Mit der Festlegung der Gewerkschaften in der Kernenergiefrage durch die DGB-Stellungnahme vom April 1977 ist es für die Gegner der Nutzung der Atomenergie einerseits schwieriger geworden, sich innerhalb der Gewerkschaften zu artikulieren, da sie jetzt gegen eine offizielle DGB-Position sprechen müssen. Andererseits aber ist der Widerstand trotz z. T. massiver Einschüchterungsversuche seitens der Atomlobbyisten auch in den Gewerkschaften stärker geworden: so haben sich DGB-Ortskartelle, Fachgruppen, die Jugend der IG Druck und Papier und sogar der IG Metall usw. offen gegen die Kernenergie ausgesprochen. Und auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB in Hamburg zwang der Protest von Zehntausenden den "lieben Gewerkschaftskollegen" und Minister Matthöfer, seine Werbeansprache zugunsten der Kernenergie vorzeitig zu beenden.

Mit dem Anwachsen des innergewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Befürwortung der Atomenergie sind auch die Reaktionen der Vorstände schärfer geworden. Gegen die Bürgerinitiativen besteht inzwischen faktisch ein Abgrenzungsbeschluß. Anfang März erklärte der Vorsitzende der IG Bau, Sperner, die Gewerkschaft werde es nicht hinnehmen, daß "extreme Bürgerinitiativen" den Bau von AKW verhindern (FR 7.3.77). Noch heftiger werden die Bürgerinitiativen seit langem von der IG Bergbau und Energie diffamiert. Der Beirat der IG Chemie erklärte am 10. März, die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Kernenergie "kann nicht Sache unkontrollierter und unkontrollierbarer Bürgerinitiativen sein, sondern Aufgabe der Regierung und der Parlamente." Auch der IG Metall-Vorsitzende Loderer grenzt sich scharf von Bürgerinitiativen ab: "Auf dieser Basis (der Befürwortung der Kernenergie) gibt es kein Aktionsbündnis mit Bürgerinitiativen: schon gar nicht mit demokratiefeindlichen Elementen, die die Demonstrationen zu Gewalttaten nutzen ..." (Metall 7/77, S. 2) Seiner Ansicht nach liegt "eine Gefahr darin, daß diese Initiativen sich zu Ersatzparteien hochstilisieren, ohne innere demokratische Struktur, ohne Transparenz und ohne Verpflichtung auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen."

Die Gewerkschaften ernennen sich uneingeschränkt zu Garanten der bestehenden Parteistrukturen und der etablierten parlamentarischen Institutionen. Wer sich – wie viele Bürgerinitiativen – in neuen Aktions- und Organisationsformen gegen die Repressivität dieses Systems zur Wehr setzt, wird von den Gewerkschaftsvorständen schnell als Chaot, Kommunist, Demokratiefeind, Maschinenstürmer o. ä. diffamiert. Der Anti-Kommunismus des "Kalten Krieges" feiert seine Wiederauferstehung im Mund vieler Gewerkschaftsführer und der vorstandsabhängigen Gewerkschaftspresse.

Bürgerinitiativen und Gewerkschafter gemeinsam gegen Atomkraftwerke

An der Frage der Zusammenarbeit mit den gegen Planung, Bau und Betrieb von AKW kämpfenden Bürgerinitiativen läuft heute – ungeachtet der Notwendigkeit einer noch zu leistenden kritischen und differenzierten Einschätzung der Bürgerinitiativ-Bewegung – die Trennlinie innerhalb der Gewerkschaften zwischen den mit Regierung und Unternehmern koalierenden Atomfilzen und den gewerkschaftlich Organisierten, die als Folge des Baus von AKW die Hinwegrationalisierung weiterer Arbeitsplätze, eine allgemein ansteigende Gefährdung unserer Gesundheit und die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie durch den "Atomstaat" befürchten, der unter Berufung auf die Gefährlichkeit der Atomenergie die allseitige Überwachung der Bevölkerung – technologisch begründet – in einem heute kaum vorstellbaren Ausmaß durchsetzt.

Am Verhältnis zu den Bürgerinitiativen verläuft aber gegenwärtig auch ein Gegensatz zwischen den gewerkschaftlich Organisierten, die bereits die Bürgerinitiativen aktiv unterstützen, und jenen, die noch den Argumenten der Gewerkschaftsvorstände, der Regierung, der Unternehmer und der bürgerlichen Medien vertrauen, bzw. als in der Atomindustrie Beschäftigte aus unmittelbarer Angst um den Arbeitsplatz heraus in den Bürgerinitiativen Gegner statt Verbündete sehen. Aufzuheben sein wird diese Trennung nur, wenn die Gegner der Kernenergie die Sorge um die Arbeitsplätze nicht nur als berechtigt anerkennen, sondern gleichzeitig aufzeigen, daß diese auch durch die Atomenergie nicht sicherer werden. Erklärungen von Vertrauensleuten, Betriebsräten und einfachen Belegschaftsmitgliedern von Atomindustrieunternehmen wie KWU oder Interatom haben gezeigt, daß trotz aller Pressionsversuche seitens der Geschäftsleitungen die Angst vor den Gefahren der Kernenergie auch bei vielen Beschäftigten der Atomindustrie die Arbeitsplatzangst überwiegt, und daß die von gewerkschaftlichen Atomfilzen in Mülheim, Bensberg und Brokdorf organisierten De-

WILLI MÜNZENBERG
BUCHVERSAND GmbH
BERGSTR.1 2900 OLDENBURG

Endlich erschienen:

KKW-BUCH-LISTE

Über 50 kommentierte Buchtitel zu den Themen Atomindustrie, KKWs, Bürgerinitiativen usw.

Bitte gegen 50 Pfg. Rückporto anfordern.

Willi Münzenberg
Buchversand GmbH
Bergstraße 1
2900 Oldenburg

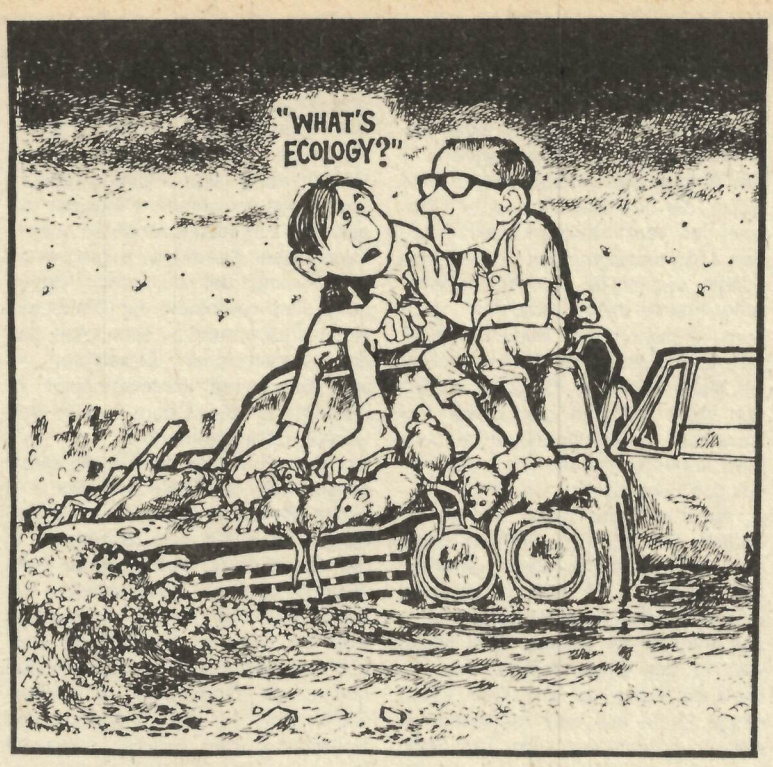
monstrationen für den AKW-Bau keineswegs die ungeteilte Zustimmung der Belegschaften hatten.

Widerstand für welche Zukunft?

Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie haben fundamentale Fragen in die Diskussion gebracht, die bei den bislang in den Gewerkschaften zentral diskutierten Problemen von Lohn, Arbeitsbedingungen usw. nicht oder nur am Rande thematisiert wurden.

Die Diskussionen um die Atomenergie haben insbesondere das viele Jahre auch in der Linken weithin tabuisierte Dogma des "wirtschaftlichen Wachstums" und "technischen Fortschritts" erschüttert. Offener als noch vor einigen Jahren wird heute auch in der BRD – wie bereits seit längerem z. B. in Frankreich durch A. Gorz und die "Ökologisten" – darüber diskutiert, ob wir ein "Wirtschaftswachstum" weiterhin positiv einschätzen, das vor allem zur Herstellung neuer Maschinen dient, die selbst wieder Maschinen produzieren, mit denen noch größere und technologisch weiterentwickelte Maschinen erzeugt werden, die sich zugleich im Besitz einer immer kleineren Zahl von Menschen befinden, während die anderen erleben müssen, wie der allgemeine Lebensstandard trotz "Wachstums" stagniert oder sinkt, wie die Welt um sie herum immer unbewohnbarer wird und die Vernichtung der Menschen als Folge des "technischen Fortschritts" unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu einer immer realistischeren Perspektive wird.

Die in der Arbeiterbewegung jahrzehntelang fast ausnahmslos akzeptierte Überzeugung, daß man als Sozialist nicht gegen den "technischen



Fortschritt" sein dürfe, sondern daß es darum gehe, die Technologie den Kapitalisten zu entreißen, um sie unter sozialistischen Produktionsverhältnissen zu voller Entfaltung zu bringen, wird heute nicht mehr überall unkritisch geteilt. Bis zu welchem Punkt wollen wir – auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen – überhaupt die Technisierung unseres Lebens vorantreiben? Wo droht – auch im Sozialismus – eine allzu weitgehende Automatisierung und Vertechnisierung des Lebens, den Wunsch nach einem wirklich selbstbestimmten Leben unter "technologischen Sachzwängen" zu ersticken? Kann es unter bestimmten Voraussetzungen für Sozialisten gerechtfertigt sein, zum "Maschinenstürmer" zu werden? Was von dem, mit dem wir heute umgeben sind, entspricht wirklich unseren Bedürfnissen, ist also tatsächlich "Fortschritt"? In welcher Weise würden wir leben, arbeiten und konsumieren, wenn uns nicht die Verfügungsgewalt über unser Leben genommen wäre?

Die mit der Ausbreitung der Atomenergie, der Entwicklung neuer Waffensysteme, der Erzeugung immer gefährlicherer chemischer Produkte usw. wachsenden Risiken zeigen ebenso wie die drohende Erschöpfung bestimmter Rohstoffe, die näherrückende völlige Verseuchung der Luft, der Meere und des Landes, daß es auf dem bisherigen Weg nicht mehr unbegrenzt weitergehen kann, den bis heute u. a. die Gewerkschaften noch grundsätzlich bejahen: die kapitalistische Wachstumsideologie zu akzeptieren, die Qualität dieses Wachstums aber nicht zu hinterfragen und mit dem Hinweis auf die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen letztlich jede langfristige Kapitalstrategie hinzunehmen, die Wachstum und Arbeitsplätze – und sei dies auch noch so kurzsichtig – zu garantieren scheint.

Die Gewerkschaften unterwerfen sich – indem sie sich auf die Ebene der Wachstumsfetischisierung begeben – der kapitalistischen Rationalität: mit dem, wenn auch eingeschränkten, Ja zur Kernenergie stehen sie grundsätzlich hinter der herrschenden Kapitalstrategie des Wachstums um jeden Preis als Voraussetzung zur Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses. Daß sie zugleich die schlimmsten Auswirkungen der Durchsetzung dieser Strategie durch die Betonung ihres Umweltschutzbewußtsein, ihres ausdrücklichen Interesses an Erhaltung der Arbeitsplätze und der größtmöglichen Sicherheit beim Bau von AKW abzumildern versuchen, macht diese grundsätzliche Entscheidung nicht ungeschehen. Diese Tatsache hat die Opposition gegen die gewerkschaftlichen Atomlobbyisten immer wieder aufzugreifen, will sie sich nicht auf eine Diskussion über etwas mehr oder weniger Atomenergie, unterschiedlich riskante Verfahren der Atomstromgewinnung o. ä. beschränken lassen, sondern an Hand der Kernkraftproblematik die grundsätzliche Diskussion über die herrschenden Wachstums- und Fortschrittsideologien und ihnen entgegengesetzte Alternativen eines nicht nur dem Namen nach selbstbestimmten Lebens des Menschen ein Stück vorantreiben.

Neue Broschüren: Reihe Betrieb und Gewerkschaft

Materialien zur Gewerkschaftsdiskussion, 120 Seiten, broschiert, DM 5.--.

In den letzten Jahren haben sich nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik einschneidend verändert. Auch die Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit waren mit Einsetzen der Krise tiefgreifenden Veränderungen unterworfen. Wie sollen sich Sozialisten unter den gegenwärtigen Bedingungen gegenüber den Gewerkschaften verhalten? Wie beurteilen Sozialisten heute die Politik der Gewerkschaften? Welchen Stellenwert hat für Sozialisten die Arbeit in den Gewerkschaften?

Diese Fragen werden im Sozialistischen Büro seit längerer Zeit intensiv diskutiert. Den Diskussionsprozeß nachvollziehbar zu machen, ist Ziel dieser Broschüre. Sie enthält Materialien, die keinen abgeschlossenen Diskussionsstand wiedergeben, sondern vielmehr dazu beitragen wollen, die Diskussion um Bedingungen, Möglichkeiten, Grenzen und Stellenwert gewerkschaftlicher Arbeit von Sozialisten unter den gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik ein Stück voranzubringen.

Schwerpunkt der Broschüre ist die im Arbeitsbereich Betrieb und Gewerkschaft des SB in letzter Zeit geführte Diskussion über sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Im zweiten Teil wird der Stand der Gewerkschaftsdiskussion in den Arbeitsfeldern des SB (und zwar in den Bereichen Bildungsarbeit, Sozialarbeit, Gesundheitswesen und Schule) dokumentiert. Diese Broschüre ist ein erster Versuch, den Diskussionsprozeß im SB zur Gewerkschaftsfrage ausführlich darzustellen und für Kolleginnen und Kollegen, die an den bisherigen Diskussionen nicht unmittelbar beteiligt waren, nachvollziehbar zu machen. ★

Johann Schneider, Interessen und Interessenpolitik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, ca. 120 Seiten, broschiert, DM 6.--.

Der Autor versucht, ausgehend von der allgemeinen Problematik von Interessen und ihrer organisierten Vertretung in einer kapitalistischen Gesellschaft, die besondere Situation des öffentlichen Dienstes zu untersuchen. Während über die Gewerkschaften im privatwirtschaftlichen Sektor und die dortigen Auseinandersetzungen und Klassenkonflikte eine Menge Literatur vorliegt, blieb der öffentliche Dienst lange ausgesperrt. Er wurde häufig mit dem staatlichen Herrschaftsapparat identifiziert, der als solcher allenfalls im Klassenkampf von oben eine objektive Rolle spielt und in dem eine vergleichsweise geringere Anzahl von Lohnarbeitern oder potentiell kritischen Leuten beschäftigt ist. Beide Ansichten erweisen sich immer mehr als falsch. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren eine Großzahl kritischer Intellektueller und Genossen in den öffentlichen Dienst gegangen ist und damit vor neuen Problemen stand, die nicht einfach mit dem Rekurs auf "Lohnarbeit und Kapital" gelöst werden können.

Es wurde zunehmend notwendig, sich mit den spezifischen Konflikten, Ideologien und Organisationen des öffentlichen Dienstes auseinanderzusetzen, um dort politische Arbeit machen zu können. Aus diesem Grund gibt es seit einiger Zeit sowohl Versuche, den Staatsapparat und seine Angehörigen theoretisch abzuleiten oder eine Theorie des öffentlichen Dienstes zu entwerfen, als auch eine Vielzahl von Einzelberichten über Konflikte und Beiträge zu einer Strategiediskussion für einzelne Gruppen, z. B. Lehrer oder Sozialarbeiter. Die Arbeit von Johann Schneider versucht – aufbauend auf diesen unterschiedlichen Beiträgen –, nicht nur einen allgemeinen Überblick über die Probleme und Tendenzen von Interessenpolitik zu geben, sondern sie auch in einen systematischen Zusammenhang zu stellen. ★

Die Broschüren der Reihe Betrieb und Gewerkschaft können gegen Vorauszahlung (in Briefmarken, Bargeld oder als V-Scheck der Bestellung beifügen) direkt bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4; die Broschüren sind jedoch auch in jeder linken Buchhandlung erhältlich. ★

Verbot des Göttinger "Terror"-AStAs oder wer terrorisiert wen?

Seit einigen Wochen ist der AStA der Universität Göttingen schärfsten Angriffen des Rektorats, des RCDS, des niedersächsischen Kultusministeriums, des Bundesjustizministeriums und der bürgerlichen Presse ausgesetzt, die auf Amtsenthebung dieses "Terroristenastas" hinauslaufen.

Am 25.4.1977 wurde vom AStA Göttingen, der von einer "Sozialistischen Bündnisliste" (KB, GIM, Unorganisierte) und der "Bewegung undogmatischer Frühling" (Spontis) gestellt wird, in der AStA-Zeitung "Göttinger Nachrichten" ein Artikel veröffentlicht mit dem Titel "Buback – ein Nachruf" unterzeichnet mit "Mescalero".

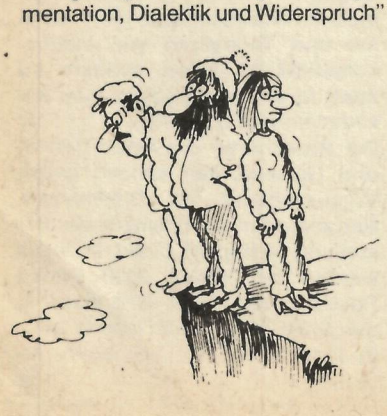
Am 28.4. fordert der RCDS in einem offenen Brief den Rektor unter Androhung einer Dienstaufsichtsbeschwerde auf, wegen dieses Artikels gegen den AStA vorzugehen. In den folgenden Tagen erscheinen in mehreren Zeitungen wegen dieser Vorfälle Artikel, die den Göttinger AStA in Terroristenkreise einordnen. Am 3.5. stellt der Göttinger Rektor Beug dem AStA folgende Forderungen:

– keine Weiterverbreitung der "Göttinger Nachrichten",
– der AStA hat sich binnen einer Woche von dem Artikel zu distanzieren,
– Wiedererstattung der Druckkosten der "Göttinger Nachrichten",
– keine Verbreitung allgemeinpolitischer Aussagen durch den AStA.

Weitere Maßnahmen folgen:

– vom Justizminister Vogel wird Anzeige wegen "Verunglimpfung des Andenkens Toter" gestellt,
– es wird Anzeige gegen Hersteller und Verteiler der GN gestellt,
– im Landtag wird die Auflösung der verfaßten Studentenschaft gefordert.

Was veranlaßte den Staat und die Rechten, in dieser massiven Weise zuzuschlagen? Wenden wir uns dem Artikel zu, der Anlaß dieser Hatz war. Es handelt sich um eine subjektive, spontane Äußerung eines Genossen, der seine Gefühle zu dem "Thema Buback" beschreibt. Er sagt selbst, daß es sich nicht um eine "solidarische Kritik "handelt, die mit "Ausgewogenheit, stringenter Argumentation, Dialektik und Widerspruch" arbeitet, sondern um "Rülpser", die "vielleicht ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse beitragen".



Am Anfang des Artikels stehen jene Sätze, die beanstandet und zum Beweis der "terroristischen Gesinnung", des AStA herangezogen wurden: "Ich konnte und wollte eine klammheimliche Freude nicht verhehlen" nach dem "Abschuß von Buback". "Ehrlich, ich bedaure es ein wenig, daß wir dieses Gesicht (Bubacks A.d.V.) nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden ..."

... Natürlich sind diese und einige andere Stellen des Artikels recht grob und klotzig, politisch unreflektiert und naiv. Er legt jedoch klar, daß er rational – nicht emotional – das Attentat an Buback nicht billigt, was in der Grundtendenz des Artikels eindeutig klar wird. Dies sollen einige Zitate aus dem inkriminierten Artikel verdeutlichen, wie "die Strategie der Liquidierung, das ist die Strategie der Herrschenden. Warum müssen wir sie kopieren?" "Wir müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen ..." "Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse und Arbeitslager sperren, und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um." "Unser Weg zum Sozialismus kann nicht mit Leichen gepflastert sein."

Es handelt sich um einen Artikel, der zu kritisieren ist und zu einer Auseinandersetzung innerhalb der Linken führen sollte, der jedoch keinesfalls Gewalt verherrlicht und Tote verunglimpft.

Dennoch läuft eine Kampagne ab, die in ihrer Schärfe und ihrem Ausmaß der Verdrehung von Tatsachen ihresgleichen sucht. Einige Dinge sind hierbei sehr auffällig. In Braunschweig wurde sofort nach den Göttinger Ereignissen ein 14 Tage alter (!) Artikel mit ähnlicher Tendenz moniert und ebenfalls Strafanzeige gestellt. Weitere Artikel in den Göttinger Nachrichten über Grohnde und über den NDR wurden angegriffen.

Zunächst durchaus sachliche Berichte im Rundfunk und in einigen liberalen Zeitungen (FR) wichen einer gleichgeschalteten Hetze gegen den Göttinger AStA. Man kann hier vermuten, daß bürgerliche Kreise diesen Buback-Artikel als quasi "willkommenen" Anlaß nehmen, in Göttingen gegen drohende Studentenoffensiven vorzugehen und in dieser Kampagne auch Einfluß auf die bürgerliche Presse nehmen. Denn eine Zeitung wie die FR kann nicht bei klarer Analyse des Artikels behaupten (Ausgabe vom 6.5.1977), daß es sich hier um ein "Musterbeispiel für blanken Faschismus" (!) handelt.

Gerade in Göttingen hat sich im letzten Jahr in der Studentenbewegung wieder etwas getan. Streiks an einzelnen Fachbereichen mündeten im Dezember in einen sehr breiten, uniweiten Streik gegen das "Niedersächsische Hochschulgesetz", gegen Regelstudium und politische Repression. Breite Mobilisierung für Grohnde und Brokdorf in diesem Jahr, sowie eine Stürmung des Rektorats anläßlich einer Fachbereichssitzung zur Verschärfung von Prüfungsordnungen, sowie verschiedene Aktionen gegen die Ermittlungsverfahren wegen eben dieser Stürmung, zeigten einen Aufschwung der politischen Bewegung. Das veranlaßte den Deutschen Hochschulverband zu behaupten, daß die "studentischen Gewalttäter" im jetzt beendeten Wintersemester ihr Zentrum an der Georg-August Universität Göttingen hatten.

Der Buback-Artikel bot hier die ideale Möglichkeit, den AStA und das politische Mandat anzugreifen, ohne daß dieser noch auf eine Sympathie in der Bevölkerung hoffen durfte, nein vielmehr noch mit Unsicherheit in der Studentenschaft selbst konfrontiert war. Ein weiteres Mal wird der Versuch unternommen, die Linke in Radikale und Gemäßigte zu spalten. Gleichzeitig wir die Einengung des Spielraums der Linken insgesamt durch neue legale Möglichkeiten wie dem verschärften Ordnungsrecht vor der Öffentlichkeit vorexerziert. Wie geschickt der Buback-Artikel als Vorwand für dieses Manöver benutzt wurde, zeigt sich in der Reaktion der Studenten in Göttingen. Auf das Ultimatum des Rektors, bis zum 11.5. zu widerrufen, reagierte der AStA mit einer Uni-Vollversammlung, die ihrerseits beschloß, an der Uni Göttingen zu streiken, um sich mit dem AStA zu solidarisieren, Erschreckend war hierbei das erstmals sehr massive Auftreten der Rechten, die auf der größten Uni-Vollversammlung, die je in Göttingen stattfand, von etwa 4.000 Leuten rund 1.000 stellten und massiv störten. Die in der Linken sehr strittige und fast "tabuisierte" Terroristen- und Gewaltfrage verhinderte eine gemeinsame Stellungnahme aller Linken, was die Solidarität im Streik auf sehr wackligen Füßen stehen läßt. Insgesamt ist bei der Stärke der Reaktion und der mangelnden Geschlossenheit der Linken noch nicht abzusehen, ob dieser Widerstand Erfolg hat, oder ob der AStA amtsenthoben wird.

In Göttingen stellt sich die Frage, ob man aus taktischen Gründen eine Selbstzensur vornimmt und sich von dem Artikel distanziert (Juso- und MSB-Position) oder ob man zur Forderung nach Pressefreiheit steht, was die Veröffentlichung auch von strittigen oder "falschen" Ansichten einschließt, wenn sie Diskussionen anregen.

Wir halten es für dringend notwendig, Solidarität mit dem Göttinger (und Braunschweiger) AStA zu üben. Einige Asten und linke Zeitungen haben z. B. den Artikel bereits nachgedruckt und somit den Versuch unternommen, das Verbot der Verbreitung bundesweit zu durchbrechen.

In Göttingen wird von Seiten der Herrschenden der exemplarische Versuch unternommen, die Linke durch absurde Assoziationsketten ("Geistiger Nährboden des Terrorismus") als Helfershelfer der "terroristischen Gewalttäter" zu diffamieren und zu kriminalisieren. Hier gilt es, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Eine Möglichkeit könnte dazu die "Initiativgruppe Göttingen für das Russell Tribunal" bieten, die sich Anfang Mai in Göttingen gegründet hat. Ein breites Spektrum von Initiativmitgliedern aus verschiedenen Gruppen (Judos bis KB) und Unorganisierten versuchen, in Göttingen die Unterstützungsarbeit für das neue Russell-Tribunal auf die Beine zu bringen. Die ersten Ansätze zu einer Antirepressionsarbeit sind schon in einigen Veranstaltungen gemacht worden, unter anderem auch zu den dargestellten Konflikten um den Bubacknachruf.

SB-HOCHSCHULGRUPPE GÖTTINGEN

Anmerkung zu diesem Beitrag

Form, Mittel, Motiv, Legitimation und Ziele des Attentats auf Buback dürfen "für uns die Alternative Solidarität oder Distanzierung gar nicht erst aufkommen lassen", schrieb D. Claussen in der letzten "links". Der Brief von Hans-Joachim Klein an den "Spiegel" hat das in erschreckender Weise noch bestätigt. Aber von derartigen "Aktionen" geht (vor allem auf Teile der Uni-Linken) ein politisch gefährlicher Solidarisierungsdruck aus, mit dem wir uns auch zukünftig auseinandersetzen müssen. Gleichwohl muß den selbstgerechten Versuchen der Kriminalisierung, wie sie bürgerliche Öffentlichkeit und Politiker gegenüber verfaßten Studentenschaften betreiben, entschieden entgegengetreten werden.

Die "links"-Redaktion

Perspektive Russell-Tribunal

Im Februar dieses Jahres rief die Russell-Foundation dazu auf, für die Unterstützung eines Tribunals über die Repression in der Bundesrepublik zu mobilisieren und breite öffentliche Unterstützung zu organisieren. Sie kündigte an, zu Ostern über die weiteren Entwicklungen in der Vorbereitung zu unterrichten. Im April konnte sie jedoch den endgültigen Startschuß für die Einrichtung des Tribunals noch nicht geben, da eine Reihe von Problemen der Organisierung von Unterstützung noch zu lösen waren. In ihrem April-Statement 'Russell Tribunal on the Berufsverbote' kündigte die Foundation an, daß sie ihren endgültigen Bericht Mitte Juni herausbringen würde.

In allen zwischenzeitlichen Gesprächen, die mit Vertretern der Russell-Foundation geführt worden sind, haben diese immer wieder mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn es auch von der Mitarbeit radikal-demokratischer, liberaler und humanitärer neben den sozialistischen und kommu-

nistischen Kräften getragen würde. Gerade der Erfüllung dieser Forderung, die von Beginn an auch vom Sozialistischen Büro erhoben und vertreten worden ist, haben sich in den letzten Monaten erhebliche Schwierigkeiten bei der Organisierung nationaler Unterstützung entgegengestellt. Angesichts der Zerrissenheit der politischen Landschaft in der BRD, den gegenseitigen Berührungsängsten und Konkurrenzen ist es trotz vieler Bemühungen nicht gelungen, ein nationales Unterstützungs-Komitee auf breiter Basis zustandezubringen. Für die Schwierigkeiten nur zwei Beispiele: die Hamburger Initiative 'Weg mit dem Berufsverbot' deklariert sich in einem Schreiben an die Russell-Foundation als der "kompetente Sprecher" der "Belange der vom Berufsverbot Betroffenen" und stellt von diesem hohen Standpunkt aus über die bisherige Initiative für ein Russell-Tribunal fest, daß sich nicht erkennen läßt, daß der "Aufruf einer Vorbereitungsgruppe aus Frankfurt" ... "neue und breitere Kräfte in den Kampf gegen die Berufsverbote einbezieht". Als Konsequenz wird den bisherigen Vorbereitern für das Russell-Tribunal in einem Brief vom 8.3.77 mitgeteilt: "Unter den gegenwärtigen Umständen und auf der von Ihnen vorgelegten Basis sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit zu Mitarbeit." Die Schwierigkeiten in der nationalen Kooperation und die Gefahren eines Mißbrauches des Russell-Tribunals für die Propagierung von Strategien, die weit ab von den Zielen des Tribunals liegen, zeigen sich auch an einer Einladung einer 'Antirepressionsgruppe Stuttgart', die in einem, der Einladung beigefügten Flugblatt u.a. die Forderung aufstellt, den Widerstand zu bewaffnen. Auch wenn mit dieser Losung die Forderung nach Solidarität mit den politischen Gefangenen verbunden wird, dürfen wir uns hier nicht in falsche Solidarisierungen zwingen lassen. Es wäre wirklich mehr als fatal, wenn der Eindruck entstünde, Russell-Tribunal und Propaganda für den „bewaffneten Kampf" hätten irgend etwas miteinander zu tun. Wer in dieser Weise das Tribunal ins Zwielicht bringt – mit dem ist Zusammenarbeit nicht möglich.

Endgültig auf der Arbeitskonferenz, die von der von uns mitgegründeten 'Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD' (INUK) einberufen worden war, wurde es deutlich, daß die dort vertretene Linke nicht in der Lage ist, eine breitere radikal-demokratische Basis zu schaffen, daß ihre "Mitglieder immer eindeutiger als Abgesandte politischer Organisationen auftraten und die Chancen einer personenbezogenen Ausweitung immer geringer wurden." Die Initiative "hat inzwischen den Charakter einer Delegiertenkonferenz einiger linker Organisationen. Die auf der Arbeitskonferenz in Frankfurt beschlossene Regelung, je zwei Vertreter der acht dort gebildeten Arbeitsgruppen in das INUK zu entsenden, bedeutet die endgültige Festlegung des INUK auf eine linkes Aktionsbündnis." (Aus dem Brief vom 30.4.1977 der SB-Projektgruppe für ein Russell-Tribunal an die Mitglieder der Initiative). Das SB hat aus dieser Situation den Schluß gezogen, daß der bisherige Versuch, nationale Unterstützung zu organisieren, nicht erfolgreich sei, es deshalb die Mitarbeit in der Initiative aufgeben und nach neuen Wegen zur Unterstützung des Tribunals suchen müsse.

Zu ähnlichen Einschätzungen sind auch andere Kräfte der bisherigen Initiative gekommen. So fordert z.B. das seit langer Zeit gegen die Repression sehr aktive 'Aktionskomitee gegen die Berufsverbote' in Berlin in einer Erklärung vom April 1977: "Die Bertrand-Russell-Peace-Foundation sollte möglichst bald die Mitglieder des Tribunals benennen und ein Sekretariat zur Vorbereitung des Tribunals bilden. Das Sekretariat sollte sich aus Personen zusammensetzen, deren Integrität und Überparteilichkeit erwiesen ist. – Die bestehende 'Nationale Initiative', die bisher einige wichtige Funktionen in der Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal wahrgenommen hat, muß sich nach der Gründung des Sekretariats auflösen".

In der Tat besteht in der Bundesrepublik die paradoxe Situation, daß von den verschiedensten Seiten her – und immer noch zunehmend – großes Interesse an der Durchführung eines Russell-Tribunals besteht, gleichzeitig aber die interessierten politischen Kräfte keine gemeinsame Basis finden, um auch organisatorisch in einem nationalen Komitee wirksam zusammenzuarbeiten. Dem muß zukünftige politische Unterstützungsarbeit Rechnung tragen. Denkbar ist, daß in Zukunft die Unterstützung 'pluralistisch' erfolgt, daß nämlich diejenigen zusammenarbeiten, die dazu gemeinsame Voraussetzungen finden. Solche Kooperation muß vor allem die lokalen und regionalen Fälle und Probleme von Repression aufgreifen, dazu Materialien und Untersuchungen produzieren, die dem Tribunal als Beweismaterial vorgelegt werden können, Öffentlichkeitsarbeit leisten und die finanzielle Unterstützung des Tribunals sicherstellen.

Für eine solche Arbeit gibt es allerdings zwei Bedingungen: Die Thematik des Tribunals darf nicht auf die Berufsverbote beschränkt werden, wie es die Erklärung der Foundation vom April anzudeuten scheint. Die offizielle Anwendung des Radikalenerlasses ist nur ein Teil der Repression in der BRD, der zunehmend sogar noch verschleiert wird, indem de facto Berufsverbote durch andere vorgeschobene Begründungen praktiziert werden. Zur Repression gehören aber auch die repressive Gesetzgebung, durch die legale Unterdrückung demokratischer Rechte praktiziert wird, Abhör- und Lauschaktionen und ihre Rechtfertigungen, Einschränkungen der Verteidiger- und Strafgefangenenrechte, Polizeigesetze und Auslegung bestehender Gesetzgebung im Sinne brutaler Anwendung von Gewalt gegen demokratische Opposition und Bürgerinitiativen, Einschränkung freier Meinungsäußerungen usw. bis hin zur Praktizierung des Radikalenerlasses in der Privatwirtschaft mit Hilfe des Verfassungsschutzes. Freilich kann das Tribunal nicht Repression in der kapitalistischen Gesellschaft dieses Landes schlechthin untersuchen, kann nicht politische Entwicklungen analysieren oder gar Strategien zur Überwindung von Repression erörtern. Das überschritte den Charakter eines Tribunals; dies auf Grund der Ergebnisse des Tribunals zu leisten, ist Sache der verschiedenen interessierten politischen Gruppierungen.

Die zweite Voraussetzung für eine solche 'pluralistische' Unterstützung ist, daß möglichst schnell nun mit der Einrichtung eines Sekretariats für das Tribunal und der Berufung der Tribunalmitglieder begonnen wird, damit ein deutliches Zeichen für den Beginn seiner Arbeit gesetzt wird.

Es steht zu erwarten, daß beide Voraussetzungen für eine 'pluralistische' Unterstützung des Tribunals auf breiter politischer Basis bald geschaffen werden.

In einer gemeinsamen Sitzung des Arbeitsausschusses des SB und der "SB-Projektgruppe Russell-Tribunal" wurde entsprechend dieser geänderten Situation und den zu erwartenden Entwicklungen übereinstimmend festgestellt:

- daß wir die INUK nicht länger für eine geeignete Ausgangsbasis für ein Nationales Unterstützungskomitee halten und "keinen Sinn in einer nationalen Koordinierung der Unterstützung des Russell-Tribunals der jetzt in der INUK vertretenen Kräfte sehen, da Antirepressionsarbeit vor allem im lokalen Bereich geleistet werden muß;"
- "daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zur politischen und finanziellen Unterstützung des Russell-Tribunals beitragen werden;" und
- daß dort, „wo aus lokalen oder thematischen Zusammenhängen Kooperation mit anderen Gruppierungen politisch sinnvoll ist, die jeweils betroffenen Gruppen oder Arbeitsfelder des SB sich daran beteiligen oder solche Zusammenarbeit vorschlagen werden." (Protokollauszüge der Sitzung).

SB-PROJEKTGRUPPE RUSSELL-TRIBUNAL

Die Projektgruppe hat ihre Einschätzung des Stellenwertes des Tribunals in einem Papier 'Sozialisten und Russell-Tribunal' dargelegt. Gegen Einsendung von DM 2,50 in Briefmarken kann der Text vom Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, bezogen werden.

Hamburger Kundgebung 7. Mai

Bild Gunter Zint

Hamburger Aktionswochenende gegen Repression

Nachdem das Springerblatt "Die Welt" vergebens mit Falschmeldungen versucht hatte, die Veranstaltung "Deutschland – Modell Europa?" zu kriminalisieren (und Bundesgrenzschutz und Polizei untätig um das Untersuchungsgefängnis herumstehen mußten, das die „Anarchos" mit den Teilnehmern der Veranstaltung angeblich stürmen wollten), fand vom 6.5. bis 8.5.1977 ein Antirepressionswochenende in Hamburg statt. Aufgerufen hatte zu dieser ersten großen öffentlichen Veranstaltung (seit über ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD diskutiert wird) die "Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal", in der SB, KB, GIM, ESG, Jungdemokraten, Mitglieder der Hamburger Hochschullehrerinitiative gegen die Berufsverbote, Arbeitsgruppen und Initiativen zu bestimmten Bereichen der Repression (Medien, Politische Gefangene etc.) und Einzelpersonen seit Januar 1977 zusammenarbeiten.

Die Hauptversammlung am 7. Mai mit gut 6.000 Besuchern war eingerahmt von zwei kleineren Veranstaltungen, eine am 6. Mai zum Thema "Verfassungsschutz" mit Diethelm Damm, Jürgen Seifert, Kurt Groenewold, die von den Jungdemokraten getragen wurde und eine weitere am 8. Mai zur Situation der politischen Gefangenen, mit den Rechtsanwälten Newerla und Elfferding.

Auf der Hauptversammlung waren Jean-Pierre Vigier, Lidia Franceschi, Erich Fried, Ingeborg Drewitz, Henrik Kaufholz und Wolf Biermann anwesend. Mit den ausländischen Delegierten waren weiterhin gekommen: Bo Schack (internationaler Sekretär des dänischen Studentenverbandes), Delegierte von VS (Venske Sozialiste), Vertreter von OCT (Organisation Communiste des Travailleurs) aus Frankreich, Gerard Soulier, Jura-Professor aus Frankreich, Vertreter von AO (Avanguardia Operaia) aus Italien,

Vertreter von Pour le Socialisme aus Belgien, Caetano Dragotto, Richter aus Rom von der Magistratura Democratica, Vertreter von MLS (Movimento di Lavoratori per il Socialismo) aus Italien.
Oscar von Alphen hatte aus den Niederlanden seine Fotoausstellung über das "MODELL DEUTSCHLAND" mitgebracht, ein Hamburger Straßentheater leitete die Veranstaltung mit Liedern und Gedichten ein, und zwischen einzelnen Beiträgen der Referenten trugen einige Hamburger Schauspieler Gedichte von Bert Brecht und Peter Paul Zahl vor.
Lelio Basso, Han Wielek, General de la Bollardiere und Jean Paul Sartre unterstützten unsere Veranstaltung durch Grußbotschaften, wobei insbesondere in den Briefen von Lelio Basso und Han Wielek die Notwendigkeit einer umfassenden Untersuchung der Repression in der BRD herausgestellt wurde, was den kürzlichen Vorschlag der Russell-Peace-Foundation, ein "Tribunal on the Berufsverbote" durchzuführen, noch einmal problematisieren sollte. Auch die anwesenden Redner waren sich darüber einig, daß die Berufsverbote nur die Spitze eines Eisberges darstellen und betonten mehrfach, daß ein Untersuchung nur dieses Bereichs der Repression der gegenwärtigen Situation in der BRD keinesfalls gerecht wird. Ein entsprechender Brief an die Russell-Peace-Foundation, hinter den sich ausdrücklich Henrik Kaufholz, Ingeborg Drewitz, Erich Fried und Jean-Pierre Vigier stellten, wurde von den mehr als 6.000 Anwesenden mit weniger als 10 Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet.
Die Veranstaltung ist eindeutig als großer Erfolg zu bewerten. Ohne diesen Erfolg schmälern zu wollen, halten wir es doch für wichtig, auch die Problematik einer solchen Großveranstaltung herauszustellen, die in einigen Punkten recht deutlich wurde:
– Vorbereitung und Zeitaufwand sind erheblich;
– Diskussionsmöglichkeiten gibt es kaum (der ursprüngliche Plan, am Sonntag mehrere Termine für weiterführende Veranstaltungen anzubieten, mußte fallengelassen werden, da trotz vorheriger Zusage die Räume verweigert wurden);
– die Redner bezogen sich wenig aufeinander, so daß auch auf dem Podium keine Stellvertreterdiskussion entstehen konnte.
Ein kontroverser Dialog – in Form von Zwischenrufen und Antworten – entwickelte sich daher nur bei den Auftritten von dem Genossen Wolf Biermann. Seine anfänglichen Bedenken, in einen "Sektenkarton" gesteckt zu werden, wurden wie er sagte, durch den Verlauf der Veranstaltung ausgeräumt. Er versprach im Herbst wiederzukommen und dann ein Lied mitzubringen, das "uns auch etwas nützen kann", nämlich zur AKW-Problematik.
Weiter ist positiv zu vermerken, daß über die durch die Veranstaltung selbst erreichte Öffentlichkeit hinaus die Medien relativ breit über das geplante Russell-Tribunal und über die Veranstaltung berichteten. Abgesehen von den erwähnten Artikeln in der "Welt" kamen ziemlich faire Meldungen in mehreren Tageszeitungen (z. B. FR) und im Rundfunk (z. B. NDR).
Auch hat die bisherige Arbeit gezeigt, daß eine konkrete Zusammenarbeit von verschiedenen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen möglich ist, auch, und gerade weil die politischen Differenzen nicht eingeebnet werden. Vor allem die gemeinsam getragene Mobilisierung ist zu erwähnen (Flugblatt, Plakat, Presseerklärungen, Brief an die Russell-Foundation). So lassen die bisherigen Arbeitserfahrungen eine mittelfristige Perspektive erwarten. Es sind, neben einer weiteren größeren Veranstaltung über Zensur und Selbstzensur im Juni, und um das politische Interesse nach einer Veranstaltung nicht verpuffen zu lassen, von der Hamburger Vorbereitungsgruppe getragene Diskussionsrunden vorgesehen, die eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit im kleineren Rahmen ermöglichen sollen.
Zur Zeit wertet die Hamburger Vorbereitungsgruppe gemeinsam die Veranstaltung "Deutschland – Modell für Europa?" aus und wird mit einer Dokumentation, die die Reden, Grußbotschaften und Reaktionen in den Medien enthält, an die Öffentlichkeit treten – eine Öffentlichkeit, die wir unbedingt brauchen, weil "wir verhindern wollen, daß der latente Faschismus sich biedermännisch als Antikommunismus tarnen kann, während er sich in der Demokratie einnistet." (I. Drewitz) **SB-PROJEKTGRUPPE "RUSSELL-TRIBUNAL"-HAMBURG**

Verstärkte Kooperation in der sozialistischen Osteuropa-Arbeit

Zur Intensivierung der überregionalen Diskussion trafen sich am 7. und 8. Mai Gruppen des Sozialistischen Osteuropakomitees – SOK (Hamburg, Berlin, Gießen, Kassel), die SOAK Druck- und Verlags-Kooperative Hannover und die Gruppe Listy-Blätter (Organ der tschechoslowakischen sozialistischen Opposition – Frankfurt). Die Erfahrungen mit der redaktionellen Arbeit am Info des SOK und mit Veranstaltungen der einzelnen Gruppen waren der Schwerpunkt der Diskussion, mit der das Treffen vom Februar 1976 fortgesetzt wurde, auf dem eine erste Zusammenarbeit vereinbart worden war.
Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit der Gruppen steht die Arbeit am Info, das seit 1973 erscheint. Hier werden authentische, zumeist unveröffentlichte Dokumente der Opposition in Osteuropa in deutscher Sprache abgedruckt und kommentiert. In Zukunft soll versucht werden, die Dokumente intensiver zu kommentieren und einzuschätzen, um auch weniger Informierten eine Auseinandersetzung mit ihnen zu ermöglichen. Hierfür werden künftig auch mehr aktu-

Prozeß gegen Bundeswehroffizier

Ohne große Öffentlichkeit gingen bislang die Prozesse gegen den ehemaligen Bundeswehroffizier Peter Schreiber "über die Bühne" der bundesdeutschen Justiz. Am 18. August 1975 wurde Peter Schreiber durch die Staatsschutzkammer des Oldenburger Landgerichts zu einer Geldstrafe von DM 1.800.--, ersatzweise 90 Tage Haft, verurteilt. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob der Bundesgerichtshof am 3. März 1976 dieses Urteil auf. Peter Schreiber wird demnächst wieder vor Gericht stehen. Eine höhere Strafe soll gegen ihn verhängt werden. Es ist mit Gefängnis ohne Bewährung zu rechnen. Was wird Peter Schreiber eigentlich vorgeworfen? Nicht mehr und nicht weniger, als presserechtlich für die "Delmenhorster Kasernenzeitung" verantwortlich gezeichnet zu haben. Aufhänger waren zunächst Strafanzeigen zweier Offiziere wegen Beleidigung und übler Nachrede und Störpropaganda. Bereits die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft aber machte deutlich, worum es tatsächlich geht: die §§ 89 (Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane) und § 109d (Störpropaganda gegen die Bundeswehr) StGB waren bereits in den Mittelpunkt gerückt.

Beweismaterial für die Verurteilung nach diesen Paragraphen ist nicht mehr eine einzelne sogenannte "Entgleisung", sondern eine breite Zitatensammlung aus allen Publikationen der AGD (Antimilitaristische Gruppe Delmenhorst), d. h. Äußerungen und Formulierungen, wie sie in allen linken Publikationen zu finden sind. Genau hier erweist sich der Angriff gegen Peter Schreiber und die "Delmenhorster Kasernenzeitung" als Angriff gegen die gesamte Linke.
Das Urteil der Staatsschutzkammer mit DM 1.800.-- reichte der Staatsanwaltschaft nicht. Der Revisionsantrag gipfelte in der Forderung nach einer Verschärfung der Strafe. "Der Gedanke der Rechtsordnung als wesentlicher Leitgesichtspunkt der Strafzumessung (hätte) stärkeres Gewicht verlangt und eine Geldstrafe nur bei Vorliegen ganz besonderer Gründe gerechtfertigt erscheinen lassen." Das Gericht habe "offensichtlich nicht in den Kreis seiner Überlegungen einbezogen, daß bei einem ersichtlich fanatischen (!) Ideologietäter eine Geldstrafe ohne Wirkung auf das künftige (!) Leben des Täters in der Gesellschaft sein wird".
(Quelle: Dokumentation Peter Schreiber, siehe "links" 88, Seite 8, Anzeige)

(Aus der Postkartenserie von Schaffernicht; siehe Kleinanzeigen 6/9, Seite 25)

elle Kurzinformationen aus den einzelnen osteuropäischen Ländern chronologisch veröffentlicht. Die Erhöhung des 'Gebrauchswertes' des Infos soll eine ernsthafte Diskussion mit den Gewerkschaften, Amnesty International, den Evangelischen Studentengemeinden, den Asten sowie den Jusos, dem SB u. a. in Gang setzen. Daher wird sich das SOK in Zukunft stärker mit Einstellungen linker Gruppen in der BRD zur sozialistischen Opposition in Osteuropa und mit Veröffentlichungen in linken Zeitschriften auseinandersetzen.

Um die Diskussion der einzelnen anwesenden Gruppen weiterzuführen und um gemeinsame Beiträge des SOK zu erarbeiten, wird im Sommer eine weitere Tagung durchgeführt (siehe Kasten). Die Unterstützung der sozialistischen Opposition in Osteuropa wurde von allen als wichtiger Bestandteil der Arbeit von Sozialisten in der Bundesrepublik gesehen und dürfe keinesfalls auf die exilierten Genossen abgeschoben werden. Die intensive Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in Osteuropa ist eine wichtige Bedingung zur Durchbrechung des Antikommunismus der Bevölkerung in unserem Land und somit eine entscheidende Voraussetzung der Arbeit von Sozialisten. So soll z. B. durch vermehrte Darstellung des Arbeitsalltags und seiner Kritik die Möglichkeit zur Diskussion dieser Bereiche in und mit den Gewerkschaften geschaffen werden. Darüber hinaus wollen die Gruppen durch die Analyse der Wirkungen des Eurokommunismus auf Osteuropa einen Beitrag zur laufenden Strategiedebatte der westlichen Linken leisten. Die einzelnen, am SOK beteiligten Gruppen werden weiterhin Veranstaltungen durchführen. So sind zum neunten Jahrestag des Einmarsches in die CSSR am 21.8.1977 und zur Buchmesse Veranstaltungen geplant. Die SOKs fordern alle an der Unterstützung der sozialistischen Opposition in Osteuropa interessierten Genossen zur Mitarbeit in den Gruppen und an den Veranstaltungen auf (siehe Kontakadressen, über die weitervermittelt wird). Das SOK will vermehrt mit interessierten Wissenschaftlern in Kontakt treten, um ihnen aktuelle Informationen zu übermitteln, aber auch um ihre Mitarbeit und die Kooperation untereinander zu intensivieren. Die Genossen, die über Osteuropa arbeiten, werden gebeten, in Stichworten ihr Arbeitsgebiet anzugeben (so bearbeiten schon jetzt Genossen die Gebiete Ökonomie, Ökologie/Kernkraft, Bildung/Kultur in verschiedenen osteuropäischen Ländern). Sie werden dann über die Hamburger Adresse die Ergebnisse dieses Aufrufs erhalten. Auch für das Info wird um die Zusendung von Beiträgen und aktuellen Informationen aus Osteuropa gebeten.

JAN KUHNERT

Nächste Tagung des Sozialistischen Osteuropakomitees

Die Gruppen des Sozialistischen Osteuropakomitees führen eine weitere Tagung durch über

- **die Kernkraftwerke bzw. Ökologieprobleme in Osteuropa,**
- **die Einschätzung der sozialistischen und bürgerlichen Opposition in Osteuropa und**
- **die weitere Osteuropa-Arbeit der bundesrepublikanischen Sozialisten.**

Ort: Tagungsräume der SOAK Druck- und Verlagskooperative, 3 Hannover, Am Taubenfeld 30.
Termin: 22./24. Juli 1977.
Anmeldung und Vorbereitungspapiere über die Hamburger Adresse.
Kontaktadressen:
Sozialistisches Osteuropakomitee, 2000 Hamburg 13, Postfach 2648.
1000 Berlin 30, Postfach 4147.
Gruppe Listy – Blätter, 6000 Frankfurt, Postfach 3602.

Treffen der Alternativpresse

Auf dem 4. Treffen der Alternativpresse, das am 23./24. April in Frankfurt stattfand, waren Vertreter von 45 Alternativzeitungen aus der BRD, Westberlin, der Schweiz und Frankreich anwesend.

Unter dem Namen "Alternativpresse" finden sich Zeitungen und Projekte sehr unterschiedlicher Art zusammen: so bestehen erhebliche Differenzen zwischen Zeitungen auf dem Land und denen der Städte. Und es gibt Widersprüche unter den Stadt-Zeitun-

kleinanzeigen

(6/1) "Die Freude zur Waffe machen" – **Dokumentation zum Arbeitskampf bei Volvo** Dietzenbach 1976. Gegen Vorauszahlung von DM 4.-- auf das Sonderkonto Nr. 1760679101 Bank für Gemeinwirtschaft Dietzenbach – Arbeit und Leben, Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach zu beziehen.
(6/2) Schwuchtel – **Zeitung der Schwulenbewegung** Nr. 7 enthält u. a. ein Gespräch mit Hans Eppendorfer über die Gefängniswelt, Interview mit Prof. Sigusch zur Stereotaxie und weitere Beiträge zum Thema "Schwule und Knast". Gegen Vorauszahlung von DM 3,75 PSK 75702-105 G. Hoffmann, Sonderkonto, Westberlin
(6/3) **Vierte Welt Aktuell** Nr. 5 – Sonderausgabe zu dem Film "Kurden und Araber" oder wie ein DKP-nahes Filmteam die Kriegsverbrechen an den Kurden verschleiert. Die 16-seitige Dokumentation ist gegen Voreinsendung von DM 1.-- zu beziehen über Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2 Hamburg 13
(6/4) Sonderausgabe von Pogrom **"Kurdistan – Militärisch besetzte Kolonie"**, eine 120-seitige Dokumentation zur Geschichte und heutigen Situation in Kurdistan mit Beiträgen von Sartre, Jürgen Roth u. a. Gegen Voreinsendung von DM 10.-- zu beziehen über Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2 Hamburg 13
(6/5) **Deutsch-brasilianisches Atomgeschäft** – Kommentare, Analysen und Dokumente, sowie die Stellungnahme von Bürgerinitiativen zu Problemen der Kernenergie. Gegen Voreinsendung von DM 3.-- bei der Arbeitsgemeinschaft kath. Studentengemeinden – AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn zu beziehen.
(6/6) **Der Campesino** Nr. 17/18 – Informationsblatt für den Freundeskreis der US-Landarbeitergewerkschaft berichtet über die aktuelle Situation in der UFW, das Leben eines Wanderlandarbeiters u. a., Bezug: Gegen eine Briefmarkenspende bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Jebenstr. 1, 1 Berlin 12
(6/7) **Montags-Notizen** – Zeitung Hamburger Wohngemeinschaften Nr. 22 berichtet über alternative Wohnformen, die Sterilisation von Männern u. a., Bezug: Mono-Humanes Wohnen e. V., Postfach 103121, 2 Hamburg 1
(6/8) **Postkarten** (16 Motive: Anti-AKW, Familie, Schule, Wohnen, Rollenverteilung, Erziehung) gegen Voreinsendung von DM 7.-- + DM 1,70 Porto zu beziehen über: Progressiver Eltern- und Erzieherverband, Bahnhofstr. 74/76, 465 Gelsenkirchen
(6/9) **Postkartenserie** "Deutschland, Deutschland" – 12 Stimmungsbilder von Christian Schaffernicht (siehe Abbildung S. 24); Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 5.-- über Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1 Berlin 41
(6/10) **4 Postkarten** – Keine Energielandschaft Hotzenwald zur Unterstützung der Bürgerinitiative. Gegen Voreinsendung von DM 2.-- bei der GEHO, Zelgstr. 10, 7867 Wehr

FILM/THEATER/KULTUR

(6/11) DIA-Tonbildschau **"Zivildienst heute"** behandelt die Situation des Zivildienstes in der BRD und informiert über Einsatzmöglichkeiten. Die Verleihgebühr beträgt DM 25,--; kann über Erwin Einsenhardt, Goethestr. 16, 7253 Renningen, Tel. 07159/8127 bezogen werden
(6/12) **Lieder aus dem Hotzenwald** – "Salpetererlieder und Balladen aus dem 18. - 20. Jahrhundert". Gegen Vorauszahlung von DM 20.-- (Scheck) über die Salpeterer, Oberdorfstr. 29, 783 Emmendingen-Maleck zu beziehen.
(6/13) **Lieder aus dem öffentlichen Dienst** – alte und neue Lieder von Hans Helmut Decker-Voigt geschrieben und gesungen. Preis DM 19.--, Bezug: Thomas Verlag, Eugen Richter Str. 10, 4 Düsseldorf 30. Vereinbarungen über Auftritte in Jugendzentren, Clubs etc. mit anschließender Diskussion ebenfalls über den Verlag.
(6/14) **"Wir kämpfen um unser Leben"** – ein Film über die Unterdrückung und den Widerstand der Landarbeiter in den USA im heißen Sommer 1973; 60 Min/16 mm color. Verleih gegen eine Spende ab DM 100.-- bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebenstr. 1, 1 Berlin 12
(6/15) **Anti-AKW-Theater und Liedermacher:** a) "Ei was strahlt denn hier" – Theaterstück des Karl Napp-Chaos Theater c/o Frankfurter Kulturzentrum e. V., Maybachstr. 24, 6 Frankfurt, Tel. 0611/526768; b) Straßentheater der Nürnberger Kernkraftwerksgegner, Kontakt über Komm-Zeitung, Königstr. 93, 85 Nürnberg, Tel. 0911/223647; c) Lieder zu KKW und Umweltschutz von Jan Koneffke u.a., Kontakt über Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz, Frankfurterstr. 44, 61 Darmstadt, Tel. 06151/291419 (17-19 Uhr)

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(6/16) Jugendclub in einem sozialen Brennpunkt in Frankfurt sucht zum 1.7.77 einen **Zivildienstleistenden** möglichst mit juristischer Vorbildung. Zuschriften unter Chiffre 6/16 an Sozialistisches Büro
(6/17) **Sozialarbeiterin** sucht dringend Arbeit im Raum Osnabrück und Umgebung. Erfahrungen in offener Gruppenarbeit mit Kindern und im jugendfürsorgerischen Bereich. Barbara Kettler, Holtstr. 22, 45 Osnabrück
(6/18) **Sozialpädagoge** (29, verh., Elektriker, 4 J. Bw) sucht zum Frühjahr 1978 Stelle fur das Berufspraktikum im Raum Norddeutschland, in den Tätigkeitsbereichen Jugendwohngruppen – Jugendarbeit – Jugendamt. Claus Bleckwehl, Zabel-Krüger-Damm 52, 1 Berlin 28

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(6/19) Wir, Soz.päd. (22 w) und Stud. Germ./ Phil. (24 m) suchen Paar, welches mit uns im Raum Dortmund **Wohngemeinschaft** aufbauen möchte. R. Oshege, Oespeler Dorfstr. 3, 46 Dortmund 76

MATERIALIEN GESUCHT

- Thema: Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerung. Unkosten werden erstattet, Klaus Kucharski, Wredestr. 2, 3 Hannover, Tel. 0511/808578
- Thema: Theorie- und Praxisberichte zur Obdachlosenarbeit, Kindercentrum Riemekepark, Schulstr. 35, 479 Paderborn
- Thema: Frauenwohnheime/Frauenhäuser, Bettina Hinz-Dietrich, Rheinstr. 117, 62 Wiesbaden
- Thema: Alternative Projekte im Bereich der psycho-sozialen Versorgung, Anne Sensmeyer, Babenend 5, 29 Oldenburg, Tel. 0441/681948

TERMINE

- Straßenmusik-Festival in Dortmund vom 24.-26..6.1977, Anmeldung: Aktionsgemeinschaft Straßenmusik c/o Günther Faust, Wörthstr. 63, 46 Dortmund
- Reise nach Dänemark zur Tvind Skolerne, ein alternatives Kommunikationszentrum mit verschiedenen Projekten. Kosten max. DM 200.--, einschl. Busfahrt, Unterkunft und Verpflegung, 17.-19.6.77. Vorbereitungsseminar in Duisburg, 20.-24.6.77 Aufenthalt in der Tvind Skolerne; Anmeldung: Zentrum Esch-Haus, Niederstr. 32/34, 42 Duisburg 1, Tel. 0203/25141
- Bundestreffen fortschrittlicher Juragruppen am 23./24.7. in Saarbrücken, Informationen: AKKJ Uni des Saarlandes, Bau 14, 66 Saarbrücken
- Pressefest zum Geburtstag der Hildesheimer Initiativ-Zeitung am 11.6. in Hildesheim mit Infos, Fest, Musik-, Film- und Theaterveranstaltungen. Alle, die mitmachen wollen, wenden sich an Andreas Hartmann, Goslarsche Str. 51, 32 Hildesheim, Tel. 05121/32153
- Tagung für Psycho-Gruppen in Norddeutschland – Thema: Probleme der Zensur – vom 24. - 26.6. in Hamburg. Teilnehmerbeitrag DM 25.--, 50% Fahrtkostenerstattung, Anmeldung: AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80
- Internationales Arbeitsseminar vom 17.7. - 28.7. in der "Reisenden Schule" in Tvind/Dänemark. Informationen ebenfalls bei der AG SPAK

STAATS-DISKUSSION

Projekt Klassenanalyse

Der Staat in der BRD

Ökonomische Basis und Entwicklungstendenzen 1950–1976

160 Seiten; DM 16,–

Etienne Balibar Über die Diktatur des Proletariats

Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF. 192 Seiten; Paperback; DM 16,–.

Louis Althusser Ideologie und ideologische Staatsapparate

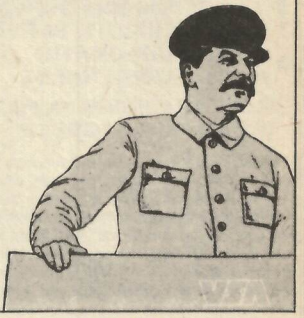
Marxismus und Philosophie. 176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Luciano Gruppi GRAMSCI Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats

176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Jean Elleinstein

Geschichte des »Stalinismus«



228 Seiten; DM 16,80

Projekt Klassenanalyse LOUIS ALTHUSSER

Marxistische Kritik am Stalinismus? 176 Seiten; DM 12,80

Nicos Poulantzas Klassen im Kapitalismus – heute 308 Seiten; DM 19,80

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

olle&wolter

G. Armanski, B. Penth, J. Pohlmann
Lohnarbeit im öffentlichen Dienst der BRD
Staatstreue oder Klassenkampf?
358 Seiten DM 19.80

Die neue Broschüre vom Aktionskomitee gegen Berufsverbote:
Gewerkschaften und Berufsverbote / 80 Seiten – DM 4,–

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE
Eine Auseinandersetzung mit dem Archipel GULag und weitere Beiträge
100 Seiten, DM 7,80

Neu im Juni
KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE
Nr. 13
ITALIEN
Dieses Heft behandelt zwei zentrale Aspekte der gegenwärtigen Situation Italiens: die politische Kräftekonstellation im Innern und die ökonomische Situation des Landes vor allem im Hinblick auf seine außenwirtschaftliche Abhängigkeit.
Beiträge von Krippendorf, Flores, Moretti, Claudin, u.a.
Einfachheft DM 6.–; Doppelheft DM 9.–; Dreifachheft DM 15.–; Abo. 4 Nr. incl. Porto DM 21.–

LATEINAMERIKA
HANDBUCH 1
Zur kapitalistischen Entwicklung und politischen Repression
Hrsg.: V. Bennholdt-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. und U. Müller-Plantenberg, W. Olle und W. Schöller
Informationen, kritische Analysen und Diskussionen in- und ausländischer Autoren stehen im Mittelpunkt des ersten Handbuches. In **Länderberichten** *werden Grunddaten und ein Abriß der jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Latein- und Mittelamerikanischen Staaten gegeben. Daneben stehen* **detaillierte Studien** *über die argentinischen Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit u. Repression in Chile u.a.,* **analytische Beiträge** *zum Problem von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum (Singer) und* **Diskussionen** *über die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika (Mires) u.v.a.*
ca. 300 Seiten, ca. DM 22,– – erscheint im Juni

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte
Berlin, 16. 21. Dezember 1918
Stenographische Berichte
Dieses Buch ist ein historisches Dokument ersten Ranges. Es protokolliert mitten im Ringen der Novemberrevolution die Auseinandersetzungen über den künftigen Weg Deutschlands nach dem Sturz des Kaiserreichs.
220 Seiten DM 24.80
Format DIN A 4

DEUTSCHE ERSTVERÖFFENTLICHUNG
244 Seiten, DM 25.-
jetzt lieferbar
Karl Marx
DIE GESCHICHTE DER GEHEIMDIPLOMATIE IM 18. JAHRHUNDERT
ÜBER DEN ASIATISCHEN URSPRUNG DER RUSSISCHEN DESPOTIE
Die Brisanz des Marx-Textes und der darin enthaltenen Problemstellungen liegt darin, daß in der scheinbar spezialisierten Diskussion über die Analyse der russischen Produktionsverhältnisse und Überbauformen die Grundlagen für eine radikale Neuinterpretation der sowjetischen Übergangsgesellschaft, des Stalinismus – samt seiner ideologischen Zersetzungs- und Abfallprodukte – gelegt werden, die über eine ideologiekritische Position hinausgeht und zu der Frage vorstößt, ob nicht in den russischen Produktionsverhältnissen und ihrer Einbettung in den Weltmarktzusammenhang die Tendenz zu Formen der ökonomischen und politischen Despotie angelegt ist.
Mit einem ausführlichen Kommentar von D. B. Rjasanov:
„Karl Marx über den Ursprung der russischen Vorherrschaft in Europa".
Mit einer Einleitung von Bernd Rabehl:
„Die Kontroverse innerhalb des russischen Marxismus über die asiatischen und westlich kapitalistischen Ursprünge von Gesellschaft, Kapitalismus und zaristischem Staat in Rußland".

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

gen: einige verstehen sich als Sprachrohr von Bürgerinitiativen – die Volksblätter, – andere ausschließlich als Kommunikationsmittel der Linken. Ein nicht unwesentliches Unterscheidungsmerkmal der Zeitungen insgesamt ist ihr Entwicklungsstand; die einen fangen erst an, die anderen erscheinen schon seit Jahren.
Trotz und wegen dieser Unterschiede besteht ein Bedürfnis nach überregionalen Kontakten als auch Zusammenarbeit. Es findet seinen Ausdruck in den Treffen, die seit dem Pfingstkongreß im letzten Jahr alle drei Monate stattgefunden haben.
Die Vielfalt der Zeitungen und Projekte, ihre unterschiedlichen Voraussetzungen (und auch Zielgruppen) bringen Schwierigkeiten mit sich. Die Treffen laufen ziemlich naturwüchsig ab, Diskussionen in den Gruppen lassen sich schwer strukturieren, und in der Zeit zwischen den Treffen gibt es selten Kommunikation, Kooperation und Koordination untereinander. Daher haben auch die persönlichen Gespräche während der Pressetreffen große Bedeutung; durch das Sich-Kennenlernen werden Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichen, besser zusammenzuarbeiten.
Auf der Frankfurter Tagung wurde vereinbart, jeweils ein zentrales Thema über bestimmte Zeiträume in der ganzen Alternativpresse schwergewichtig zu behandeln. Das ist wohl ein möglicher Ansatz, Kooperation zu realisieren und der politischen Funktion von Gegenöffentlichkeit gerecht zu werden.
Nach Diskussionen in Arbeitsgruppen einigten sich die Anwesenden auf dem Abschlußplenum in Frankfurt, hauptsächlich folgende Projekte anzugehen:

- Solidaritätsfonds – Der Fonds hat einmal die Funktion, finanzielle "Erste Hilfe" zu leisten, falls ein ihm angeschlossenes Projekt/Zeitung durch Beschlagnahme o. ä. in Schwierigkeiten gerät; zum anderen hat er die Aufgabe, die Finanzierung gemeinsam diskutierter Vorhaben (z. B. Plakate, Broschüren) zu gewährleisten.

- Archiv – Einige Zeitungen wollen nach einem gemeinsam erarbeiteten Archivschlüssel regionale Archive aufbauen.

- Beschwerdeinfo – Dieser Info wird zusammengestellt, um Gefangene, denen linke Zeitungen nicht ausgehändigt werden, über Möglichkeiten zu informieren, sich zur Wehr setzen zu können. Denn immer häufiger werden von der Justiz Zeitungen mit verleumderischen Begründungen beschlagnahmt. Dagegen soll auch gerichtlich vorgegangen werden.

Das nächste Treffen der Alternativpresse findet statt am 9., 10. und 11. September in Westberlin.
Anfragen an: Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID), Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/ 704352. Dort ist auch die Adressenliste der Alternativzeitungen erhältlich. Spenden für den Solidaritätsfonds können eingezahlt werden auf das Postscheckkonto Frankfurt Nr. 3321 90-604, Thomas Meusert, 6000 Frankfurt 50.

Priester solidarisch mit streikenden Arbeitern

„... Die Angst um die berufliche und soziale Existenz führt bei vielen zu Duckmäusertum und politischer Apathie. Verdächtigung und Gesinnungsschnüffelei gedeihen, offene Diskussion und Zivilcourage lassen nach. Die Entwicklung scheint weg von Freimut und Demokratisierung zu führen und sich auf Obrigkeitsstaat und Untertanengeist hinzubewegen".
"Wir glauben nicht daran, daß Strukturmisere und Arbeitslosigkeit in unserem Land und weltweite Wirtschaftskrise ein Naturereignis, ein unabänderliches Schicksal sind, das alle überwältigt. Dahinter stecken handfeste Interessen und gezielte Kämpfe, die auf dem Buckel der Kleinen ausgetragen werden ... Wenn die jetzige Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, den Menschen ihren existenziellen Grundanspruch auf Arbeit zu garantieren, dann müssen wir sie in Frage stellen und ändern."
Nun gut. Solche Erkenntnisse sind doch gerade an dieser Stelle schon zur Genüge zitiert worden. Was soll´s also?
Ihre Originalität und Bedeutung erhalten die Zitate weniger durch ihren Inhalt, als mehr durch ihre Autoren. Bei dieser politischen Klimabeschreibung handelt es sich um einen Abschnitt aus einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft katholischer Priester- und Solidaritätsgruppen (AGP) zum "Radikalenerlaß" und seinen Folgen aus dem Sommer 1976, der in der Öffentlichkeit, zumal in der linken, kaum beachtet worden ist. Das Repressionsklima scheint schon so übermächtig, daß nur noch registriert wird, wenn sich relevante, quantitativ ausgewiesene Gruppierungen zu Wort melden, die darüber hinaus noch in ein vorgefertigtes Bündniskonzept passen. Da fallen dann kleine, aber unorthodoxe, vor allem mutige Gruppen unter den Tisch, wie beispielsweise die AGP. Die AGP gründete sich 1970 im Sog der in der katholischen Kirche durch das II. Vatikanische Konzil, durch die Studentenbewegung und durch Rezeption der Erfahrungen von "Basisgemeinden", beispielsweise in Italien, aufgebrochenen vielfältigen Oppositionsbestrebungen unter katholischen Theologen in der BRD. Sie versuchten beharrlich, Breschen zu schlagen für politische Optionen, die sich nicht deckten mit christ-katholisch-demokratischen Wahlhirtenbriefen.
Unter dem Druck einer weitgehend reaktionären, christdemokratisch verfilzten Kirchenhierarchie, mittelständisch-konservativ geprägter Gemeinden und einer in der BRD allemal geltenden antisozialistischen Staatsdoktrin waren die Mitglieder der AGP schon zu einem Zeitpunkt zu konspirativen Überlebenstechniken gezwungen, als andere noch frank und frei sozialistische Diskussionen führen konnten.
Berufsverbote, politische Einschüchterung, Arbeitslosigkeit und SPD-Opportunismus gegenüber dem Ap-

1. Mai: Atom-Matthöfer in Hamburg

Wie im letzten Jahr gab es in Hamburg wieder zwei vom DGB getragene Demonstrationen. Eine ging vom Hafen aus, die andere von Barmbek. Beide Demonstrationen hatten jeweils etwa 15.000 Teilnehmer. Zur Abschlußkundgebung fanden sich etwa 40.000 Teilnehmer zusammen.
Im Mittelpunkt der Abschlußkundgebung stand der Auftritt Hans Matthöfers. Dessen Teilnahme war schon seit Ende letzten Jahres geplant, stieß jedoch nach den Ereignissen in Brokdorf innerhalb des DGB, u. a. bei der IG Metall, auf Widerstand. Mit knapper Mehrheit konnten sich jedoch die Befürworter von Matthöfers Auftreten, u. a. die ÖTV, durchsetzen. Den Verantwortlichen im DGB war also die Herausforderung, die Matthöfers Auftreten für die im Hamburger Bereich konzentrierten Bürgerinitiativen darstellte, nicht unbekannt. Von diesen wurde denn auch der Matthöfer-Auftritt als Provokation gewertet, die entsprechend zu beantworten sei. Die Bürgerinitiativen Umweltschutz-Unterelbe (BUU) riefen zur Teilnahme auf. Dabei wurden jedoch unterschiedliche Vorstellungen über das weitere Vorgehen der Bürgerinitiativen vertreten. Ein Teil trat für die argumentative Auseinandersetzung ein, ein anderer Teil trachtete, die Matthöferrede zu verhindern.
Matthöfers Rede wurde von einem Pfeifkonzert begleitet – eine große Anzahl Jugendlicher war mit Trillerpfeifen ausgestattet –, was es auf weiten Teilen des Kundgebungsplatzes unmöglich machte, ihn zu verstehen. Einige Teilnehmer versuchten, ihn mit Farbbeuteln zu erreichen. Die anwesenden Redner wurden ebenso wie das DGB-Haus – die "Kaderschmiede des Proletariats" (Bebel) – bekleckert. Dieser Vorfall veranlaßte schließlich die Polizei einzugreifen. Matthöfer mußte wegen dieser Vorfälle seine auf 29 Seiten konzipierte Rede schon nach sieben Seiten abbrechen.
Tausende von jugendlichen Protestierern auf diesem 1. Mai dürften auch deutlich gemacht haben, daß Atomkraftwerksgegner und arbeitslose Jugendliche nicht mehr als "linkssektiererische Spinner" abqualifiziert werden können; es sei denn, die Gewerkschaften nehmen in Kauf, daß sie weiter an Einfluß auf jugendliche Arbeitnehmer, Angestellte und Studenten verlieren. Beteiligen sich die Gewerkschaften weiter an der Verteufelung politisch Andersdenkender so tragen sie dazu bei, daß die Kampfkraft der Arbeiterbewegung gegenüber den Unternehmern und der politischen Rechten weiter geschwächt wird.

parat- und Verbandskatholizismus, sind nicht ohne Folgen auf das politische Selbstverständnis der AGP geblieben. Ihre Stellungnahme zum Radikalenerlaß, insgesamt eher abgewogen gehalten, auf Liberalität in der Anwendung, statt auf dessen Abschaffung bedacht, macht dies deutlich.

Einen Schritt über verbale Bekundungen hinaus sind jene katholischen Priester gegangen, die in Bruchsal, Speyer und jetzt auch im Saargebiet Seite an Seite mit der Gewerkschaft und den Arbeitern offen gegen Entlassungen demonstrierten. In einigen der betroffenen Regionen wurde über die Entlassungen gepredigt. Zum Teil schlossen sich Solidaritätserklärungen an, aus denen auch das oben angeführte Zitat stammt.

Hier wurde nicht mehr lang und breit, mit und ohne Bibel, über das Verhältnis Kirche und Arbeiterschaft siniert als "einen fortwährenden Skandal" (so auf der Würzburger Synode). Hier wurde aus einem Zwang heraus praktische Solidarität mit denjenigen geübt, die eben aufgrund ganz bestimmter Erfahrungen bislang mit Recht skeptisch gegenüber salbungsvollen Worten von Kirchenfürsten waren.

Eine Solidarität, die im übrigen in anderen Ländern auf eine lange Tradition zurückgeht und eine breite Unterstützung im Volk findet. Zwar gibt es auch in der Bundesrepublik linkskatholische, antikapitalistische Traditionen, jedoch kaum innerhalb der Arbeiterklasse. Aktionen wie in Bruchsal, Speyer und im Saarland hat es hierzulande bislang nur selten gegeben. Aber es hat eben auch noch nicht in der Nachkriegszeit einen vergleichbar stärkeren Druck durch die herrschende Klasse gegeben, der so sehr die Parteinahme herausfordert wie heute.

Die Aktionen und Erklärungen der Priester zeigen aber auch, in welcher Breite die kapitalistische Krise heute bereits gespürt wird und der Widerstand dagegen aufgenommen worden ist. Da geraten traditionelle Bündnisse ins Wanken und neue werden zaghaft geschlossen. Die – in ihrem Ausmaß allerdings nicht zu überschätzenden – Widerstands- und Solidaritätsaktionen katholischer Priester gilt es mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, ohne sie gleich instrumentalisieren zu wollen. In dem Maße, in dem derart exponierte Gruppen ihre Parteinahme für kämpfende Arbeiter und von Berufsverbot betroffene Bürger bekunden, verringern sich auch ihre Artikulationsmöglichkeiten und Diskussionszusammenhänge mit anderen Kräften des Widerstandes, auf die sie allerdings angewiesen sind, wenn mehr und anderes als nur eine Veränderung des Verhältnisses von Kirche und Arbeiter erreicht werden soll. **CARL-WILHELM MACKE**

Mannheim Arbeiterfest mit miesen Zwischentönen

Die Mai-Feier des DGB dauerte dieses Jahr einen ganzen Tag. Nachdem in den letzten Jahren immer weniger Lohnabhängige den mehr oder weniger sterilen Reden eines prominenten Gewerkschafters auf dem Marktplatz lauschten, dafür SPD-Funktionäre in den Gewerkschaften von den vielen roten Fahnen des KBW geschreckt wurden, wurden neue Formen der Maifeier geprobt. 1976 war es im Eisstadion. Ein Reinfall. 1977 scheint eine Form gefunden, die an die alte Tradition in Mannheim anknüpfen könnte. In der Multihalle und ihrem Freizeitgelände fühlten sich Tausende von Lohnabhängigen mit ihren Familien wohl.

Begonnen hat es mit der Gründung eines Maiparlamentes. "Abgeordnete" aus den Betrieben brachten dort ihre Vorstellungen ein. Diese kamen zum Tragen. Dies beweist nicht nur die große Zahl der Teilnehmer: mehrere Musikgruppen, Bücher- und Plakattische, deutsche Würstchenbuden neben den Küchen ausländischer Arbeitergruppen, Kinderprogramme und Infotische über den Abbau von Grundrechten. Seit 20 Jahren wurde in Mannheim an einem Tag nicht mehr so viel über Kapitalismus und Sozialismus, Arbeiterbewegung und Macht des Kapitals, von früher, von der Mannheimer Tradition geredet. Dies sah man 1977 wieder aufflackern. Bei Arbeiterliedern – ob in deutsch, spanisch, portugiesisch – waren wieder die geballten Fäuste in der Luft. Solidarität ringsum.

Aber auch folgende überhaupt nicht solidarische Szene, die sich auf der morgendlichen Kundgebung abspielte, gehört zum Bild des 1. Mai in Mannheim: Ordner machten vor der Halle Jagd auf jeden, der irgendwie nach KBW roch. So mußte ein Kollege draußen bleiben. Sein "gewerkschaftsschädigendes Verhalten" bestand darin, daß er eine KBW-Zeitung vorm Eingang gekauft und unter den Arm gesteckt hatte. Kein Einlaß unter Hinweis auf die Zeitung. Die Erregtheit des Kollegen, sein Hinweis, daß er seit 18 Jahren Gewerkschaftsmitglied sei, daß es doch wohl sein Recht sei, sich über die "Chaoten, wie ihr sie bezeichnet", zu informieren, auch das Eingreifen von 20 anderen Kollegen, bewirkte nichts. "Hier kommt der KBW nicht rein!", diese Parole hatte man den Ordnern auferlegt. Und dabei blieb es.

1. Mai in Heidelberg: Minister haut ab

In Heidelberg ging es zu wie immer. Morgens die Rede in der Stadthalle, nachmittags Familienfeier im AWO-Heim. Polizei überall. Ein hektischer DGB-Kreisvorsitzender Neumann. Eine Polizeiuniform würde ihm besser stehen als das DGB-Abzeichen. Dann kan es zum Knall. Nicht, weil der KBW den Neumann gereizt und der die Polizei gehetzt hätte. Nein. Detlef Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier war es. Seine – zumindest verbal – konsequenten Aussagen über Ursachen und Folgen von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit waren für einige der hohen Gäste noch erträglich. Jedenfalls am 1. Mai. Aber sein Angriff gegen die, die Grundrechte abbauen, schlug durch. Am Beispiel, wie in Baden-Württemberg bei Tarifverhandlungen Lohnabhängige von Verfassungsschutz und Kripo überwacht und registriert werden, kritisierte er die Einengung der Freiheit des Arbeitskampfes. Das war dem CDU-Minister Weiser und dem Präsidenten der Handwerkskammer Link – beide hatte DGB-Neumann freundschaftlich begrüßt – zu viel. Beide verließen demonstrativ den Saal. Dem Neumann war es offensichtlich peinlich. Am liebsten wäre er wohl hinterhergelaufen. Draußen wäre er dann über Bücher gefallen, die Polizisten von Büchertischen linker Gruppen gerissen hatten, als ihnen das Abräumen auf Befehl nicht schnell genug ging.

1. Mai in Hannover: Fiesta Politica

Daß die traditionellen Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften nicht mehr das Gelbe vom Ei sind, hat sich mittlerweile selbst in der Abteilung Kulturpolitik beim DGB Bundesvorstand herumgesprochen. "Viele DGB-Kreise beklagen sich ... über einen Mangel an Teilnahme an ihren Mai-Veranstaltungen. Dabei wird häufig übersehen, daß sich Arbeitnehmer nicht nur über den Verstand, sondern auch über das Gefühl gewerkschaftlich organisieren ... Die Kombination Mairede und Einsatz kultureller Medien erhöht in jedem Fall die Wirksamkeit der Aussagen zum 1. Mai." (Gewerkschaftliche Monatshefte 4/77).

Diese schönen Worte wurden aber bei der Mehrzahl der diesjährigen Mai-Veranstaltungen ebensowenig eingelöst wie die Feiertagsreden auf den Kundgebungen über den 1. Mai hinaus Gültigkeit haben.

Da kann man entweder schon während der Kundgebung seinen Unmut artikulieren, was aber trotz aller Kritik die Mehrzahl der gewerkschaftsloyalen Kolleginnen und Kollegen selten nachvollziehen kann und will oder man praktiziert eben selbst alternative Formen von Mai-Veranstaltungen.

In Hannover hat sich in diesem Jahr schon zum zweitenmal eine Initiative gebildet, die im Anschluß an die DGB-Großkundgebung ein Fest organisierte, mit dem die Idee internationaler Solidarität eine neue Ausdrucksform erhalten sollte. In dieser Initiative, dem "Internationalen Mai-Komitee", war ein für Hannoversche Verhältnisse selten breites Spektrum an deutschen und ausländischen Organisationen und Bürgerinitiativen vertreten. U. a. Amnesty International, Evangelische Arbeitnehmerschaft (EAN), Evangelische Studentengemeinde (ESG), Bürgerinitiative Hannover-List gegen AKWs, die SJD "Falken", einzelne Fachgruppen der GEW, Stadtteilinitiativen und eine neu

Polizeieinsatz auf der Mai-Kundgebung in Frankfurt

Am 1. Mai 1977 kam es, seit Jahrzehnten zum ersten Mal, zu einer massiven Störung einer gewerkschaftlichen Mai-Kundgebung in Frankfurt durch Polizeieinsätze. Kurz nach Beginn der DGB-Kundgebung drangen mit Schildern und Schlagstöcken ausgerüstete Polizisten auf den Römerberg. Da es für die anwesenden Gewerkschafter keinen Grund gab, ihre Maikundgebung von der Polizei bestimmen zu lassen, drängten sie die Beamten gewaltlos zurück. Dieses Verhalten der Gewerkschaftskollegen war angemessen und berechtigt. Auf dem Rückzug prügelte die Polizei mehrere Gewerkschafter nieder. Andere Kundgebungsteilnehmer wurden durch den Einsatz des Giftgases Chemical-Mace verletzt. Ein Büchertisch und Informationsstand des Sozialistischen Büros Frankfurt wurde zerschlagen.

Dieser Polizeiübergriff wurde von der Kundgebungsleitung nicht sofort verurteilt. Die Polizei wurde vom Podium nicht einmal aufgefordert, den Römerberg zu verlassen. Die Kundgebungsleitung hat damit so gehandelt, als akzeptiere sie das Vorgehen der Polizei. Das Polizeipräsidium erklärt deshalb auch: Bisher seien solche Maßnahmen 'jeweils auf entsprechendes Verständnis der Veranstaltungsleitung gestoßen'. Diese Vermutung der Polizeiführung kann sich leider auf das innergewerkschaftliche Vorgehen gegen kritische Mitglieder berufen.

Eine spätere Erklärung des DGB-Kreisvorsitzenden Kiesewetter spricht davon, daß der Polizeieinsatz als Provokation empfunden wurde. "Noch kurz vor der Kundgebung haben wir versucht, ein Zurückziehen der Polizei zu erreichen." Wenn dies stimmt und der Polizeieinsatz dennoch erfolgte, dann bedeutet dies: In Frankfurt ist in Zukunft keine gewerkschaftliche Kundgebung mehr sicher vor Störungen durch die Polizei. Gewerkschafter müssen demnach befürchten, auf ihren Versammlungen von der Polizei zusammengeschlagen zu werden, da die Polizei bestimmt, wann sie sich gestört fühlen.

Der angebliche Schutz vor Störern und Linksradikalen ist – wie der Polizeieingriff am 1. Mai zeigt – in Wirklichkeit ein Angriff gegen jede kritische und oppositionelle Aktivität. Der Polizeieinsatz gegen die Mai-Kundgebung in Frankfurt stellt eine schwerwiegende Verletzung des Rechts der Arbeiterbewegung auf ungestörte und ungehinderte Durchführung ihrer Versammlungen dar. ★

gegründete "Arbeitsloseninitiative" auf deutscher Seite; die "Griechische Gemeinde Hannover und Umgebung", spanische, türkische Arbeitergruppen, die CISNU, zwei chilenische Gruppen auf ausländischer Seite. Bis auf die „Falken" waren politische Gruppierungen explizit nicht in dem Komitee vertreten. Ihre direkte Teilnahme – über die einzelnen Bürgerinitiativen waren sie allerdings präsent – hätte wahrscheinlich die Zusammenarbeit im Komitee schnell durch Fraktionsstreitereien belastet.

Das Komitee wollte in erster Linie ein großes alternatives Mai-Fest organisieren und dadurch auch die Kontakte der häufig aneinander vorbei arbeitenden Initiativen über den 1. Mai hinaus intensivieren. Bei den Vorbereitungssitzungen bestand Einigkeit, daß Komitee, Demonstration und Fest nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet sein dürften. Vielmehr sollte die von allen geteilte Kritik an den kampf- und phantasielosen Gewerkschaftsveranstaltungen zum 1. Mai praktisch gewendet werden. Dazu wurde auch zu einigen gewerkschaftlichen Basisgliederungen Kontakt aufgenommen.

Vor allem ging es dem Komitee darum, Probleme in den Mittelpunkt der Vorbereitung und des Festes zu rükken, die in aller Regel auf den traditionellen Mai-Veranstaltungen nur unzureichend oder überhaupt nicht zur Sprache kommen, z. B. die Situation von Arbeiteremigranten und Arbeitslosen. Für die Mobilisierungsarbeit wurde eine mehrsprachige Zeitung in großer Auflage herausgegeben, in der sich die einzelnen im Komitee vertretenen Gruppierungen vorstellten. Einen besonderen Stellenwert bekam dabei die Selbstdarstellung von Arbeitsloseninitiativen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Eine Arbeitsloseninitiative berichtete u. a.: "Der aus dem Arbeitsverhältnis entlassene Kollege ist allein fast unlösbaren Problemen ausgeliefert... Dem wollen wir mit unserer Initiative entgegenarbeiten. Zum einen, indem wir dem einzelnen konkret helfen und zum anderen, indem wir längerfristige Lösungsmöglichkeiten diskutieren. Dabei kann es nicht darum gehen, alle wieder in Brot und Arbeit zu bringen. Das allein garantiert noch lange kein besseres Leben und keine gesicherte Zukunft. Unsere Diskussion muß auch in Richtung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ja der gesamten Lebensverhältnisse (Natur, Wohnung, Verkehrsmittel) gehen. In letzter Konsequenz sind diese Ziele aber nur über kampfstarke Gewerkschaften, mit denen wir eine Zusammenarbeit anstreben, zu erreichen."

Über Stellwände, Flugblätter, Büchertische und Transparente hatten die einzelnen Initiativen auch auf dem Fest selbst die Möglichkeit, ihre Arbeit und ihre Forderungen vorzustellen.

Aber nicht nur für den Kopf, auch für den Bauch war reichlich gesorgt: griechische, spanische und persische Spezialitäten wurden ebenso angeboten wie gutbürgerliche Butterkuchen, Plätzchen, Würstchen und jede Menge "Feuchtigkeit".

Wurde das politisch-kulturelle Programm noch hausbacken mit dem Spielmannszug der Falken und der Tanzgruppe der "Schreberjugend" begonnen, so steigerte sich das anfänglich noch frostige Klima über lateinamerikanische Rhythmen, Anti-AKW und Repressions-Songs, chilenischer und spanischer Folklore zu einer bis in die Nacht hinein – Schwof im Großzelt – anhaltenden großen Emotionalität und Solidarität, von der nur zu hoffen ist, daß sie auch über dieses eine Fest hinaus Folgewirkung hat.

Bild: SB-Hannover

Auffallend war in diesem Jahr die verstärkte Teilnahme auch deutscher Betriebs- und Gewerkschaftskollegen. Hatte 1976 der DGB noch verwundert und eher abweisend auf Demonstration und Fest reagiert, so konnte man in diesem Jahr registrieren, daß im Anschluß an die stocksteife offizielle Kundgebung fast die Hälfte der Anwesenden unter dem

links

Motto "Internationale Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung" zum Ort des Festes marschierte.

Besonders aus dem ÖTV- und GEW-Bereich schlossen sich ganze Fachgruppen an. Aus den anderen Gewerkschaften waren eine Reihe deutscher und ausländischer Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre in dem Zug und unter den über 4.000 Teilnehmern des Festes zu sehen.

Druckerkollegen hatten einen eigenen Stand, an dem permanent Solidaritätsflugblätter für Heinz Brandt und Protestpostkarten gegen das Ausländergesetz produziert wurden. In ihrer ad-hoc vervielfältigten "Mai-Zeitung" wurden heiße Töne gegenüber der Gewerkschaft angeschlagen: "Unsere Gewerkschaft darf kein 'Kuschklub', sondern muß eine Kampforganisation gegen die Angriffe des Kapitals sein."

Die große Emotionalität, die gelungene Mischung kulinarisch-kulturell-politischer Beiträge, die Verbindung von Momenten traditionell proletarischer Kultur und Aktionsformen beispielsweise aus der Anti-AKW-Bewegung, die Offenheit auch gegenüber Initiativen und Problemen, die auf offiziellen Gewerkschaftskundgebungen an den Rand gedrängt oder unterschlagen werden, wie z. B. Infostände einer "Frauenhausinitiative" oder der "Anti-Apartheids-Bewegung", ließen von dem Fest eine große Ermutigung ausgehen.

Das Mai-Komitee hat mit seiner Arbeit den Beweis gebracht, daß mit genügend Phantasie, gegenseitigem Vertrauen und unbürokratischer Beweglichkeit durchaus Alternativen zu den Ritualen traditioneller Mai-Kundgebungen möglich sind.

Ein gelungenes Fest eröffnet gewiß noch keinen Sommer, mit Euphorie sollte man auch hier sparsam sein. Aber in der Vorbereitung und der Durchführung dieses "Festes für internationale Solidarität gegen Unterdrückung und Ausbeutung" konnte zumindest sichtbar werden, daß es auch in Hannover eine Menge Bürger-, Stadtteil- und Gewerkschaftsinitiativen gibt, die durchaus zu punktueller Kooperation in der Lage sind. Viele Initiativen konnten sich z. B. erst über die "1. Mai-Zeitung" miteinander bekannt machen.

Vielleicht haben ja die Druckerkollegen recht, wenn sie in einem ihre auf dem Maifest vorgetragenen Lie der singen:

Das Mai-Fest in Hannover,
das ist der erste Schritt,
uns sammeln und beraten,
das wollen wir damit.
In Schule und Betrieb
soll es dann weitergehen,
daß wir zusammenhalten,
das soll ein jeder sehn,
uns streiten, was zu tun ist,
das wollen wir nicht scheu'n,
nur so wird unsere Einheit
im Kampf auch Stärke sein.

ERNST HAF

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn, Jan Kuhnert (im Sinne der Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Gesamtverzeichnig-Prospekt "Das Argument" mit angeklebter Bestellkarte Prospekt "Bücherzettel der SOAK Sommer '77".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1977 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1977 DM 25,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift